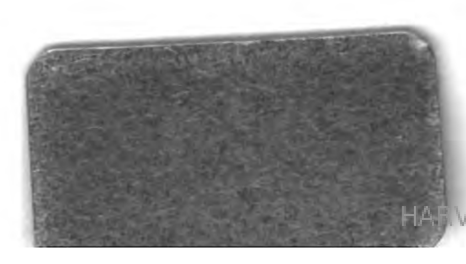


Die deutsche Freiheit

Fünf Vorträge

Herausgegeben vom
Bund deutscher Gelehrter
und Künstler

Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha
1917



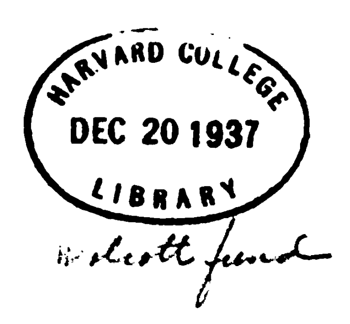
Die deutsche Freiheit

Fünf Vorträge

von Harnack — Meinecke
Sering — Troeltsch — Hintze



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha
1 9 1 7



Diese Vorträge
wurden gehalten am 18., 22. und
25. Mai 1917 im Abgeordnetenhause
in Berlin.

Inhalt

Einleitungsworte

Von

Wirkl. Geh. Rat Universitätsprofessor D. Dr. Adolf v. Harnack

Von der deutschen Freiheit soll in diesen Vorträgen gehandelt werden. Dies Thema aufzunehmen und ausführlich zu behandeln, dazu hat uns die Botschaft veranlaßt, welche der Präsident Wilson am 2. April an den Kongreß gerichtet hat. Ich werde mich in dieser einleitenden Vorlesung ausschließlich mit dieser Botschaft beschäftigen, und das nötigt mich — ich muß sagen: es ist mir leid —, Ihnen eine Reihe von Sätzen aus ihr in die Erinnerung zu rufen. Wilson — ich referiere so gut wie wörtlich nach der in unseren Zeitungen veröffentlichten deutschen Übersetzung — hat in bezug auf Deutschland folgende Ausführungen gemacht:

„Wir Amerikaner müssen unser Recht verteidigen und die Menschenrechte vertreten; denn Deutschland hat durch den Unterseebootkrieg die heiligsten Rechte unserer Nation verletzt, aber auch die aller anderen Nationen." „Zu dieser Haltung ist das an sich sympathische und unserer Freundschaft würdige deutsche Volk gekommen, weil es nicht zu den freien, sich selbst regierenden Völkern gehört. Es wird

vielmehr von einer autokratischen Regierung beherrscht. Diese stützt sich auf eine völlig von ihr abhängige organisierte Macht, auf die der Wille des Volkes keinen Einfluß hat. Schon der Ausbruch des Krieges zeigte das. Die autokratische Regierung hat ihn ohne Kenntnis und Billigung des Volkes beschlossen. Er ist beschlossen worden wie in alten unglücklichen Zeiten: im Interesse von Dynastien und kleinen Gruppen Ehrgeiziger, die die Bürger als Schachfiguren und Werkzeuge zu benutzen pflegen." „Der Fortgang des Krieges hat die wahre Natur der preußischen Autokratie, das heißt: der kaiserlichen Regierung, immer mehr enthüllt. Sie ist eine unverantwortliche Regierung, die alle Rücksichten auf Menschlichkeit und Recht beiseite geworfen hat und Amok läuft." „Also muß Amerika den Fehdehandschuh aufheben, um die Anmaßung und Macht dieser Regierung zu vernichten. Besteht sie fort, so kann es keine wirkliche Sicherheit für die demokratischen Regierungen der Welt geben. Es geht um die Freiheit der Völker der Welt. Es geht um den endlichen Frieden der Welt! Es geht um die Befreiung auch des deutschen Volkes! Das Ziel unseres freudigen Kampfes kann nur sein: die Welt für die Demokratie sicher zu machen und den Frieden auf den erprobten Grundlagen der Freiheit zu bauen." „Aber nur, wenn die Mitglieder demokratische Nationen sind, kann eine feste Vereinigung für den Frieden aufrechterhalten werden. Es muß ein Bund der Ehre sein! Nur freie Völker können mit ihren Absichten und ihrer Ehre an dem gemeinsamen Friedensziel festhalten. Nur sie stellen die Interessen der Menschheit den eng begrenzten eigenen Interessen voran. Nur demo-

kratische Nationen wie wir haben diesen Edelsinn. Bei uns kennt man daher auch keine politischen Heimlichkeiten, kein Spionagesystem und sonstige politische Korruption. Alle Politik ist bei uns öffentlich, und mit stolzer Genauigkeit beachten wir die Grundsätze von Recht und ehrlichem Spiel. Auch suchen wir gar keine Entschädigungen für uns selbst und keinen materiellen Ersatz für die Opfer, die wir bringen." „Dabei sind und bleiben wir die aufrichtigen Freunde des deutschen Volkes und wünschen die Wiederherstellung inniger Beziehungen, so schwer es auch gegenwärtig dem deutschen Volk werden mag, zu glauben, daß dies von Herzen gesprochen ist."

Ich brauche nicht gerne starke Worte; aber es bleibt mir nichts übrig, hier muß ich der Wahrheit gemäß sagen: dies ist die unverschämteste, anmaßendste und heuchlerischste Kundgebung, die seit den Tagen Napoleons I. das Oberhaupt einer Großmacht an ein anderes Volk gerichtet hat, und Napoleon tat es als Imperator und gegenüber besiegten Staaten! Man kann auch nicht entschuldigend sagen, die amerikanische Regierung sei durch die imperialistischen Erfolge der letzten Jahre und durch ihre großen Kriegsverdienste in die politischen Flegeljahre gekommen; denn das uns Gebotene ist weit schlimmer als Flegeleien. Ein Amerikaner schrieb mir erklärend: „Es handelt sich um ein groteskes Mißverständnis deutscher Art." Aber auch solch eine Abschwächung ist ganz unmöglich. Es handelt sich um die wohlbewußte Botschaft eines Präsidenten, der sich zum Oberhaupt des demokratischen Pazifismus aufwirft und — nachdem er vorher zögernde und undurchsichtige Bemühungen

um den Weltfrieden gezeigt hat — nunmehr im Namen des Pazifismus die Vernichtung unseres deutschen Staates verlangt. Wilson sucht Volk und Staat in Deutschland zu spalten, belegt das gegenwärtige Deutschland mit dem Interdikt, streicht es aus der Zahl der Völker von Ehre, beschimpft es als ein geknechtetes Volk und schmäht seine Regierung als Autokratie und als irrsinnigen Amokläufer. Dies ist die Unverschämtheit! Die Anmaßung aber liegt darin, in kindischer Prahlerei allen Edelsinn und alle Freiheit für sich und sein Programm in Anspruch zu nehmen und uns befreien zu wollen, d. h. uns das nötige Maß von Freiheit zuzumessen und zugleich zu bestimmen, wie diese Freiheit beschaffen sein muß! Die Heuchelei endlich besteht darin — eine der Heucheleien; es sind viele darin! —, daß diese Botschaft mit billigen Friedensphrasen geschminkt ist. Sie wagt um dieser Phrasen willen eine offene Kriegserklärung nicht, sondern proklamiert täuschend nur einen „Kriegszustand" — am heutigen Tage noch besteht „nur" dieser —, um die pazifistischen Seelen in Amerika und die Deutsch-Amerikaner nicht zu kränken und wenigstens den entblätterten Ölzweig des Friedens noch festzuhalten.

Warum ist Amerika überhaupt gegen uns in den Krieg eingetreten? Man kann eine Reihe von Gründen nennen, aber es wird schwer halten, sie schon jetzt zu beweisen. Weil es in Wahrheit — sagt man — von Anfang an gegen uns feindlich war und nur auf den Eintritt in den Krieg gelauert hat. Weil es — sagt man ferner — aus seinem eigenen schlechten Wehrzustand herauswollte. Weil es — auch das wird behauptet — um seiner Politik im Stillen Ozean willen

den Eintritt in den Krieg für zweckmäßig hielt. Weil sich, sagen andere, seine Regierung, bewußt oder unbewußt, von England nie lösen wollte, vielmehr heimlich schon in den letzten Jahrzehnten ein Vasall jenes Reichs gewesen ist. Möglich, daß das alles mitgespielt hat. Aber zwei zusammenwirkende Gründe sind jetzt schon deutlich: Amerika ist in den Weltkrieg gegen uns eingetreten, erstlich, weil es unsere wachsende politische Kraft als Störung des politischen „Gleichgewichts" empfand und fürchtete; damit fällt fast zusammen, daß ihm unsere Kriegs-, See- und industrielle Macht, mit einem Wort: unsere Tüchtigkeit immer unbequemer und widerwärtiger wurde, zumal da hinter derselben keine republikanische Demokratie, sondern eine geschichtlich erwachsene Monarchie steht. Zweitens ist es in den Krieg eingetreten, weil seine Morgans und Konsorten im Kriege verdienen, viel verdienen wollten. Unter den Einfluß der Plutokraten sind der Präsident und das Land noch mehr geraten, als bisher und sehen sich nun genötigt, jenen in allem zu willfahren, um ihnen das Geld zu retten. Mit den uns zugeschleuderten Worten: „Kleine Gruppen von Ehrgeizigen, die die Bürger als Schachfiguren und Werkzeuge benutzen", hat Wilson seines eigenen Landes gespottet; nur sind es nicht Ehrgeizige, sondern skrupellose Geldmänner, die ihn, den Präsidenten, in Händen haben und seine Regierung beherrschen.

Hätte Amerika unseren Sturz und die Sicherung seines Geldes als „Neutraler" erlangen können — und mehr als zwei Jahre war es des Sieges der Entente gewiß, daher trat es nicht in den Krieg ein —, so hätte es sich schwerlich auf einen

Krieg eingelassen; ja, es wäre gern bereit gewesen, unter der Maske der Unparteilichkeit und einer gewissen Freundschaft sogar für uns als Friedensvermittler zu funktionieren. Erst als der Sieg der Entente zweifelhaft wurde, trat der Präsident offensichtlich zu unseren Feinden über. Die Form aber, unter der das geschehen ist, ist sichtlich auf die amerikanischen Pazifisten und die Deutsch-Amerikaner berechnet. Um ihretwillen wird in der Botschaft zwischen dem deutschen Volk und seiner Regierung unterschieden und ein Keil zwischen Volk und Regierung getrieben. Daß Wilson, der nach amerikanischen Zeugnissen persönlich uns haßt, in Deutschland mit diesem Manöver, sei es auch nur auf den äußersten Flügel unserer Pazifisten, Eindruck machen werde, hat er wohl selbst nicht geglaubt. Aber er glaubte uns aufs schwerste beleidigen zu dürfen, um seine Wähler zu besänftigen. Die Majorität derselben hätte ihn niemals gewählt, wenn sie gewußt hätten, er werde uns den Krieg erklären. Und auch das Eintreten für England hätte ihm bei diesen keine Verzeihung erwirkt und überhaupt nicht bei den Demokraten der Mitte und des Westens von Amerika. Diesem Eintreten für England jauchzten nur die republikanischen Geldmänner zu und jene Neuenglandmänner des Ostens, die im Grunde ihres Herzens stets mehr Engländer als Amerikaner waren und sind, auch wenn sie Washingtons Namen auf den Lippen tragen. Welche Mittel der Verschlagenheit und List übrigens Wilson hat anwenden müssen, um den Kongreß allmählich auf seine Seite zu bringen, das hat jüngst Professor Eduard Meyer in einem Buche trefflich nachgewiesen. Die persönliche Entschuldigung hat

Wilson freilich dabei, daß er von einem gewissen Moment an — auch wenn die Plutokraten nicht geschoben hätten — nicht mehr zurückkonnte, ohne seiner Eitelkeit und seinem Selbstbewußtsein hier eine schwere Wunde zu schlagen. Hatte er sich doch einerseits als strebender Friedensvermittler, andererseits durch anmaßende Forderungen an uns so unvorsichtig engagiert, daß er sich durch den Gang der Dinge nunmehr persönlich gekränkt sah und als Ausweg nur die Kriegserklärung wählen konnte. Aber ist solch eine „Entschuldigung" eine Entschuldigung?

Was hat nun aber der demokratische Pazifismus Amerikas, den Wilson als die Heilandskraft der Welt anpreist, in Wahrheit seit Beginn des Krieges getan?

Erstens: er hat das größte Verbrechen der Weltgeschichte begangen, wie man mit Recht gesagt hat; denn er hat sowohl den Feldzug der Lüge als auch den Hungerkrieg Englands gegen uns erst möglich gemacht. Denn als England am Anfang des Krieges seine telegraphische Weltlügenmission begann, schnitt uns Amerika den Draht ab, und als England das Völker- und Seerecht aufhob und ganz Deutschland für die Neutralen blockierte, protestierte Amerika nicht — ein entscheidendes Wort hätte genügt —, sondern der demokratische Pazifismus ließ dem Verbrechen seinen Lauf, Frauen, Kinder und Greise mit dem Hunger zu bekämpfen.

Zweitens: sobald unseren Feinden die Munition und alles das, was zum Kriege gehört, knapp wurde, ja schon vorher, lieferte der demokratische Pazifismus alles im Überfluß. Wahrscheinlich haben mehr amerikanische als englische, französische oder russische Kugeln unsere Helden durchbohrt.

Gleichzeitig ordnete Wilson einen Bettag für den Frieden an.

Drittens: als wir so weit waren, auf See England in bezug auf den Hunger Gleiches mit Gleichem vergelten zu müssen und vergelten zu können und deshalb der Friede nahe war, da fiel uns der demokratische Pazifismus in den Arm und stellte sich auf Englands Seite; denn „fair play“ heißt nach der Meinung der Plutokraten Amerikas und leider auch, wie Herr Wilson gezeigt hat, nach seiner Meinung, daß England die Fackel in die Hand bekommt und wir das Strohdach haben sollen. So sehen die Taten des demokratischen Pazifismus in diesem Kriege aus, wenn man ihm die Maske abreißt, und dies ist der wahre Text zu der Melodie von Humanität, Selbstlosigkeit, Freiheit und Frieden — wenigstens der Text, den wir allein spüren.

Der demokratische Pazifismus — ich bin natürlich weit davon entfernt, das, was von Wilson aus ihm gemacht worden ist, für sein Wesen und seine Natur zu nehmen. Es gibt so gewiß einen edlen, wahrhaften demokratischen Pazifismus, wie es einen monarchischen gibt. Das Suum cuique und das ernste Bestreben, Frieden zu erhalten, nicht nur im Lande, sondern auch auf Erden, hängt an keiner staatlichen Verfassungsform. Ebenso gewiß weiß ich, daß es in Amerika noch heute zahlreiche edle Friedensfreunde, unparteiische Menschen und auch Freunde Deutschlands gibt, und meine Gesinnungen gegen sie, die in weiten Gebieten der Vereinigten Staaten wahrscheinlich die Mehrzahl bilden, haben sich seit den großen Augusttagen 1914, in denen ich zu ihnen sprechen durfte, nicht verändert. Aber mit Schmerz

sehe ich, welche Fortschritte andererseits, unter der Herrschaft einer allmächtigen Plutokratie, jener Imperialismus in Amerika gemacht hat, der sich ohne das Steuer geschichtlicher Erfahrung und ohne das Schwergewicht monarchischer Überlieferung und Verantwortung in Aufgeblasenheit und mit Phrasen des Friedens zum erobernden Völkermessias aufwirft.

Vom echten demokratischen Republikaner zum heuchlerisch verbrämten Imperialisten! — diesen Gang der Entwicklung hat Wilson durchgemacht und leider so mancher Amerikaner mit ihm, hat dadurch sein einstiges besseres Wissen preisgegeben, ja seine früheren Ideale verleugnet. Ich habe in den letzten Wochen Wilsons zahlreiche Werke und Reden studiert und bin mit befremdetem Staunen erfüllt worden in bezug auf seine Entwicklung. Zwar er selbst erklärt in seiner Botschaft vom 2. April: „Mein Geist ist durch die unglückseligen Ereignisse der letzten zwei Monate nicht aus seiner gewohnten und normalen Richtung abgelenkt worden"; aber dann muß diese Ablenkung schon früher geschehen sein. Nur in *einem* ist dieser Geist immer unverändert und „normal" geblieben: in der Unkenntnis Deutschlands, seines Wesens und seiner Geschichte. Was er von Deutschland in seinen zahlreichen Büchern sagt, und es ist nicht wenig, ist entweder aus zweiter Hand zusammengerafft — in diesem Falle finden sich auch treffende Urteile — oder ganz oberflächlich. Ob er von der Geschichte des übrigen Europas mehr weiß, das entzieht sich meinem Urteil; ich fürchte aber, es ist auch nicht erheblich. Wilson schreibt über sehr vieles: über Politisches, Literarisches, Geschichtliches, als ästhetischer

Moralist, geistreich, aber ohne wirkliche Tiefe, pragmatisch, nicht wirklich philosophisch.

Nun die Entwicklung, das heißt die Widersprüche zwischen einst und jetzt, in einigen Beispielen:

Einst bekämpfte er in seinen Vorträgen und Büchern die Plutokratie und die Trusts. „Erst der Mann, dann der Besitz", heißt es in einer seiner Schriften. Man hoffte von ihm, er werde dem größten Schaden Amerikas zu Leibe gehen, und wirklich machte er Anstalten dazu. Aber jetzt hat er sich selbst der Geldherrschaft ausgeliefert.

Einst zog er den alten Traditionen seiner demokratischen Partei gemäß einen gewissen Strich zwischen Amerika und England. Er schrieb: „Manche der unter uns geborenen großen Männer sind nur große Engländer." Wie er jetzt zu England steht, wissen Sie.

Einst folgte er der Neutralitätsproklamation Washingtons vom April 1793, der jedem Bürger den Schutz der Vereinigten Staaten absprach, der kriegführenden Staaten solche Gegenstände zuführen würde, welche nach den Gebräuchen des modernen Krieges Konterbande seien. Demgemäß erklärte Wilson noch im Jahre 1913: „Ich betrachte es als meine Pflicht, die mir durch das Gesetz gegebene Vollmacht so auszuüben, daß keine der beiden jetzt kämpfenden Parteien — in Mexiko! — irgendwelche Unterstützung von dieser Seite der Grenze erhalte. Ich will der besten Praxis der Völker in der Neutralitätsfrage folgen, indem ich die Ausfuhr von Waffen und jedes Kriegsmaterials von den Vereinigten Staaten nach irgendeiner Seite von Mexiko verbiete" — Mexiko! Was er aber jetzt getan hat, das wissen

Sie. Und wenn er sich etwa heute mit dem formellen Rechte, Kriegslieferungen zulassen zu können, verteidigen sollte, so hat er vor einigen Jahren in einem Aufsatz über den englischen Politiker Burke geschrieben, oder vielmehr die Worte von Burke sich angeeignet: „Euer gesetzliches Recht — sagt Burke den Engländern, seiner eigenen Nation — ist hier gleichgültig. Es ist nicht zweckmäßig, einen großen Staat so zu behandeln, wie ihr es nach dem formellen Gesetz wollt; denn ein zahlreiches und hochgesinntes Volk wird sich nicht beugen." Das hat Wilson vor einigen Jahren beifällig zitiert.

Einst schrieb er: „Es gibt eine Kunst, zu lügen, und es gibt auch eine Kunst, eine unendlich schwierigere Kunst, die Wahrheit zu sagen." Jetzt hat er sich diese Kunst, die Wahrheit zu sagen, so leicht gemacht, daß man wirklich nicht mehr entscheiden kann, an welchem Punkte die Heuchelei anfängt.

Einst schrieb er: „Der Krieg von 1870 wurde im Interesse des deutschen Patriotismus gegen französische Unverschämtheit geführt." Jetzt aber sagt er von ebendiesem Staate, daß seine Regierung in diesem Kriege — dem jetzigen — Amok laufe. Einst schrieb er: „Preußen ist erfolgreich bestrebt gewesen, eine größere Vollkommenheit in seiner Verwaltungsorganisation zu erreichen als irgendein Staat Europas. Seine Städteordnung beruht auf wissenschaftlicher Grundlage." Jetzt seufzt nach ihm Deutschland unter dem Banne einer dynastischen Autokratie, die nur ihren eigenen Interessen nachläuft.

Aber vor allem: Einst lobte er Burke, eignete sich seine Worte an und schrieb: „Die revolutionäre Philosophie der

Franzosen ist in der Tat radikal, schlecht und korrumpierend. Kein Staat kann je nach diesen Grundsätzen geleitet werden; denn sie haben zur Voraussetzung, daß die Regierung eine Angelegenheit von Kontrakten und durchdachten Vereinbarungen sei, während sie in Wirklichkeit eine Institution der Sitten und Gebräuche ist, die durch unzählige Fäden miteinander verbunden sind. Als das Ziel der Regierung wird von der französischen politischen Philosophie die Freiheit bezeichnet, während das wirkliche Ziel jeder Regierung die Gerechtigkeit sein muß." Und weiter: „Von einer Regel darf man unter keinen Umständen abweichen; das ist die der historischen Kontinuität. Ein jedes Volk, eine jede Nation muß sich streng an die Richtlinien seiner eigenen Erfahrung halten. Nationen können sich ebensowenig wie Individuen Erfahrungen anderer leihen. Die Geschichte anderer Völker kann uns belehren, aber sie kann uns keine Bedingungen, keine neuen Bedingungen für unsere Betätigung schaffen. Ein jedes Volk muß in steter Fühlung mit seiner Vergangenheit bleiben; es kann seiner Bestimmung nicht sprungweise und in scharfen Kurven entgegengehen." Dies hat Wilson einmal geschrieben, und das hat er gewußt — oder er hat es wenigstens bei einem anderen gelesen und gebilligt. Er wußte, daß die Gerechtigkeit der Freiheit vorangehen muß. Er wußte, daß ein Volk und seine Geschichte nicht zu trennen sind. Er wußte, daß man in der Geschichte und Politik kein fremdes Reis auf einen beliebigen Wurzelstock aufpfropfen kann. Er wußte, daß die großen Menschheitsideale von jedem Volk in eigentümlicher Ausprägung besessen werden. Und jetzt scheut er sich nicht, eine

demokratisch-pazifistische Allerweltsuniform zu empfehlen, schmäht unseren Staat und hat die Dreistigkeit, uns aus unserer Knechtschaft erlösen und uns die Freiheit bringen zu wollen!

Die Freiheit im Innern und Äußern, die Selbständigkeit jedes Mannes nach seiner Leistung, den Frieden nicht nur im Lande, sondern auch auf Erden: wir kennen keine größeren gemeinsamen Güter! Aber — wider den Wilson von heute mit dem Wilson, wie er einmal war oder gewesen zu sein scheint: wir wollen die Freiheit aus unserer Vergangenheit und mit unserer Vergangenheit; denn nur so können wir sie behaupten und fördern! Dazu gehört die untrennbare Einheit mit unserem sozialen Kaiser- und Königtum, von dem uns keine Macht der Erde scheiden kann.

Was nun aber die Freiheit ist — und im gewissen Sinne sind alle politischen Ideale in ihr eingeschlossen oder können wenigstens in ihr zusammengefaßt werden — und was die deutsche Freiheit ist — denn wir räumen gern ein, daß die Freiheit verschiedene Stufen und verschiedene Ausprägungen hat —, das sollen eben diese Vorträge Ihnen sagen. Sie sollen Ihnen darlegen, wie wir Deutsche die Freiheit auffassen und was sie uns bedeutet.

Die deutsche Freiheit

Von

Friedrich Meinecke

Wir stehen heute umbrandet von der Feindschaft fast der ganzen Welt da, — aufrecht, trotzig, frei und entschlossen, die deutsche Freiheit bis zum letzten Hauche der Kraft zu verteidigen. Aber von drüben schreit man uns zu: Wir sind die freien Völker, ihr seid das unfreie Volk! Eure Unfreiheit trägt die Verantwortung für diesen entsetzlichen Krieg. Und wir werden euch, nachdem wir die Ursache und den Sitz eurer Unfreiheit zerstört haben, unsere Freiheit, das heißt unsere Demokratie, geben, damit ihr so glücklich und — so unschuldig, so harmlos, so überaus friedensliebend werdet, wie wir es ja doch sind und jeden Tag uns von neuem gegenseitig bezeugen. Präsident Wilson studiert schon eifrig an einem Friedensprogramm, das allen großen und kleinen Völkern das Recht zur Volksregierung gewährleisten will. Also ein Befreiungskrieg, nur daß die paar noch unfreien Völker sich nicht selbst befreien können, sondern zwangsweise durch Weltdekret befreit werden müssen. Man könnte grimmig lachen über diesen blutigen Unsinn, über diese Predigt des Fuchses an die Enten. Aber da es



die oft gute, oft schlechte Art des Deutschen ist, den Sinn des Unsinns erforschen zu wollen, so dürfen wir eine ernste Betrachtung nicht scheuen; denn wir fühlen uns durch diesen Krieg in den Grundfesten unseres physischen wie geistigen Lebens bedroht. Alle Lebenstiefen sind vor uns aufgerissen, und nicht eine der Fragen, die der Mensch an sich und die Welt richtet, gibt es, die wir nicht einer oft erschütternden und umwälzenden Neuprüfung unterziehen müssen.

Sollen wir uns begnügen mit dem stolzen Bewußtsein, daß wir selber uns frei, uns mindestens ebenso frei wie unsere Gegner fühlen? Wir wissen es selber, daß es der höchste Grad der Unfreiheit sein kann, die eigenen Ketten nicht mehr zu empfinden. Und wir wissen ferner — und vielleicht sogar besser als unsere Gegner —, daß die Zustände und Eigenschaften eines Volkes etwas ungeheuer Kompliziertes sind, und daß jede historische Erscheinung immer nur durch den Hintergrund ihres Gegenteils und eines Andersseins, als sie selber ist, sichtbar wird und oft mit diesem Andersseienden in der Wurzel verwachsen ist. Wo Freiheit ist, da ist auch Unfreiheit, — bei uns, wie in aller Welt. Jeder spezifischen Freiheit folgt, so darf man rein soziologisch schon sagen, wie der Schatten dem Lichte, auch eine spezifische Unfreiheit. Und Freiheit ist überhaupt nichts Festes und Substantielles, sondern Werden und Leben, Handeln und Ringen mit der Unfreiheit. Freiheit ist nicht etwas Gegebenes, sondern etwas Aufgegebenes, immer neu zu Schaffendes, weil immer mit Vernichtung Bedrohtes, und vollendete Freiheit eine wunderartige, seltene Blüte und vielleicht nur der Traum von einer solchen Blüte. Und

wenn wir uns fragen, ob es eine deutsche Freiheit und Freiheitsidee gibt, und welchen Inhalt sie hat, so haben wir allen Anlaß, auch immer zugleich nach allen Brechungen und Gefährdungen dieser Freiheit und überhaupt nach aller Unfreiheit unter uns zu fragen. Wir wollen sogar nach dieser Unfreiheit zuerst fragen, und zwar nach derjenigen, um die es sich vor allem heute handelt, nach der politischen Unfreiheit.

In unserer eigenen Mitte ist die Meinung ausgesprochen worden, daß das Maß der politischen Unfreiheit bei uns mit unserer Volksart zusammenhänge. Wir seien zu bildsam, zu organisierbar, zu sehr gewohnt, das Gute von oben zu erwarten, und so kämen wir aus dem Dualismus zwischen Staat und Volk, Gebenden und Empfangenden nicht heraus und könnten die eigentliche Freiheit des in sich ganz einheitlichen, nur vom Volkswillen beherrschten Volksstaates nicht erreichen. Marquis Posa fordere wohl vom Fürsten: Sire, geben Sie Gedankenfreiheit, — aber daß der Fürst sie geben solle, statt daß das Volk sie sich nehmen solle, sei so ganz spezifisch deutsch empfunden. War das wirklich immer schlechthin deutsche Art? Den Ursprung der englischen Parlamentsfreiheit hat Montesquieu bekanntlich in den Wäldern Germaniens gesehen. Es ist, wenn man die Quellen seiner Meinung kennt, ja viel unhistorisches Romantisieren dabei im Spiele. Aber unhistorische Romantik ist es nicht, von einem deutschen Volkskönigtum der Urzeit und vor allem vom deutschen Genossenschaftsgeist zu sprechen, der von der Urzeit bis heute geblüht hat. Er hat nicht immer gleichmäßig geblüht, er ist Jahrhunderte hindurch gedrückt worden durch

den Staat von oben; aber er ist ein so kräftiger und fruchtbarer Trieb deutschen Wesens wie nur irgendeiner, und die strotzende Kraft des älteren deutschen Städtewesens beweist, daß wir selbsttätig und frei uns einzurichten das Zeug hatten und nicht immer nur das politisch Gute von oben erwarteten. Und welche Freude, welchen Drang, uns zusammenzuschließen zu selbstgewählten Verbänden und Gemeinschaften gleichberechtigter Genossen, haben wir nicht heute wieder! Selbst in den Entartungen unseres Partei- und Fraktionswesens, über die Bismarck und Bülow so bitter klagen mußten, ist dieser Trieb, aus eigenem Entschlusse mit seinesgleichen fest zusammenzutreten für gemeinwesentliche Ziele, nur eben ins Kraut geschossen. Und unser Bauernstand, Jahrhunderte hindurch gedrückt und der Gemeindefreiheit beraubt, hat in der Luft der ihm wiedergeschenkten Freiheit auch die Fähigkeiten und Kräfte einstiger germanischer Gemeinfreiheit und Genossenschaftlichkeit wiedergefunden. Wie wunderbar berührt wird man immer, wenn man dem großen Bauernbefreier, dem Freiherrn vom Stein, begegnet und ihn mit einem Male aus dem polizierten und bureaukratisierten 18. Jahrhundert herausschreiten sieht! Das Offiziantenvolk stiebt vor ihm auseinander, und der ursprüngliche, unverbildete deutsche Staatsmensch steigt aus den Tiefen unserer Geschichte wieder empor. Es sind ganz wesentlich unsere geschichtlichen Schicksale gewesen, die unsere ursprüngliche Anlage zu politischer Freiheit verkümmert haben. Das deutsche Wesen hat vielerlei politische Entwicklungsmöglichkeiten in sich gehabt, von denen die im Kerne des Volkes zur Wirklichkeit gewor-

dene nur eine neben anderen ist. An den vier Ecken Deutschlands: in der Schweiz, in Holland, in den Baltischen Landen und in Österreich, sitzen, zum Teil zu selbständigen Nationen entwickelt, vier aus deutscher Wurzel hervorgegangene Typen von Volkstum, die merklich anders sind wie wir — wir wollen nicht sagen, schlechthin besser sind als wir —, aber die uns zeigen, wieviel ursprüngliche und wertvolle Keime und Säfte deutscher Staatlichkeit wie deutscher Geistigkeit dem deutschen Hauptvolke vermindert worden sind durch den verhängnisvollen Gang seiner Geschichte. Das, Deutscher, lag und liegt auch jetzt noch triebfähig in dir, müssen wir uns sagen, wenn wir uns an den guten Seiten der Schweizer Demokratie heute erfreuen. Ich denke deshalb nicht daran, die Schweizer Demokratie, die auch ihre recht schwachen Seiten hat, zum Muster für uns zu erheben. Denn wir haben unser Schicksal auszuleben und mit unserer Vergangenheit uns auseinanderzusetzen.

Eigene und fremde Sünden haben geschichtlich zusammengewirkt, um unsere politische Freiheit zu verunstalten. Ein Übermaß von Freiheitstrieb, genannt die deutsche Libertät, hat uns seit der Höhe des Mittelalters um unsere staatliche Einheit gebracht und hat uns dafür aufgelöst in einen Schwarm von großen, kleinen und kleinsten Staatsgebilden, in denen nur die frei waren, die an der Spitze standen. In diesem jahrhundertelangen Dahinleben der deutschen Territorialstaaten ist die Idee der patriarchalischen Obrigkeit, später die des reglementierenden Polizeistaates und ist der Typus des leidsam gehorchenden Untertanen und damit auch des deutschen Philisters entwickelt worden, — so stark, daß wir noch

heute die Nachwirkungen und Spuren von beiden unter uns haben. Und der Weg zu neuer künftiger Freiheit ging sogar durch noch größere Unfreiheit. Hier greift nun die zweite, die von außen kommende Ursache, die unsere politischen Freiheitstriebe verkümmert hat, ein. Unsere staatliche Zersplitterung machte uns ohnmächtig gegen das Ausland. Fortan hatte das Ausland ein brennendes Interesse an diesem Zustande und seiner Ursache, der deutschen Libertät. Und je stärker die großen National- und Machtstaaten West- und Osteuropas wurden, um so gefährlicher und verhängnisvoller wurde für Deutschland seine politisch-geographische Lage im Zentrum des Kontinentes. Dieser konzentrische Druck von außen hat uns Jahrhunderte hindurch nicht nur um unsere nationale Einheit und Macht, sondern auch um unsere volle politische Freiheit bringen helfen. Um diesen einschnürenden Ring zu sprengen, gab es kein anderes Mittel, als das bittere und harte, die Machtforderung über die Freiheitsforderung zu stellen, mächtig zu werden in Deutschland, das Unkraut der Libertät, nun besonders der ständischen Libertät im einzelnen Territorialstaate, auszurotten, damit aber auch die Keime und Möglichkeiten edlerer politischer Freiheit niederzuhalten. So entstand der straffe preußische Militär- und Beamtenstaat. Wohl konnte er, weil er seiner Macht im Inneren sicherer war als der alte Territorialstaat, die konfessionelle Gebundenheit seiner Untertanen lockern und ein höheres Maß von Glaubens- und Denkfreiheit ihnen einräumen. Aber die Städte mußte er noch unfreier, die Untertanen noch gehorsamer und unselbständiger in politischen Dingen machen als bisher. Er leistete dafür zur Ab-

wehr ausländischer Herrschaft über Deutschland, was er mit seinen immer noch recht beschränkten Machtmitteln irgend leisten konnte. Er brach zusammen, als diese Aufgabe über seine Kraft ging, als Napoleon die neuen, westeuropäischen Freiheitsideen von 1789 in neue Macht umsetzte und über Deutschland herfiel. Aber währenddem begann schon ein neuer Freiheitstag für Deutschland heraufzudämmern.

Aus den Tiefen der persönlichen Freiheit entstand eine neue, eine deutsche Idee von politischer Freiheit. Ideale der Persönlichkeit, die zuerst in Gleichgültigkeit, vielfach sogar Abneigung gegen den Staat sich entwickelt hatten, schlugen über auf den gesunkenen Staat und begannen ihn mit neuem, freiem Leben zu durchdringen. Das ist das große Wunder unserer Geschichte und die Grundtatsache, ohne die man weder die Stärken, noch die Schwächen unserer heutigen politischen Freiheitsideen verstehen kann. In Frankreich und England kamen der moderne Staat und das moderne Individuum beinahe gleichzeitig empor, in England und Nordamerika entwickelten sich persönliche und politische Freiheitsrechte in einer ganz selbstverständlichen, naturwüchsigen Harmonie miteinander. Nicht ganz so naturwüchsig, aber schließlich ebenso selbstverständlich wurde die Harmonie zwischen ihnen, die die Französische Revolution und ihre Nachwirkungen in Frankreich herstellte. Durchweg leben im Westen deshalb Kultur, Individuum und Staat ausgeglichener, reibungsloser miteinander. Das wissen wir sehr wohl und spüren es gerade heute an ihrer satten Selbstzufriedenheit, mit der sie ihren Lebensstandard eines wohlapplanierten demokratischen Individualismus als den einzig

möglichen, menschenwürdigen, vernunftgemäßen ansehen. Uns hat es das Schicksal schwerer gemacht, diese Harmonie zu erarbeiten, als wir, schier übergeistig geworden, vor hundert Jahren zum Staate traten, zu einem Staate, dessen Struktur so sehr viel straffer und spröder war als der der westlichen Völker. Unsere Ideale vom Zusammenklange persönlicher und politischer Freiheit sind infolgedessen durchschnittlich schwerer zu verwirklichen, reichen aber dafür höher hinauf — und möchten Himmel und Erde umspannen.[1]

So wollte es schon Luther, als er in der „Freiheit des Christenmenschen" die berühmte, so durch und durch deutsch empfundene Antithese aufstellte: Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan, — und: Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan. Das ist, wenn wir es aus der religiösen in die weltliche Sphäre übersetzen, das hohe, das so furchtbar schwere und uns doch nicht loslassende Grundproblem unseres modernen deutschen Lebens, unserer persönlichen und politischen Freiheit geworden. Führen wir es in seiner geschichtlichen Entwicklung uns jetzt vor Augen.

Es waren Kant und Fichte, die den in rein religiöser Isolierung gefaßten Gedanken Luthers in jene menschlich-göttliche Gesinnung umsetzten, die der Lebensodem unserer geistigen Höhezeit wurde. Freiheit heißt, lehrten sie, frei werden von allen Banden der Sinnlichkeit, das Geistige, Gottverwandte in uns zum Herrn machen, sich und sein Handeln bestimmen, sich und sein Leben formen nach der in unseren Tiefen sprechenden, schlechthin unzweideutigen und unabweisbaren Stimme des Gewissens, des Sitten-

gebotes, des überempirischen Ichs. Frei werden heißt den gewöhnlichen Menschen abtun, um eigentlicher Mensch zu werden, heißt ferner aber auch, alte Fesseln abtun, um neue, viel stärker bindende Fesseln dafür sich anlegen zu lassen, heißt unedle mit edler Dienstbarkeit vertauschen. Handle, so verlangt ja der kategorische Imperativ Kants, daß die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann. Dienen, sich unterordnen dem, was wir als vernünftige allgemeine Gesetzgebung erkannt haben, erniedrigt also nicht, macht nicht unfrei, sondern wahrhaft frei, heißt die Gottheit aufnehmen in seinen Willen. Freiheit und Unfreiheit sehen wir also auch hier miteinander verbunden, aber nicht in trübem Gemenge, wie gewöhnlich, sondern untrennbar, ununterscheidbar, in höchster vergeistigter Potenz. Hier tritt sogar eine innere Kontinuität mit dem friderizianischen Staate hervor, denn der strenge Pflichtbegriff Kants weist, wie man oft bemerkt hat, auch auf diesen Boden mit zurück. Machen wir sogleich eine Nutzanwendung dieser vom Pflichtbegriff durchwachsenen Freiheitsidee auf das politische Gebiet. Man darf sie dann liberal und konservativ zugleich und ebenso individualistisch wie antiindividualistisch nennen. Sie erhebt die innerste Stimme des Individuums zum Richter über das, was als allgemeine Gesetzgebung zu gelten habe, aber sie unterwirft das Handeln des Individuums dann ganz und gar dieser allgemeinen Gesetzgebung. Erkenne ich die vorhandene Gesetzgebung, den vorhandenen Staat, der mich umgibt, aus innerster Überzeugung als vernunftgemäß, als wertvoll an, so bin ich verpflichtet, ihm zu dienen und ihm mich, wenn es erfordert wird, zu

opfern. Die patriarchalische Staatsgesinnung der Untertanen konnte damit zur autonom-moralischen Staatsgesinnung frei sich fühlender Menschen umgebildet werden und in der Zeit der preußischen Reform und Erhebung sich großartig auswirken. Und aus der Idee der persönlichen Freiheit, wie sie die idealistische deutsche Philosophie faßte, floß auch nicht nur neue Hingabe an den Staat, sondern auch neue politische Freiheit und Freiheitsforderung. Die Steinsche Städteordnung und Bauernbefreiung und die Verfassungswünsche jener Zeit ruhen auch auf diesem Grunde mit. Durchweg sollte der Staat fortan auf die sittliche Freiheit und Würde des Bürgers und Menschen sich stützen und in allen seinen Institutionen sie anerkennen und zur Geltung bringen. Das ist also der eigentliche Kern unserer modernen politischen Freiheitsidee und zugleich die geistige Rechtfertigung dessen, was die Gegner heute die deutsche Staatsdienstbarkeit nennen; denn sie befreit und bindet ja zugleich. Aber wie namenlos schwer war es, dies hohe Ideal in die Wirklichkeit umzusetzen gegen die spröde Natur des Militär- und Beamtenstaates, die widerstrebenden Interessen der bevorrechteten Schichten und die Unvollkommenheiten des Durchschnittsmenschen! Auch entbehrten die politischen Freiheitsforderungen, die aus dieser Quelle flossen, eines praktischen Vorzugs, der den westeuropäischen Freiheitsforderungen eigen war. Sie konnten sich nicht so konzentrieren auf greifbare, gemeinfaßliche, schematisch klare Durchschnittsprogramme, etwa vom Typus des westlichen Parlamentarismus oder der radikalen Demokratie, und konnten deswegen, als die liberale Bewegung in Deutschland dann einsetzte,

die populäre Konkurrenz mit ihnen nicht ganz aushalten. Denn die Grundidee der sittlichen Freiheit, der sie entflossen, ließ Spielraum für mancherlei individuell verschiedene Staatsverfassungen und konnte selbst in den konservativen Quietismus, der das Vorhandene als vernünftig hinnimmt, auslaufen.

Die größere Tiefe dieses deutschen Staats- und Freiheitsgedankens, wie ihn Hegel klassisch formuliert hat, verband sich aber auch dafür mit einem größeren Reichtum, in den nun ebenfalls ganz spezifisch deutsche, sogar uralt deutsche, Freiheitsempfindungen einströmten. Denn deutsch, ganz ursprünglich deutsch ist der Sinn und die Liebe für das Individuelle, Sondertümliche, Eigenartige. Es ist vielleicht unser intensivster, durch alles hindurchgehender, selbst unsere ästhetische Empfindung und unsere Kunst färbender und gestaltender Grundzug. Unsere deutscheste Kunst löst niemals das Kunstwerk ganz los von der individuellen Wurzel, aus der es entsprießt, erhebt es niemals ganz in das zeitlose Reich der reinen Schönheit, gibt ihm immer etwas Erdgeschmack mit und liebt mehr die Freiheit des Wachstums als die Freiheit der Formung. Und so allenthalben. All.r unser Partikularismus und unsere Eigenbrötlerei hängen damit zusammen, von Anbeginn unserer Geschichte an. Ebenso aber auch alle bunte und farbige Mannigfaltigkeit unserer sozialen Verhältnisse, unserer Stadt- und Dorfbilder, unserer ganzen Kulturentfaltung. Frei sein hieß für uns immer auch das Eigenste und Wurzelhafte in uns und um uns behaupten. Wiederum war es die Höhezeit unseres deutschen Idealismus und der ihr folgenden Romantik, die diesen Sinn für

das Individuelle zur herrlichsten Flamme entwickeln und durch sie ein ganz neues Licht über das Leben des einzelnen und über die ganze geschichtliche Welt ausgießen konnte. Die Kantsche Freiheitsidee und das Individualitätsbedürfnis schmolzen in Wilhelm v. Humboldts berühmtem Freiheitsprotest gegen den Druck des mechanisch gewordenen Wohlfahrtsstaates des 18. Jahrhunderts zusammen. Der wahre Zweck des Menschen, erklärte er, nicht der, welchen die wechselnden Neigungen, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt, ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Und das, wonach der Mensch ewig ringen müsse, und was der, welcher auf Menschen wirken wolle, nie aus den Augen verlieren dürfe, sei: Eigentümlichkeit der Kraft und Bildung. Als John Stuart Mill 1858 seinen Essay über die Freiheit schrieb, stellte er diese Worte Humboldts in den Mittelpunkt seiner eigenen Auffassung und bemerkte dazu, daß nur wenige Personen außerhalb Deutschlands die eigentliche Bedeutung dieser Lehre verständen. Ein klassisches Zeugnis für den bodenständig deutschen Charakter dieses vertieften Individualismus, der mit sonnenverwandtem Auge in die innersten uns erreichbaren Ursprünge des geistigen Lebens sah.

Aber dieser Individualismus Humboldts kehrte sich damals zugleich mit radikaler Entschlossenheit vom Staate, von jedem Staate, der mehr leisten will als Schutz für Recht und Sicherheit, ab. Er hielt echte persönliche und politische Freiheit nur in einem ganz geschwächten und verminderten Staate, im Nachtwächterstaate, für möglich. Auch solche

staatsfeindlichen Regungen gehören, wie wir freimütig und stolz bekennen wollen, zum Inbegriffe der deutschen Freiheitsideen, denn diese wollen ja eben die äußersten Enden des Lebens umspannen und müssen es deswegen kühn darauf ankommen lassen, daß die straff gespannten Sehnen auch einmal reißen. Und so möchte ich nun drei Grundtypen deutscher Freiheitsempfindungen gegenüber dem Staate aufstellen, die immer wieder in neuer individueller Lebendigkeit unter uns erschienen sind.

Den ersten, wie wir ihn eben beim jungen Humboldt gesehen und bei Nietzsche wieder erlebt haben, möchte ich die Freiheit im Gegeneinander nennen. Dabei empfindet man das Eigenste und Individuellste, was man in sich hat, als kostbares, schlechthin unersetzliches Lebensgut. Man empfindet das Anderssein zwischen sich und der Umwelt, die Reibungen mit ihr, die Vergewaltigungen von ihr als furchtbaren Riß des Lebens, als quälendes Problem. Man löst es sich, indem man sich aufbäumt gegen die Umwelt und zum Revolutionär, sei es zum bloß theoretischen, sei es zum praktisch-politischen, wird. Dann sieht man im vorhandenen Staate nicht das Quantum Vernunft, das in jedem Staate steckt, sondern nur das Quantum Unvernunft, das auch in jedem Staate steckt. Man will ihn niederreißen und einen schöneren dafür aufbauen oder gar, wenn man ihn sehr haßt, nur eine Attrappe hinstellen.

Eine zweite, ruhigere Freiheit gegenüber dem Staate ist die Freiheit im Nebeneinander. Man empfindet sich dabei weniger vergewaltigt, als gehemmt und gestört vom Staate und der Umwelt überhaupt. Man schafft sich eine friedliche



Insel freien individuellen Innenlebens, sagt zu ihr mit Mörike: „Du bist Orplid, mein Land", und überläßt die unangenehme Außenwelt sich selbst.

Und schließlich diejenige Freiheit, in der die meisten Einzelzüge, die wir beobachteten, einmünden, die Freiheit des Ineinanders. Man gibt die eigene Individualität und die eigene Selbstbestimmung nicht auf, aber man fühlt, wie sie umwachsen, genährt und überwölbt ist von anderen höheren Individualitäten, von all den Lebenskreisen, die uns erfüllend und von uns erfüllt umgeben, bis zum Staate und der Nation herauf. Man respektiert auch an ihnen Eigenwert und Ursprünglichkeit. Man hält also den Staat nicht für die Schöpfung willkürlich zwecksetzender und schaffender Individuen, sondern für eine geschichtliche organische Notwendigkeit, die uns im eigenen Staate ganz individuell, unnachahmlich und unersetzlich entgegentritt und unser Verständnis, unsere Liebe, unseren hingebenden Dienst verlangt, damit er leben könne, so wie wir selbst wollen, daß er lebe. Das schließt unbedingt aus, daß wir den uns geschichtlich gegebenen Staat revolutionär verneinen, das schließt aber keineswegs eine selbst ganz scharf fordernde und einschneidende Reformgesinnung aus und fordert sie sogar in entscheidenden Stunden, wenn neues Leben aus der Nation einströmen will in den Staat. So also, das eigene und das übereigene Leben zusammenlebend aus innerstem Bedürfnis, bleiben wir frei, persönlich und politisch frei, — sei es in der freiherrlichen Gesinnung des Freiherrn vom Stein, sei es in altbäuerlich-germanischer Genossenschaftlichkeit, sei es mit Kant und Fichte schöpfend aus unserem überempiri-

schen Ich, sei es in gläubiger Romantik, sei es in Bismarckscher Verbindung von Vasallentreue und ständischer Unabhängigkeit, sei es schließlich in jener Spannung zwischen trotzig behaupteter Klassengesinnung und aufquellender Vaterlandsgesinnung, wie beim modernen Sozialdemokraten. Keine dieser deutschen Freiheitserscheinungen ist, wie wir sahen, ganz frei von Problematik, und man wird diese Problematik, diese Gefährdungen und Spaltungen der vollen Freiheit und Lebensgemeinschaft von Ich und Staat nicht einmal ganz hinwegwünschen dürfen, um beide vor Einförmigkeit und Erstarrung zu bewahren. Ja, selbst die Freiheiten des Gegeneinander und Nebeneinander dürfen in der Symphonie unseres nationalen Gesamtlebens nie ganz fehlen, damit ein heilsamer Stachel sei, der es antreibe, und damit auch eine stille Hand sei, die auf wunde Gemüter sich lege. Und in den schöpferischsten Geistern unserer Geschichte, bei Luther und Goethe, konnten alle drei Freiheiten: Gegeneinander, Nebeneinander und Ineinander von Ich und Umwelt, sich hervorwagen.

Dies also ist die deutsche Freiheitsidee, — kein Begriff, dessen einzelne Inhalte sich glatt zusammenschließen, sondern eben eine Idee, die sich bewegt, entwickelt, entfaltet und spaltet in viele neue Einzelideen und doch immer wieder aus ihnen neu zusammenwächst. Und will man sie, auch auf das Wagnis hin, manche Wurzeln dabei abzuschneiden, auf einen möglichst kurzen Ausdruck bringen, so weiß ich keine bessere Formel, als die, welche Troeltsch gegeben hat: Die deutsche Freiheit will Bildungsindividualismus und Staatssozialismus miteinander vereinigen.

Denn reich und tief in alle Lebensgründe soll sich zwar unsere Freiheitsidee verzweigen, aber fest und straff soll sie sich, wenn der Moment es fordert, zusammenfassen. Um praktisch zu werden, muß sie auch etwas von der praktischen Art der westlichen Freiheitsideen annehmen. Um unser Dasein gestalten und schützen zu können, muß sie den Mut haben, sich zu beschränken, zu wählen und zu scheiden und in der Stunde der Gefahr selbst Wertvolles dem Größeren zu opfern, und so erhebt sich nun die zweite Frage, die wir uns zu stellen haben: Welche Freiheitsforderungen strömen uns in diesem Momente aus unserer Freiheitsidee?

Allen voran erfüllt uns heute die eine dringendste: Freiheit für das deutsche Volk in der Welt, Atemraum, Lebensmöglichkeit neben den großen, zu Weltreichen sich zusammenballenden Feindesmächten. Diese Forderung mit ihren Konsequenzen zu begründen, wird Aufgabe des Schlußvortrages sein. Aber eng mit dieser Forderung zusammen hängt heute eine andere, die wir als wahre Freiheitsforderung der falschen und betrügerischen Freiheitsforderung unserer Feinde entgegenstellen. Wie ich es im Eingange schon erwähnte: Den Kampf um Macht und Existenz wollen sie zu einem Kampfe um die Verfassungsformen erweitern und uns ihre demokratische Freiheit aufdrängen. Merkwürdige geschichtliche Erinnerungen ruft diese Absicht wach. Gerade vor hundert Jahren war es schon einmal so, daß uns Europa umstand und uns zurief: Du mußt die und die Verfassungsform haben nud darfst die und die nicht haben, damit du ein gesittetes Glied unserer Gemeinschaft bleibst. Das damalige konservative Europa forderte von Preußen, daß es kon-

servativ bleibe und nicht liberal werde, um nicht unruhig und ehrgeizig zu werden und nach deutscher Führerschaft zu streben. Die heutige demokratische Welt fordert von uns, daß wir demokratisch werden, damit wir — harmlos und ungefährlich werden für sie. Das ist der eigentliche reale Kern ihrer Ideologie, die, wie ich gar nicht leugnen will, zugleich von manchen unserer Feinde ganz ehrlich empfunden sein kann. Damals konnte sich Preußen nicht aufbäumen gegen die Diktatur Europas, weil es zu schwach dazu war. Heute spielt Wilson, historisch gesehen, die Rolle Metternichs, wenn er als Weltpräsident uns seine Normalverfassung aufdrängen will, und die Sünde gegen die Freiheit, die sie beide begehen, ist dieselbe. Darin sind wir alle, von Heydebrand bis Scheidemann, einig, daß wir das höchste der nationalen Freiheitsrechte, die eigene Individualität zu behaupten und uns selbst das Gesetz unseres politischen Daseins zu geben, bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werden.

Es ist klar: Man will uns demokratisieren, um uns zu desorganisieren. Man wirft listig dieses Schlagwort in unsere Mitte, weil man weiß, daß wir selber unter uns heute im Streite darüber sind, ob und welches Maßes von Demokratie wir bedürfen, um wahre politische Freiheit zu haben. Man weiß, daß die demokratischen Einrichtungen der westlichen Völker auch bei uns Fürsprecher finden, man hofft nach dem Sturze der russischen Autokratie jetzt doppelt stark auf einen großen Sieg des westlichen Geistes über uns, da der Sieg der westlichen Waffen an unserer Siegfriedstellung sich bricht. Die Siegfriedstellung haben wir gebaut, um ein

Terrain, das für unsere Verteidigung zwecklos geworden war, ohne Verlust für uns räumen zu können. Gibt es nicht auch in unseren Verfassungseinrichtungen ein Terrain, das man räumen kann, weil es uns mehr hindert als nützt; gibt es nicht auch dahinter eine Siegfriedstellung unserer nationalen Macht und Freiheit?

Wir können es zunächst schon ohne weiteres einräumen, daß die westlichen Ideen insgesamt von vorherein auf uns mächtig gewirkt und die Bildung unserer eigenen Freiheitsideale mit befruchtet haben. Kant sowohl wie der Freiherr vom Stein haben aus der Französischen Revolution gelernt. Französisches und englisches Gedankengut steckt auch in unseren Verfassungen. Aber wir haben es uns nach eigenem Bedürfnis assimiliert, und wir haben dabei immer schärfer einen Grundzug *unseres* politischen Denkens gegenüber einem zwar nicht ausschließlichen, aber vorwaltenden — und gerade heute vorwaltenden — Grundzuge westlichen Denkens herausgearbeitet. Unser Sinn für das Individuelle, durch deutschen Idealismus und Romantik entwickelt, lehrt uns, daß es keine allgemeingültige Normalfreiheit gibt, wie die im Westen heute noch nachwirkende Aufklärung des 18. Jahrhunderts glaubte. Darum können wir von ihrer Freiheit nur das gebrauchen, was uns homogen ist, was wurzelhafte Ansätze bei uns findet, und was in den lebendigen Stamm unseres Staatslebens hineinzuwachsen vermag.

Gehen wir an den Kern der Sache. Die Gegner wollen daß Deutschland von der Herrschaft des Militarismus und Junkertums befreit werde. Wir sagen dagegen: Distinguendum est. Wir wollen nicht militärisch schwach werden, wie

die Gegner möchten, sondern so stark bleiben wie bisher. Aber wir wollen stark bleiben durch neue Mittel und von den alten Mitteln der Stärke diejenigen preisgeben, die wir nicht mehr gebrauchen, die uns heute mehr schaden als nützen. Also sprechen wir uns ganz offen über unser Junkertum aus. Es hat unserer Heereskraft unvergeßliche Dienste geleistet, es hat uns einen Bismarck geschenkt. Aber es hat uns durch seinen harten Egoismus und seine rücksichtslose Herrschsucht auch schwere, schwere Not bereitet. Jede agitatorische Hetze gegen das Junkertum möchte ich vermeiden, immer mir, wie ich es in meiner wissenschaftlichen Arbeit versucht habe, ein offenes Auge bewahren für das Gesunde, Kräftige und selbst Große an ihm. Aber es muß heraus, was Unzähligen auf der Seele liegt: Wir wollen in Preußen nicht mehr von Junkern und Korpsstudenten regiert sein — auch nicht von solchen, setze ich hinzu, die sich ihnen innerlich angeglichen haben, und deren Zahl leider größer ist als die Zahl der geborenen Junker. Wie empfänglich, wie dankbar sind wir für einen Adel deutscher Nation, der seiner alten Kultur und Tradition das offene Verständnis für die Bedürfnisse einer frei sein wollenden Volksgemeinschaft hinzufügt. Ihm würde eine gewisse Führerschaft ganz von selbst zufallen und freiwillig zugestanden werden. Aber jeder, aber auch jeder Überrest des alten Privilegien- und Kastengeistes ist heute vom Übel. Denn das deutsche Volk ist dazu reif geworden, in jede der führenden Stellungen, für die bisher junkerliche Herkunft oder junkerliche Gesinnung sich empfahl, Söhne aus seiner Mitte zu entsenden, die nur der Berufung harren, um ihre Begabung und Tüchtigkeit zu

entfalten. Erst dann ist die untrennbare Verbindung von politischer und persönlicher Freiheit ganz erfüllt, wenn alle wertvollen Säfte des Volkes frei emporsteigen können in den Staat. Der deutsche Geist der Genossenschaftlichkeit und der deutsche Geist der Bildung kräftiger, eigenwüchsiger Individuen verlangen das. Ich möchte es schier das Hauptstück unserer heutigen Freiheitsforderungen nennen.

Alle Einrichtungen des Staates sollten eigentlich auf diesen Zweck zugeschnitten sein. Alle Klemmungen und Hemmungen zwischen dem alten Polizei- und Beamtenstaate und dem Leben der Gesellschaft würden sich dadurch lösen. Alle Reformen der Verfassung, die wir verlangen, sollen jetzt vor allem die Kruste zerbrechen, die den Aufstieg der Persönlichkeiten im Staate hemmt. Ich betrachte auch die Reform des preußischen Wahlrechts unter diesem Gesichtspunkt. Sie soll nicht nur das neue Band des Vertrauens befestigen, das dieser Krieg zwischen Staat, bürgerlicher Gesellschaft und Arbeiterschaft geknüpft hat, sondern sie soll eine neue Zeit in unserem Staatsleben überhaupt einleiten. Die politischen Rechte, die wir den Massen damit geben, geben wir ihnen in der Überzeugung, daß in ihren aufstrebenden Schichten ein ursprünglicher, frisch naturhafter Drang zur Persönlichkeit und zur vollen herzhaften Teilnahme an allen Gütern unserer Kultur und unseres Staatslebens sich regt. Sie streben instinktiv heraus aus dem engen, immer noch sektenhaften Dasein innerhalb einer stachlich abgeschlossenen Partei und Kaste. Sie wollen, so deute ich die Gedanken der Besten unter ihnen, frei werden auch von dem verunedelnden Zwange einer nur negierenden Oppositions-



partei und frei und verantwortlich mit uns schaffen am Staate. Gewiß, wir wagen auch etwas, wenn wir die Schranken zwischen den Massen und dem Staate jetzt niederlegen. Aber wir wagen, wie heute die Dinge liegen, noch viel mehr und laufen schlimmere Gefahr, wenn wir sie nicht niederlegen. Wir dürfen uns nicht der weltgeschichtlichen Lehre und Wirkung dieses Krieges entziehen. Nur ein eng mit seinem Volke und den Massen seines Volkes verbundener Staat kann künftig noch aufrecht stehen in der Welt und einen solchen gewaltigen Verteidigungskrieg wieder führen, wie wir ihn heute führen. Macht und Freiheit sind künftig noch viel enger verwachsen miteinander als bisher. Das ist auch der Sinn in dem Unsinn unserer Gegner, daß in der Tat eine mächtige, unaufhaltsame Welle von Demokratie durch die Welt geht. Nur darum handelt es sich also heute für uns, daß wir, wie in allen großen Ideenbewegungen der neueren Geschichte, diese universale Tendenz in nationalem Geiste aufnehmen und ihr unseren Stempel aufdrücken — kräftig und entschlossen aufdrücken.

Darum ist es mit halben Mitteln nicht mehr getan. Die Einführung des demokratischen Reichstagswahlrechts in Preußen muß heute auch von denen befürwortet werden, die in mittelparteilicher Gesinnung die innerpolitischen Fragen anzusehen gewohnt sind. Um das nötige Gegengewicht zu schaffen, wünsche ich aber zugleich, daß das Herrenhaus durch ein Wahlrecht auf berufsgenossenschaftlicher und korporativer Grundlage zu einer vollwertigen Volksvertretung mit gleichen Rechten wie das Abgeordnetenhaus umgestaltet werde.

Sollen wir nun auch in dem parlamentarischen Systeme eine Freiheitsforderung deutscher Nation erblicken? Ich antworte bestimmt: Nein. Hier heißt es, vor falscher Nachahmung sich hüten und das individuelle deutsche Bedürfnis, auch unser wahres Freiheitsbedürfnis erkennen. Das parlamentarische System soll den Volkswillen zur alleinigen Geltung im Staate bringen. Wir bestreiten, daß ihm das gelingt. Es bringt immer und immer nur die Parteien und innerhalb dieser wieder nur ganz kleine Schichten und Gruppen ans Ruder, die dann als Drahtzieher der herrschenden Partei eine wundervolle Gelegenheit erhalten, den Staat für sich auszubeuten. Der Parlamentarismus ist die Verfassung des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaates, darauf angelegt, daß zwei Spielarten derselben bürgerlichen Gesellschaft sich gegenseitig das Leben versichern und den abwechselnden Genuß der Herrschaft verbürgen. Er gerät sofort aus dem Gleichgewicht, wenn statt der beiden Großparteien eine so reiche und differenzierte Parteientwicklung wie bei uns ihn tragen soll. Wo sollen die in sich konsistenten Mehrheiten, deren er bedarf, bei uns herkommen? Volkswille ist aber auch nicht schlechthin identisch mit Mehrheitswillen. Auch der Wille der Minderheit hat ein Recht auf Berücksichtigung in den endgültigen Entscheidungen des Staatslebens. Das parlamentarische Regime entspricht auch nicht dem Interesse der deutschen Arbeiterschaft, denn Parteiregierungen sind eine sehr schlechte Bürgschaft für gute Sozialpolitik und gerechte Steuerverteilung, wie Frankreich abschreckend zeigt. Nicht die westlichen Staaten, sondern Deutschland hat die Bahn gebrochen für die moderne soziale

Versicherungsgesetzgebung. Der soziale Gemeingeist, der in unserem Staate lebendig werden und unser aller Freiheit sichern soll, verlangt eine andere Regierungsform als die des bürgerlichen Klassenstaates. Wir haben sie in der sozialen Monarchie, wie sie sich bei uns nach der Reform der Parlamente entwickeln wird. Ihre Ratgeber, frei ernannt von der Krone, können in Zukunft gar nicht anders, als homogen mit den homogen zusammengesetzten Parlamenten Preußens und Deutschlands regieren. Aber sie können zugleich wirksamer als ein von seiner Mehrheit abhängiges Ministerium auch die Bedürfnisse der Minderheit und die Bedürfnisse des Staatsganzen befriedigen. Vergessen wir auch nicht die Grundforderung aller Freiheit, frei von ausländischem Drucke zu leben. Unsere zentrale, ringsum gepreßte Lage auf dem Kontinente zwingt uns nun einmal das eherne Gesetz auf, stark zu bleiben und unsere Machtmittel fest zusammenzufassen. Das werden parlamentarische Ministerien bei unseren zersplitterten Parteiverhältnissen voraussichtlich nie leisten können. Und ferner: Wir verlangen von unserer auswärtigen Politik Stetigkeit und maßvolle Festigkeit und Freiheit von nationalistischen Leidenschaften. Wir vermissen diese Eigenschaften ganz und gar bei den parlamentarischen Regierungen unserer westlichen und südlichen Gegner und sehen die Ursache dieses Mangels in innersten Strukturfehlern, die vom Wesen der Parteiregierung unzertrennlich sind.

So fasse ich denn zusammen: Ein soziales Königtum, befreit von den Resten des alten Stände- und Privilegienstaates, auf Fühlung und Harmonie mit der Volksvertretung

angewiesen, aber zugleich frei und stark genug, um ausgleichend und vermittelnd zwischen Mehrheiten und Minderheiten einzugreifen und so die Synthese des tieferen Volkswillens zu finden, und stark genug ferner, um die Nation nach außen in Krieg und Frieden kraftvoll und ruhig zu vertreten und zu führen, — das ist die Siegfriedstellung unserer politischen Macht und Freiheit.

Nur im Schutze einer solchen Stellung kann sich unsere innere Freiheit gedeihlich entfalten, kann sich der Übergang vom alten zum neuen Zustande ohne Erschütterung der lebendigen Werte unserer bisherigen Geschichte vollziehen. Unser alter Beamtenstaat, den wir jetzt in ein freieres Verhältnis zu den Volksgenossen setzen möchten, hat seine auch in Zukunft für uns unentbehrlichen Werte, auch er war in vieler Hinsicht für uns ein Erzieher zu deutscher Freiheit. Aber den unfreien Geist der Bevormundung und Abschließung, der sich in ihm immer wieder einnisten konnte, muß er verlieren. Wieviel wäre noch zu sagen über die hieraus entspringenden Freiheitsforderungen, über die Einschränkung der staatlichen Aufsicht auf die städtische Selbstverwaltung, über Polizei, Landesverwaltung und ländliche Selbstverwaltung und schließlich über die Reste konfessioneller Intoleranz, die in der Ergänzung und in der Praxis unseres Beamten- und Militärstaates noch nachwirken. Alles das aber und wie es zu bessern ist, hängt davon ab, ob es gelingen wird, im Zentrum des preußisch-deutschen Staatslebens neue Machtverhältnisse zu schaffen. Es sind Früchte, die uns reifen werden, nachdem diese erste Frucht uns gereift ist.



Das ist die Freiheitsforderung, die wir an den Staat, an den alten Staat zu richten haben. Wir haben aber zum Schluß auch an den neuen, werdenden Volks- und Gemeinschaftsstaat Forderungen der Freiheit zu richten — der persönlichen Freiheit, die bei uns Deutschen nun einmal die Brunnenstube der politischen Freiheit ist. Der Zustrom von Demokratie, den unser öffentliches Leben zu gewärtigen hat, ruft bei vielen von uns die Sorge wach, daß die Macht der öffentlichen Durchschnittsmeinungen sich steigern und jene verflachende Herrschaft über den einzelnen gewinnen werde, die sie bei den westlichen Völkern hat. Und ferner drohen die neuen staatlichen und sozialen Bindungen und Beschränkungen des Einzelwillens, die durch die wirtschaftlichen Erfahrungen und Wirkungen des Weltkrieges uns aufgenötigt werden, die neue „Gemeinwirtschaft", wie man sie genannt hat, den einzelnen zum Funktionär des Ganzen herabzudrücken und jene Staatsdienstbarkeit, die man uns vorwirft, überhaupt erst zu schaffen. Verhehlen wir uns auch nicht, daß das unerfreulichste Erbe aus den Zeiten unserer politischen Unfreiheit, der Mißbrauch der Amtsgewalt zu hochmütiger und unwürdiger Behandlung des Untergebenen, durchaus nicht allein an den Institutionen des Polizei- und Militärstaates haftet, sondern auch in das Volksleben eingedrungen ist. Wir erleben es nicht selten, daß gerade der Emporkömmling aus niederen Schichten der Versuchung unterliegt, sich an der freien Würde seiner Mitbürger zu vergreifen. Durch das wachsende Selbstgefühl der unteren Massen wird deshalb der Ausgleich zwischen Autorität und Freiheit in den Beziehungen

des Staates zum Bürger vielleicht noch schwerer werden als bisher.

Alle diese Gefahren des neuen Zustandes darf man nicht abschwächen mit verwischenden Redensarten. Aber was bleibt dem, der die Freiheit des Ineinander von Staat und Persönlichkeit erstrebt, zu tun und zu sagen übrig, wenn ein allgewaltiges historisches Schicksal Völker und Zeiten in bestimmte Bahnen drängt, auf denen Leben und Tod für den freien Geist zugleich winken? Nichts anderes, antworten wir, als sich hineinzustellen in das, was man als innere Notwendigkeit erkannt hat, nicht fatalistisch resignierend, sondern hineintuend und hinzufügend alle Impulse, die aus der Freiheit des Geistes stammen, und so in allem Umschwunge sich selbst behauptend. Der Volksstaat mit dem Volkskönigtume an der Spitze ist nun einmal zur inneren Notwendigkeit für uns geworden. Neue Menschen, neue Schichten werden fortan, mit den alten Schichten sich mischend, die Bühne unseres öffentlichen Lebens füllen. Sie werden die Güter unserer Bildung, unserer geistigen Freiheit, unserer deutschen Individualität aus unserer Hand empfangen, wie man Freunden und Lebensgenossen ein kostbares Geschenk übergibt in dem Vertrauen, daß der Glanz dieses Geschenkes auch ihren Augen aufgehen wird. Und wir fügen ihm die schlichte Bemerkung zu, daß unser Mut, für ihre politischen Freiheitsforderungen jetzt mit einzutreten, aus der geistigen Freiheit unserer deutschen Bildung stammt.

Staat und Gesellschaftsverfassung bei den Westmächten und in Deutschland

Von

Max Sering

Nicht wegen des prahlerischen Geredes unserer Feinde wollen wir deren öffentliche Einrichtungen betrachten und sie in Vergleich mit den unseren setzen.

Wir liegen im Kriege mit vier Weltreichen. Sie haben ganze Erdteile erobert; wir verharrten auf den alten Siedlungsgebieten und waren seit 43 Jahren der Hort des europäischen Friedens; und doch führen sie den Krieg mit dem Motto: gegen die Weltherrschaftsgelüste des preußischen Militarismus. Fünf, und seit dem Beitritt Nordamerikas neun, stehen gegen einen — und man wagt die Behauptung, daß der eine die fünf überfallen habe. Gewännen jene den Sieg, so wäre es aus mit der Unabhängigkeit nicht nur Deutschlands, sondern aller kleineren und schwächeren Nationen der Erde, und doch kämpfen sie angeblich für die Rechte der kleinen Völker.

So können wir auch ihr Geschrei leicht nehmen, daß sie für die Freiheit fechten gegen den letzten Hort des Despotismus. Aber wir wollen die politischen Einrichtungen der Westmächte prüfen um unserer selbst willen.

Es geht ein mächtiger demokratischer Zug durch die Welt, auch durch unser eigenes Land, und wen gäbe es unter uns, der nicht in dankbarer Bewunderung für die Heldentaten unserer Volksgenossen den Wunsch hegte, das Gebäude unseres Gemeinwesens so auszugestalten und, wenn nötig, umzubauen, daß die Heimkehrenden sich darin wohl fühlen und frohen Mutes darin ihre Kräfte entfalten können.

Sind nicht die Verfassungen unserer Feinde hierbei als Vorbilder anzusehen? Haben nicht die Nordamerikaner und nach ihnen die Franzosen mit ihrer Erklärung der Menschenrechte der Freiheit eine Gasse gebrochen, und ist nicht England die Heimat aller modernen Verfassungen geworden, unsere eigene politische Ordnung unter diesem Einfluß zustande gekommen? Nicht wenige sehen die Aufgabe darin, den deutschen „Obrigkeitsstaat" durch den westeuropäischen oder amerikanischen „Volksstaat" zu ersetzen. Halten wir Umschau und prüfen die Erfahrungen der anderen, doch so, daß wir über die rechtliche Form und die verkündeten allgemeinen Ideen hinaus in das wirkliche politische Leben der Völker eindringen und die gesellschaftlichen Kräfte erfassen, die mit Hilfe der politischen Einrichtungen Macht und Einfluß ausüben. Wir wollen ein Werturteil über die Verfassung der Westmächte zu gewinnen suchen, indem wir den politischen, sozialen, kulturellen Wirkungen



nachgehen und nach dem Spruche verfahren: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Das Wesen der demokratischen Verfassung ist bei weiter Umgrenzung des Begriffes darin zu erblicken, daß sie ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Unterschiede alle Erwachsenen oder doch alle männlichen Erwachsenen zur Teilnahme an der Handhabung der öffentlichen Gewalt beruft. Gehen wir von diesem Begriffe aus, so ist England aus dem Kreise der demokratischen Staaten auszuscheiden. Es befindet sich auf dem Wege zu einer demokratischen Ordnung, aber seine bisherige Staatsverfassung ist nicht viel weniger aristokratisch als die Gliederung seiner Gesellschaft. England ist das Land der Latifundien und großen Güter. Wenige Familien mit ihrem Gefolge von Pächtern und Arbeitern beherrschen das platte Land; sie besitzen ganze Stadtviertel. Diese Bodenaristokratie hat seit der Absetzung der Stuarts lange Zeit fast ausschließlich im Ober- und Unterhause des Parlaments die Herrschaft geführt und die Staatsverwaltung im Ehrenamte gehandhabt. Ihr verdankt England die Eroberung des vierten Teils der festen Erdrinde und damit die Erhebung zum reichsten Lande der Welt. Die auf solch weltweiter Grundlage emporgekommenen Industriellen, Finanz- und Kaufleute, vielfach mit der Aristokratie verschwägert, selbst stark am Grundbesitz beteiligt und häufig nobilitiert, teilen sich jetzt mit der Bodenaristokratie in den sozialen und politischen Einfluß, besonders auch in die Ämter. Das übrige Volk bleibt im wesentlichen auf Wahlen beschränkt. Das Wahlrecht zum Unterhause wurde 1832, 1867 und 1884 ausgedehnt, aber noch jetzt ist die fluktuierende und schlecht be-

zahlte Unterschicht der Arbeiter völlig unbeteiligt am staatlichen Regiment. Wahlberechtigt ist der Grundbesitzer, der Pächter, der Haushaltungsvorstand, der ein Jahr lang Gemeindesteuern bezahlte, und der Mieter, der eine Wohnung mit 200 M. Mietswert ein Jahr lang innehatte.

Das viel gescholtene preußische Wahlrecht ist demokratischer als das englische. Gibt es doch auch dem ärmsten Manne eine Stimme, die nur leichter wiegt als die des großen Steuerzahlers. Selbst die während des Krieges in England in Aussicht genommene Reform wird zwar einen Teil der Frauen heranziehen, im übrigen aber dem dortigen Wahlrecht noch nicht die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts geben, dessen sich unsere Bevölkerung nun schon seit 50 Jahren zu erfreuen hat.

Auch in den englischen Kommunen ist das Wahlrecht auf die Steuerzahler beschränkt und weniger demokratisch als in Preußen.

Wenn also Präsident Wilson nur demokratische Völker für würdig erachtete, in die „Friedensliga" einzutreten, die er zur Fortführung des Krieges aufstachelte, so hätte er England ausschließen und sich an eine andere Adresse wenden müssen. Er scheint unter demokratischen Ländern nur solche zu verstehen, welche eine sogenannte verantwortliche Regierung besitzen. Was es aber mit der Verantwortlichkeit der britischen Regierung auf sich hat, davon wollen wir nachher sprechen.

Echte Demokratien im weitesten Sinne sind dagegen die französische und amerikanische Republik. Hier ist alles auf Mehrheitsbeschlüsse gestellt, in Staat und Gemeinde gilt

überall das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht; und zwar erscheint der Gedanke der Volkssouveränität am folgerichtigsten durchgeführt in Frankreich. Die gesetzgebende und vollziehende Gewalt findet ihren Mittelpunkt in der Deputiertenkammer, deren Macht unbeschränkt ist. Der Senat hat seinen Einfluß eingebüßt. Der Präsident muß die Minister aus den Mehrheitsparteien entnehmen und sie von ihren Ämtern entbinden, wenn sie das Vertrauen der Kammer verloren haben. Es herrscht also parlamentarische Verfassung, die in den Vereinigten Staaten fehlt, aber im Gegensatz zu England ruht der Parlamentarismus auf breitester demokratischer Grundlage.

Wie hat sich dieses System bewährt? Man muß anerkennen, daß die Französische Kammer die lebendigen Kräfte des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens einigermaßen getreu widerspiegelt. Dies ist der Fall, obwohl, wie in den amerikanischen Parlamenten, die Advokaten besonders zahlreich sind, daneben Verwaltungsbeamte, Professoren und Journalisten, kurz Leute, die reden können, auch wenn sie von den Dingen, die sie behandeln, ein wirkliches Verständnis nicht besitzen. Sie vertreten die im Hause mit nur geringen Ziffern erscheinenden Angehörigen der wirtschaftlichen Klassen mit: die in Frankreich sehr einflußreiche Hochfinanz, die breite Schicht der Rentner, die Gewerbetreibenden und die Bauern.

Wie der Deutsche Reichstag zerfällt die Französische Kammer in zahlreiche Parteien und Gruppen, die Ministerien müssen deshalb aus mehreren verwandten Gruppen gebildet werden. Solche Koalitionsministerien fallen aber leicht aus-

einander. Sie werden mit Hilfe des ausgedehnten Interpellationsrechtes oft in plötzlichen Impulsen gestürzt. In den ersten 40 Jahren hat die dritte Republik 50 Ministerien verbraucht. Es herrscht also eine große Unstetigkeit (incohérance) des ganzen Staatslebens. Wilson spricht sich hierüber in seinem Buche über den Staat aus. Es ist eine oberflächliche Arbeit; aber in diesem Punkte wird man Herrn Wilson die Sachkunde nicht absprechen können. „Die Kammer hat die Regierung an sich gerissen ... so launenhaft, so willkürlich hat sie jeden Minister gestürzt, der sich nicht sofort willig ihren Wünschen anbequemen wollte ... daß jetzt fast jeder in der Öffentlichkeit stehende Mann von Erfahrung und Geschicklichkeit in Frankreich in der einen oder anderen Weise in Mißkredit gebracht worden ist und Frankreich unter der unerträglichsten aller Regierungsformen seufzt: unter einer von einer Massenversammlung geleiteten Regierung, unter der Regierung durch eine zusammenhanglose, auf Volksgunst beruhende Volksvertretung.“ Eine überraschende Äußerung. Soll ein demokratisches Regiment etwas anderes erstreben als die Volksgunst? Keinesfalls würde uns der Professor Wilson die Nachbildung der französischen Verfassung empfohlen haben, die dem Präsidenten Wilson als höchst nachahmenswert erscheint. Sicherlich können die Kräfte der Gesellschaft unter solcher Verfassung so wenig zu gedeihlicher Entfaltung kommen, wie die Pflanzen und Tiere auf einem Landgut, wenn das Betriebssystem, die Fruchtfolge, die Zuchtrichtung mit der Person des Bewirtschafters einem beständigen Wechsel unterliegt.

Die Wirkungen der französischen Verfassung auf Verwal-



tung, Justiz, die Führung der Geschäfte überhaupt sind deutlich zu übersehen. Jeder Minister ist darauf angewiesen, sich eine wohlgeneigte Majorität zu sichern, Deputierten, Senatoren und sonst einflußreichen Persönlichkeiten in jedem Departement Gefälligkeiten zu erweisen und besonders Ernennungen nach ihrem Wunsche vorzunehmen. Die Republik hat den großen und zentralistischen Beamtenapparat des absoluten Staates beibehalten, und die meisten Beamten, besonders die Präfekten und Unterpräfekten, sind beliebig ein- und abzusetzen.

Jede der Wahlpolitik untergeordnete Verwaltung ist aber schlecht. Geben wir wieder Herrn Wilson das Wort: „Die französische Verwaltung", sagt er, „leidet in allen ihren Zweigen und in allen Dienststufen, von den niedrigsten bis zu den höchsten, unter tiefgehender Korruption infolge des Triumphes der verhängnisvollen Idee, daß ein öffentliches Amt als Belohnung für persönliche oder Parteidienste verliehen werden soll." „Der Ämterschacher droht noch mehr zu einer Gefahr für die Ehrlichkeit der Regierung in Frankreich zu werden, als er es in Amerika geworden ist."

Die Korruption hat auch schon die Gerichte ergriffen und ihr altes Ansehen erschüttert. 1883 wurde vorübergehend die Unabsetzbarkeit der Richter aufgehoben. Der Schutz gegen Verwaltungswillkür ist ungenügend, es fehlt an unseren unabhängigen Verwaltungsgerichten. So steht's im französischen „Volksstaat".

Ob hinsichtlich des Ämterschachers Frankreich wirklich die Palme vor den Vereinigten Staaten verdient, wollen wir vorläufig nicht entscheiden. Was aber die Zerfahrenheit in der

Handhabung der Zentralgewalt anlangt, so wird man darin vielleicht nicht eine notwendige Folge des demokratischen Parlamentarismus, sondern französischer Disziplinlosigkeit zu sehen geneigt sein.

In der Tat gibt es ein Mittel, um den Demos regierungsfähig zu machen: das Zweiparteien-System. Es wurde zuerst in England ausgebildet. „Die britische Verfassung", sagt Balfour, „wie sie jetzt wirkt, ist wesentlich ein Parteisystem, aber mit einem Parteisystem kann man nur arbeiten, wenn die Unterschiede zwischen den Parteien obschon wirklich, so doch nicht fundamental, nicht wesentlich sind, nicht einen so umstürzlerischen Charakter haben, daß sie die gesellschaftlichen Klassen oder die Ansichten in hoffnungsloser Entfremdung voneinander trennen."

Dem Maßhalten in der Bekämpfung des Gegners verdankt also der britische Parlamentarismus, daß er lange so gut gedieh. Das Maßhalten aber ergab sich aus der geschilderten Beschränkung des Parlaments auf Leute des gleichen Schlages.

Das klassische Parlament von England war zwar gegliedert nach den Grundanschauungen der Gesellschaft, konservativ und liberal, aber durchaus einig und geschlossen vor allem in der starken Wahrung der Erwerbs- und Kapitalsinteressen. Der Wechsel der Parteien, durch die Wähler entschieden, verbürgte eine gesunde Entwicklung und brachte nicht die Gefahr der Machterzesse, weil auch die Opposition darauf rechnete, demnächst die Regierung zu übernehmen.

Das viel bewunderte System bestand also darin, daß man die Masse ausschloß. Aber das System ist bereits erschüttert, und es bleibt abzuwarten, ob es nicht zusammen-



bricht, wenn die beabsichtigte Demokratisierung des Wahlrechts Platz greift.

Die Vereinigten Staaten haben allerdings das Kunststück vollbracht, das aristokratische Gebilde in ihren demokratischen Staat keimkräftig zu verpflanzen. Die beiden großen Parteien in der Union entsprachen ursprünglich der scharfen Trennung nach der sozialen Gliederung, den wirtschaftlichen Interessen und Lebensanschauungen zwischen den freien Farmern und Bürgern des Nordens und den mit Sklaven wirtschaftenden Großgrundbesitzern in den südlichen städtelosen Baumwollgebieten. Sie unterschieden sich durch ihre Stellung zur Bundesgewalt (Föderalisten und Antiföderalisten), ihre Handelspolitik und vor allem durch ihre Landpolitik. Heute sind diese Unterschiede modifiziert und, obwohl nicht verlöscht, doch in den Hintergrund getreten. „Die Trennung", sagt Sloane, „wird nicht durch Theorien, sondern durch Tatsachen bedingt, durch den Besitz oder Nichtbesitz der Macht."

Die Parteien sind Gruppen, in denen es sich bei jeder Wahl für die gesellschaftlich führenden Elemente darum handelt, mit Hilfe der Massen nicht weniger als die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu erobern. Denn im Gegensatz zu Frankreich und vollends zu England unterliegen auch alle wichtigeren Ämter der Volkswahl. Die Wahlen sind für Bund, Staat und Gemeinde ganz einheitlich geregelt und werden schon der Kostenersparnis halber zur selben Zeit vorgenommen. Aus diesem Grunde lohnte es sich, die Parteiorganisation mit einem sonst unbekannten Raffinement zur höchsten Vollendung auszubauen. Er-



finder der amerikanischen Parteimaschine war in den dreißiger Jahren Anton Burr in Neuyork. Jede der Parteien ist eine festgefügte Korporation, die einen riesenhaften Pressedienst unterhält und ein Heer von Berufspolitikern, Beamten, Agenten besoldet. Die Partei bildet den Kampfplatz und die Schule für den ungezähmten Ehrgeiz von Leuten, die eine Rolle spielen, sich auszeichnen, allerhand Vorteile erringen wollen, vor allem durch die Partei ein öffentliches Amt anstreben, ohne ihre Befähigung nachweisen zu brauchen. Die großen Führer, die „bosses", schlaue, geriebene Leute, steigen allmählich zu Senatoren und Millionären auf. Bei der ihnen obliegenden Fabrikation der öffentlichen Meinung verwenden sie die gröbsten Mittel der Reklame, Täuschung und Bestechung. Man veranstaltet allerlei Schaustellungen und Aufzüge mit Musik und ähnlichem. Fälschung von Wahllisten in die Hunderte und Tausende, Bestechung der Wahlkontrolleure und Einschmuggelung von fingierten Wahlzetteln sind nichts Ungewöhnliches. Man rechnet, daß 10—33% der Wähler bestochen sind. Die „bosses" halten die Parteigenossen unter eiserner Disziplin, machen den Überläufern und Gegnern das Leben schwer. Nach außen demokratisch, funktioniert die Parteimaschine nach innen ganz absolutistisch. Die Abgeordneten sind der Partei bedingungslos unterworfen.

So „denken also wenige Führer für die Geführten" (Hasbach). Die Drahtzieher bedürfen der Unteroffiziere und Gefreiten, die den verschiedenen Klassen und Schichten nahestehen müssen, um sie einexerzieren, die Befehle übermitteln zu können. In den niedrigen Reihen der Beamtenschaft

fehlen Schank- und Bordellwirte, Spielhöllenbesitzer, Bestrafte und Verbrecher nicht; Zuchthäusler haben im Neuyorker Stadtrat gesessen.

Solche Parteimaschinen brauchen gewaltige Geldmittel. Sie werden von den eifrigen Strebern, den im Amt Befindlichen, die wieder gewählt werden wollen, und vom Großkapital geliefert. Die Kleinen und Armen werden so zu Handelsobjekten für die Reichen, die Mächtigen. Vor allem gilt es die Urversammlungen durch eine genügende Zahl zuverlässiger Leute zu beherrschen und unabhängige Personen davon fernzuhalten. Dies gelingt, weil die Masse der Wahlberechtigten indifferent ist; meist sind nicht mehr als 1—10% in diesen Versammlungen anwesend. Dort aber werden die Kandidaten bestimmt.

Dies sind die Künste, durch die man in den Vereinigten Staaten den Demos regierungsfähig gemacht hat; man hat ihn gekauft, durch Massenbearbeitung und Massensuggestion geistig geknechtet. Daß solche Organisationen gelingen konnten, scheint mir wesentlich mitbedingt durch den Gegensatz der Einheimischen zu den Millionen der fortgesetzt aus Europa Zuziehenden und zu den Farbigen.

„Je mehr naturalisierte Amerikaner es gibt, desto schärferer Drill muß einsetzen für Bürger, die nur ein Mindestmaß von politischem Herkommen und politischem Instinkt besitzen; denn wenig Lehre und viel Disziplin ist, wie mir scheint, das Erziehungsgesetz für europäische Massen, die sich zu amerikanischen Bürgern neuester Art entwickeln" (Sloane, S. 3). Es handelt sich also darum, die Millionen der frisch Hinzugekommenen als Stimmvieh zu gewinnen. Von vorn-



herein sind nichts anderes die 10 Millionen Abkömmlinge der ehemaligen Sklaven, soweit man sie nicht durch mehr oder weniger offene Gewaltmittel von der Wahlurne fernhält. Die eingeborenen weißen Arbeiter halten mit den eingeborenen Besitzenden bisher zusammen. Sie fühlen sich ihnen näher als den Fremden. Die Deutschen, auch die schon lange eingebürgerten, halten sich, angewidert durch das ganze verlogene Treiben, meist abseits, es fehlt ihnen die eigene politische Organisation, sie entbehren deshalb eines ihrer Zahl entsprechenden Einflusses.

Innerhalb der eigentlichen Kernbevölkerung aber überbrückt das gemeinsame Interesse an der Eroberung der öffentlichen Gewalt viele Gegensätze. Gelingt es, die Mehrheit zu erringen, so winkt all den ehrgeizigen und tätigen Leuten, die mit der Partei arbeiteten, ein reicher Gewinn. Nach dem Grundsatz „dem Sieger die Beute" werden die öffentlichen Ämter verteilt. Im Amte hält man sich dann schadlos für alle Mühen und Kosten. Beamte in höherer Stellung haben mir gegenüber in aller Ruhe ausgesprochen, ihr Grundsatz könne kein anderer sein: als „Laßt uns Heu machen, solange die Sonne scheint." Daß eine sehr weitgehende Korruption in der Staatsverwaltung und in den meisten großen Stadtverwaltungen herrscht, wird allgemein zugegeben.

Wenn Wilson tröstend darauf hinweist, daß die Zahl der Ämter, die der Präsident der französischen Republik zu vergeben habe, größer sei, als in den Vereinigten Staaten, so ist dies zwar richtig. Aber die siegreiche Partei hat in Nordamerika nicht bloß die Bundes-, sondern auch die Staats- und Gemeindeämter zu besetzen.



Die auf Betreiben der anständigen Elemente neuerdings durchgeführte Zivildienstreform beschränkt sich auf mittlere und untere Stellen von mehr technischem Charakter, deren Inhaber auch in Frankreich nicht beliebig absetzbar sind.

Die politischen Wirkungen der Auffassung, welche das Amt als Lohn für geleistete Parteidienste ansieht, waren keine anderen hier wie dort, nämlich: eine höchst unvollkommene, deshalb teure Verwaltung — ist doch der „Dilettantismus zum Prinzip" erhoben — und ein schlechter Schutz der individuellen Freiheitsrechte gegenüber einer parteiischen Verwaltung; denn auch die wählbaren Richter unterliegen dem korrumpierenden Einfluß der Parteiwirtschaft, und sie sind in den allermeisten Staaten — immer auf kurze Dauer — wählbar, im Gegensatz zu den Bundesrichtern. „Gegen die niedrigeren staatlichen Gerichtshöfe und besonders gegen die Handhabung des Strafrechts herrscht ein weit verbreitetes Mißtrauen" (Sloane). Ferner hat die Demokratie die Tendenz gezeitigt, den Spielraum für ein selbständiges Leben der Gemeinden einzuschränken. Ist die Gemeindeverwaltung in Frankreich nicht viel mehr als eine abhängige Unterabteilung des Departements, so behandelt man in den Vereinigten Staaten, wo der allgemeinen Landesverwaltung ein eigener Beamtenkörper fehlt, die Städte wie Organe der Staatsverwaltung; oft hat man sie gezwungen, überflüssige Ämter zu schaffen, um Anhänger der Parlamentsmehrheit unterzubringen.

Endlich kann es nicht wundernehmen, daß man in allen Kreisen, besonders auch der Farmer, bittere Klagen über die oberflächliche, kenntnis- und gewissenlose Arbeit hört, die von den Advokaten in den amerikanischen Parlamenten geleistet

wird. Es fehlt die gründliche Vorarbeit, die bei uns Beamte und Vertreter der Wissenschaft leisten. Neue Ideen setzen sich in diesen Versammlungen sehr schwer durch. Unter dem ungeheuren Druck der Parteiherrschaft ist die freie Diskussion im Repräsentantenhause ebenso wie im englischen Unterhause durch die Geschäftsordnung und die despotischen Rechte des der Mehrheit angehörenden speaker aufs äußerste eingeschränkt. Unter dem Parteizwange „stimmen die Abgeordneten gegen ihre Überzeugung, legen die Verantwortung einer unverantwortlichen, außerhalb der Verfassung stehenden Körperschaft auf und ermöglichen es verderbten Parteien, zugunsten von Gruppen und Einzelpersonen und zum Schaden der Allgemeinheit zu wirken" (Sloane).

Ganz üblich ist das Verfahren von Interessentengruppen, in ihnen unbequeme Gesetze durch Mittelmänner einen Paragraphen („joker") einzuschmuggeln, der die ganze Wirksamkeit aufhebt.

Die besten Männer halten sich schon aus Scheu vor dem Schmutz des Wahlkampfes den Parlamenten fern. Die Abgeordneten sind so wenig angesehen wie das Parlament selber.

Wohl muß man anerkennen, daß das amerikanische Zweiparteiensystem Stetigkeit in die Verhältnisse gebracht hat. Das komplizierte Leben der hochdifferenzierten Gesellschaft eines Großstaats wäre ohne solche Organisation mit einer Verfassung schlechterdings unvereinbar, welche nicht nur die grundsätzlichen Entscheidungen, sondern auch die wichtigsten Verwaltungsakte den Massen überläßt. Aber der Erfolg ist erkauft durch eine schwere Schädigung des geistigen und sittlichen Lebens. In Amerika wird kein Gedanke zu

Ende gedacht, alles ist zugeschnitten auf das Verständnis der Masse und auf die Wirkung nach außen, sogar der Betrieb der Wissenschaften auf den Universitäten. Es gibt wenige Personen von wirklich unabhängiger Meinung. Alles unterliegt der Massensuggestion. Schon Tocqueville bemerkt, „nirgendwo gäbe es so wenig Deliberationsfreiheit wie in Nordamerika". So läßt die blöde Herrschaft der „öffentlichen Meinung" das höchste Gut und Glück des Menschen, die freie Persönlichkeit, verkümmern. Wohl herrscht bis tief in die Arbeiterschaft hinein eine gewisse Durchschnittsbildung infolge der allgemeinen Schuleinrichtungen, des Einflusses der Presse und der weitverbreiteten Teilnahme an der Politik, aber wenige erheben sich über den Durchschnitt, und wenige Völker sind so von Vorurteilen erfüllt wie das amerikanische. Das Schlimmste ist die Schulung zur öffentlichen Lüge und zum Betruge der Massen. Davon hat uns die Botschaft Wilsons ein klassisches Beispiel gegeben.

Seine ebenso anmaßende wie leichtfertige Kritik an unserer Verfassung, die Würdelosigkeit und Heuchelei, mit der der oberste Vertreter der amerikanischen Republik die deutsche Regierung und bewaffnete Macht beschimpft, das deutsche Volk aber seiner Freundschaft versichert, während er durch Neutralitätsbruch den feigen und völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg begünstigt, ja erst ermöglicht hat, und nun unter Aberkennung des Urrechts der Notwehr als Elfter oder Zwölfter dem gegen uns gebildeten Unterdrückungssyndikat beitritt — dies alles gibt ein Bild von dem Tiefstand der politischen Sitten und der Verwirrung des Rechtsgefühls im Staate Washingtons.

Wer die starken und gesunden Kräfte des amerikanischen Staatslebens kennenlernen will, muß in die jungen ländlichen Siedlungen des äußersten Westens gehen. Dort sind die Voraussetzungen für ein echtes und tüchtiges Selbstregiment des Volkes gegeben: eine ungefähre Gleichheit der Lebensbedingungen und Vermögen, der Interessen und der Bildung.

Mit außerordentlicher Sicherheit bauen die Kolonisten, meist unter Führung der Einheimischen, Gemeinden und Grafschaften auf, sorgen für Wege, Schulen, Gerichtswesen und die nötigen Steuern, um aus solchen Selbstverwaltungskörpern dann das Territorium und den Staat aufzurichten. Man kennt einander und wählt den Vertrauenswürdigsten zum Beamten. Es ist altgermanische Freiheit, die uns hier entgegentritt, eine Verfassung ähnlich den sechs agrarischen Landsgemeinden der Schweiz.

Dort lebt noch viel von dem Geist der demokratisch-christlichen Gemeinden, welche die Pilgrimväter auf dem steinigen Boden Neu-Englands begründeten, um dem Druck der englischen Staatskirche zu entgehen. Die Schulung der Bürger im engeren Kreise hat heilsam auf die Entwicklung des Ganzen eingewirkt. Aber jene einfachen Bedingungen sind inzwischen für den größten Teil der Union seit langem verschwunden. Es hat sich zwischen der politischen und sozialen Verfassung ein klaffender Widerspruch herausgebildet, in dem letztlich alle geschilderten Mißstände wurzeln.

Die klugen und hochstehenden Schöpfer der amerikanischen Verfassung, wie Al. Hamilton und John Adams, haben die Gefahren der extremen Demokratie in einer höher entwickel-

ten Gesellschaft deutlich vorausgesehen: die Bedrohung der persönlichen Freiheit nicht weniger als die Verderbtheit der Verwaltung. Sie fürchteten das Endergebnis der Tyrannis. Die Sicherung des freien Staates suchten sie in der Teilung der öffentlichen Gewalten und der Schaffung konservativer Gegengewichte. Diese Absicht aber ist größtenteils dadurch hinfällig geworden, daß der gesetzgebende, der Beamten- und Richterapparat in Abhängigkeit von der Parteimaschine geriet. Auch der Senat, obwohl eine ganz undemokratische Einrichtung, hat sich nicht als Schutz gegen die geschilderten Mißbräuche und Übelstände erwiesen. Von den gesetzgebenden Versammlungen der Einzelstaaten gewählt und mächtiger als das alte „house of lords", ist er eine Versammlung von politischen Großherren, von „bosses", Partei- und Finanzmagnaten geworden, eine Schutzstätte für Vorrechte und Interessen; deshalb mißtraut die Bevölkerung dem Senat ebenso wie dem Repräsentantenhause.

Aber es vollzieht sich seit mehreren Jahrzehnten mit aller Deutlichkeit eine Umbildung der Verfassung. Die von allen ernsten Patrioten erstrebte Heilung liegt nicht in dem vielfach versuchten Rückgriff auf die älteren Formen der primitiven Demokratie, nicht im Referendum und in der Abberufung mißliebiger Beamter durch Volksabstimmung; damit sind günstigenfalls nur Augenblickserfolge zu erzielen. Die vor sich gehende Umbildung der Verfassung liegt vielmehr in der Stärkung der Macht des Präsidenten und in den Einzelstaaten der Gouverneure.

Die Tendenz, die Macht auf einen Mann zu häufen, zeigt sich ebenso deutlich bei fortschreitender Demokratisierung in



England und ist oft genug in Frankreich hervorgetreten. „Wenn etwas sicher ist, so ist es dies, daß, je breiter die Grundlage einer Demokratie ist, sie um so sicherer in der Herrschaft eines Mannes, sei sie gesetzlich oder ungesetzlich, gipfelt" (Sloane). Denn die Masse lechzt nach Autoritäten.

Daß diese Tendenz neuerdings so stark und gleichmäßig hervortritt, ist bedingt durch große neue Aufgaben, denen die demokratische Verfassung sich nicht gewachsen zeigte.

Hierher gehören vor allem die sozialen Probleme.

Es ist für das Wesen der Demokratie von entscheidender Bedeutung, zu wissen, wie sich die beiden demokratischen Republiken zu diesen Aufgaben gestellt haben. Welches waren die Wirkungen ihrer Verfassung für die Lage der Massen in der Landwirtschaft und in der Industrie?

Es ist nicht richtig, wenn man gesagt hat, die demokratische Idee sei ohne sozialen Gehalt. „Dans la démocratie l'égalité réelle est l'âme de l'état *)", sagt Montesquieu.

Die Gleichteilung ist unmittelbar anwendbar für die Unterlage des Landbaus, den Bodenbesitz. Die erste große Revolution in Frankreich hat bekanntlich den riesenhaften Besitz des Königs, der Kirche, des ausgewanderten Adels, der Hingerichteten zu Nationaleigentum erklärt. Doch kreuzte sich der Gedanke der Gleichteilung mit den kaufmännisch-kapitalistischen Empfindungen der Bourgeoisie. Das nationale Eigentum wurde auf den Markt gebracht und an den Meistbietenden versteigert mit der Wirkung, daß an die Stelle der alten Grundaristokratie weniger kleine

*) „In der Demokratie ist die tatsächliche Gleichheit die Seele des Staates."



Eigentumsbauern als ein Rentnertum trat, welches sein Land verpachtete. Fast die Hälfte des landwirtschaftlichen Bodens von Frankreich befindet sich gegenwärtig in Pacht.

Einen analogen Vorgang zeigt die Geschichte der Vereinigten Staaten in der Gesetzgebung, welche aus dem unbesiedelten Land im Westen jedem arbeitswilligen Manne eine Heimstätte im Ausmaß eines großen Bauernhofes kostenlos zuwies, wenn er sich nur verpflichtete, das Land zu bebauen und zu bewohnen. Es ist charakteristisch, daß das Heimstättengesetz auch nur durch eine Revolution, nämlich den Bürgerkrieg (1862) errungen werden konnte. Bis dahin beherrschten die Baumwollbarone des Südens wesentlich mit Hilfe des Senats die nordamerikanische Landpolitik und widerstanden erfolgreich den Forderungen der kleinen freien Ansiedler im nördlichen Getreidegebiet. Zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes fehlte es in der Verfassung an einer Instanz. Das Heimstättengesetz hat die westliche Union für längere Zeit zur Zuflucht der arbeitskräftigsten Menschen aus dem germanischen Europa gemacht. Aber trotz des Gesetzes vermochte das Großkapital sich auch dort enormer Flächen öffentlichen Landes zu bemächtigen, weil die gesetzlichen Vorschriften lax gehandhabt wurden und den Eisenbahngesellschaften Ländereien geschenkweise überlassen wurden, die insgesamt den anderthalbfachen Umfang des Deutschen Reiches hatten. Infolgedessen bestehen jetzt fast $^{2}/_{5}$ aller Farmen nur aus Pachtland, und die Pachtfläche umfaßt etwa $^{1}/_{3}$ des ganzen Farmlandes; in Deutschland sind es nur 12%, und zwar hauptsächlich Staatsdomänen, die in Amerika ganz fehlen. Aber es ist anzuerkennen,

daß Nordamerika wie Frankreich sich einer immerhin zahlreichen unabhängigen Mittelklasse auf dem Lande erfreut.

Wie haben sich die beiden demokratischen Republiken zum brennendsten Problem der sozialen Gegenwart, zur industriellen Arbeiterfrage gestellt?

Hier ist vorauszuschicken, wie sehr die allgemeinen Lebensbedingungen für die Arbeiterschaft in Frankreich und Nordamerika voneinander abweichen. Im alternden Frankreich liegt die Führung des wirtschaftlichen Lebens bei dem fleißigen, sparsamen, auf seine Behaglichkeit bedachten Geschäftsmann, der seine Gelder lieber in Staatsrenten anlegt, statt sie zum Auf- und Ausbau eigener Unternehmungen zu benutzen. Wo in der Staatsleitung nur der Wechsel stetig ist, konnte sich der Typus des wagelustigen, der Zukunft vertrauenden Großunternehmers nicht entwickeln. Je mehr das Wirtschaftsleben stagniert, um so enger klammert sich alles an den Staat, begehrt von ihm Dividendengarantien für die Eisenbahnen, Subventionen und Prämien für die Schiffahrt, vor allem hohe Schutzzölle, die den fremden Wettbewerb ausschließen, und Ämter. An solchen Forderungen hat es zwar auch in der Union wahrlich nicht gefehlt.

Aber im Besitz fast eines Kontinents voll unerschlossener Reichtümer, wurde sie zum Zielpunkt der energischesten Leute Europas und ließ deren Interessen unter äußerster Einschränkung der Staatstätigkeit den weitesten Spielraum. So gewann das wirtschaftliche Leben ein Tempo, das eine gewisse Parallele nur in der deutschen Entwicklung der letzten 50 Jahre findet. Nirgendwo stieß der unternehmende Mann auf Hemmnisse historischer Über-



lieferung. Im größten Teile von Nordamerika erst im Eisenbahnzeitalter entstanden, ist die Industrie in den Eisenbahnbahnzentren von vornherein mit riesenhaften Werken aufgebaut; begünstigt durch prohibitive Zölle ist sie wie nirgendwo sonst zu monopolistischen Trusts zusammengeschlossen. Ihre Träger beherrschen um so vollständiger die Volkswirtschaft, als auch der gesamte Verkehrsapparat mit Ausnahme der Post der privaten Ausbeutung überlassen bleibt.

In Frankreich hat sich seit dem Aufkommen der Großindustrie die demokratische Gleichheitsidee früh in die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel umgesetzt. Dort ist die Sozialdemokratie beheimatet; in der Deputiertenkammer sitzen unter 600 Abgeordneten 132 Sozialisten verschiedener Observanz. Die bürgerlichen Klassen begünstigten, um den Wahlkampf abzustumpfen, den Eintritt hervorragender Sozialisten in die Regierung. Die Arbeiter haben auch trotz der geschlossenen Macht der Bourgeoisie und der Bauernschaft neuerdings manches erreicht. Der Arbeiterschutz und die Armenpflege sind verbessert, die Koalitionsfreiheit ist verstärkt worden. In einigen Stadtgemeinden kam es zu sozialistischen Experimenten durch die Arbeitermajoritäten. Aber mit allen Verbesserungen ist es viel langsamer gegangen als in Deutschland; in der Arbeiterversicherung steht Frankreich hinter uns weit zurück. Das Gewerkschaftswesen blieb ziemlich unentwickelt; es leidet unter dem allgemeinen Stillstand der französischen Volkswirtschaft. Die halb revolutionäre und anarchistische Bewegung des Syndikalismus bringt zum Ausdruck, wie große Hemmnisse in Frankreich die Arbeiterinteressen finden.



Dagegen hat in den Vereinigten Staaten die Arbeiterschaft lange teilgenommen an dem glänzenden Aufschwung der Volkswirtschaft, die jedem Tüchtigen den Aufstieg zu Ansehen und Reichtum in Aussicht stellte. Die Löhne sind hoch, die Arbeitsbedingungen im allgemeinen günstig. Das ökonomische Fundament für solchen Hochstand bildete die allgemeine Anwartschaft auf das Patrimonium der Besitzlosen, das öffentliche Land im menschenleeren Westen. In allen Krisen fand jeder Schiffbrüchige dort seine Heimstätte. Dies hat indessen seit einigen Jahrzehnten mehr und mehr aufgehört; gleichzeitig häufte sich ein ungeheures Proletariat aus den agrarischen Notgebieten des östlichen und südlichen Europa in den amerikanischen Großstädten und Industriebezirken an. War die amerikanische Arbeiterschaft lange frei von sozialistischen Neigungen, so hat in jenen verelendeten Schichten der Sozialismus tiefe Wurzeln geschlagen. Aber dank dem Zweiparteiensystem hat er im Repräsentantenhause nur einen einzigen Vertreter.

Die Idee eines Schutzes der Schwachen ist in der nordamerikanischen Republik ganz verkümmert geblieben. „Wer nicht für sich selber sorgt, verkommt im Elend." Daher fehlt in vielen Staaten ein entwickelter Arbeiterschutz und überall eine öffentliche Arbeiterversicherung. Wo die Arbeiterschaft ihr günstige Gesetze durchsetzte, hapert es oft an der Ausführung. In großem Umfang findet eine krasse Ausbeutung von Frauen und Kindern der Eingewanderten statt. Selbst der Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit ist zuungunsten der Arbeiterschaft durchbrochen worden: Die Berufsvereine befinden sich in höchst ungünstiger Rechtsstellung, und ihre

Entwicklung bleibt hinter der industriellen Bedeutung der Union weit zurück.

So ergibt sich bei aller Verschiedenheit der allgemeinen Bedingungen für beide Republiken die gemeinsame Erscheinung, daß den gesellschaftlich Schwachen im demokratischen Staat eine Schutzgewalt, die sich ihrer annähme, fehlt. Jede Klasse setzt nur etwas durch, wenn sie die Mehrheit gewinnt. Dazu ist aber wenig Aussicht, wo der Kleinbesitz stark vertreten ist, wie in Amerika oder Frankreich.

Beruhigend wirkt auf die Arbeiter das Gefühl, mit eine Triebkraft der Entwicklung zu sein, obwohl dieses Gefühl mehr der Phraseologie und dem äußeren Apparat zu verdanken ist, der den Arbeiter mit heranzieht und umschmeichelt. Das Verlangen des modernen Menschen, sein Schicksal selbst zu bestimmen, ist so groß, daß schon der Schein der Entscheidung durch die Masse in ihr ein hohes Maß politischer Zufriedenheit auslöst. Nirgendwo werden häufiger als im demokratischen Amerika Arbeiterausstände blutig niederkartätscht, aber es geschieht immer unter Berufung auf Freiheits- und Menschenrechte.

Beruhigend wirken vor allem die freien und franken Verkehrsformen und die gesellschaftliche Achtung, die man, wenigstens in den Kolonialgebieten von Nordamerika, der körperlichen Arbeit entgegenbringt. In dieser Richtung können wir von jenen lernen.

Aber in den *politischen* Zuständen Frankreichs oder der Union werden wir schwerlich für uns ein Vorbild erblicken können. Die nominelle Herrschaft der Mehrheit ist die Herrschaft derjenigen, welche die Mittel besitzen, um die

Wahlen zu machen, ist in Wahrheit die Oligarchie der Finanzmächte. In diesem Sinne hat die geschichtliche Entwicklung das Urteil Montesquieus bestätigt, daß die Demokratie — ebenso wie die Aristokratie — ihrem Wesen nach kein freies Staatswesen ist, sondern eine Form der Despotie, und zwar eine besonders starke, weil die Verantwortung sich auf viele verteilt, während die Despotie eines absoluten Herrschers, dem alle Verantwortung allein zufällt, schwach ist.

Jetzt sehen wir die politische Ordnung der nordamerikanischen Union, wie angedeutet, in voller Umbildung. Den Anstoß vom Innenleben der Gesellschaft her gab die Übermacht der Industrieverbände. Sie gefährdeten nicht bloß die Arbeiter, sondern breite andere Bevölkerungskreise, und je geringer die Hoffnung wurde, mit Hilfe der Parlamente gegen die Gewalt der Eisenbahnkönige, Petroleumfürsten und Stahlmagnaten anzugehen, um so mehr klammerten sich die Hoffnungen der Reformer an den Präsidenten. Er wird zwar als Parteiführer gewählt, aber im Gegensatz zu den Senatoren und Kongreßmitgliedern, die die Einzelstaaten und engere Kreise vertreten, vom ganzen Volk, und gilt als Vertrauensmann der Gesamtheit. Die Schöpfer der Verfassung haben sein Amt ebenso wie die Stellung des Senats bewußt in undemokratischer Weise ausgestaltet. Der Präsident ernennt seine Staatssekretäre nach freiem Belieben und ist dem Parlament nicht verantwortlich. Als oberster Kriegsherr und Leiter der Verwaltung beruft er die Offiziere und Bundesrichter auf Lebenszeit, vertritt das Land nach außen

und bedarf zum Abschluß von Verträgen nur der Zustimmung des Senats. Er hat gegenüber Beschlüssen des Kongresses das Recht des Veto, das zwar nur aufschiebender Natur, aber doch sehr wirksam ist und neuerdings oft ausgeübt wird. Alles in allem Befugnisse, „königlicher als die eines englischen Monarchen" (Hare), hinausgehend auch über die des Deutschen Kaisers, dem ein allgemeines Vetorecht bekanntlich nicht zusteht. Getragen von den besten Kräften der Bevölkerung, hat der Präsident während der letzten Jahrzehnte mehr und mehr das Repräsentantenhaus in den Schatten gestellt. Er instruiert den Kongreß; er beeinflußt, was die Verfassung nicht vorsah, die Gesetzgebung und leitet einen sehr beträchtlichen Teil der öffentlichen Meinung. Auf seine und einzelner kräftiger Gouverneure Initiative sind die Antitrustgesetze zurückzuführen. Für die Eisenbahnen ist eine einigermaßen wirksame Kontrolle langsam durchgesetzt worden. Im übrigen blieben die Gesetze freilich ziemlich belanglos.

Vor allem hat sich das Präsidentenamt zu einer wahren Führerschaft auf dem Gebiete der äußeren Politik entwickelt, seitdem Amerika die Bahnen des erobernden Imperialismus betreten hat.

Immer wieder hat sich herausgestellt, daß ein entschlossener Präsident seinen Willen auf diesem Gebiete durchzusetzen vermag, weil die Bevölkerung dem Ausland gegenüber mit starkem Nationalismus zusammenhält und den Präsidenten niemals verleugnen würde. So ist es auch Wilson, der wiedergewählt war, weil die Pazifisten für ihn stimmten, gelungen, die ursprünglich keineswegs kriegsfreundliche Mehr-

heit des Parlaments mit sich in den Krieg gegen Deutschland zu reißen.

Das Ergebnis ist, daß die „monarchischen Elemente als Gegengewicht gegenüber der zügellosen Demokratie im Wachsen" sind (Kjellén). Sloane, in seiner Schrift über die Parteiherrschaft in den Vereinigten Staaten, bemerkt: „Gerichtshöfe, Gesetzgebung, ja Gewohnheiten bei der Ausführung der Gewalt haben die Bundesverfassung Amerikas verwandelt, so daß wir, sowohl was die staatliche als die Bundesregierung angeht, nicht mehr weit von einer Wahlmonarchie entfernt sind" (S. 13).

Ob es freilich dem Präsidenten gelingen wird, die Mißbräuche der Verwaltung zu beseitigen und die großkapitalistischen Gewalten dem staatlichen Interesse wirklich einzuordnen, muß sehr zweifelhaft erscheinen. Denn der Präsident bleibt immer abhängig von der Partei, und man wird auch immer Bedenken tragen, Aufgaben, wie die Verwaltung der Eisenbahnen mit ihrem riesigen Beamtenkörper und wirtschaftlichen Einfluß, einem Parteiregiment zu übertragen, weil daraus zu große Gefahren für die Minderheiten entstehen.

Es fehlt dem Lande die Spitze, die allem Parteikampf entrückt ist, es fehlt das Königtum aus eigenem Recht.

Den Republiken haben wir die beiden freiheitlich ausgestalteten Monarchien England mit seinem Weltreich auf der einen, das Deutsche Reich mit seinen Einzelstaaten gegenüberzustellen. Als Monarchien stehen diese Länder einander näher als England seinen beiden stärksten Verbündeten. Alle



Vorzüge, welche Englands Staatsleben vor den beiden demokratischen Republiken auszeichnen und gestatten, es mit dem unseren auf eine Stufe zu stellen, wurzeln in seiner monarchischen Verfassung oder in seiner aristokratischen Ordnung, die ebenso wie die Monarchie auf dem Prinzip der Erblichkeit beruht: ein unabhängiges Richtertum wie bei uns, denn die Richter werden vom König auf Lebenszeit ernannt, und man hat nie den Versuch gemacht, sie in den Parteikampf herabzuziehen. Eine ehrliche und tüchtige Verwaltung, denn sie ist, wie bei uns, von aristokratischen Traditionen und starken Ehrbegriffen getragen. Während aber in Deutschland die Beamtenschaft aus dem Apparat der absoluten Monarchie hervorging und im ganzen Westen und Süden durchaus bürgerlichen Charakters ist, bilden das Rückgrat der britischen Verwaltung nach wie vor die 12 000 ehrenamtlichen „Friedensrichter", welche durch ihren Grundbesitz zu diesem Amte qualifiziert sind und vom König ernannt werden. Doch auch darin haben wir eine deutsche Parallele in den ostdeutschen Gutsbesitzern und den nordwestdeutschen Hofbesitzern, welche die ausgedehnten Geschäfte des Amtsvorstehers im Ehrenamte führen. Ein starkes Gegengewicht gegen die Parteiwirtschaft bilden endlich die englischen Gemeinden und Kommunalverbände, die viel selbständiger gestellt sind als in Frankreich, wenn auch nicht so frei wie die preußischen Stadtgemeinden.

Auch in den britischen Kolonien bemerkt man den Einfluß der guten englischen Tradition; in Kanada hält man mit Recht die öffentlichen Einrichtungen für sauberer als die amerikanischen.

Eine Annäherung der politischen Organisation in Deutschland und England hat sich während der letzten Jahrzehnte dadurch vollzogen, daß wir unser Staatswesen, besonders im Reich, konstitutionell fortbildeten und das Ämterwesen der Einzelstaaten im Sinne der Selbstverwaltung ausbauten, während England sich durch die gesteigerten Aufgaben in den Industriebezirken und Großstädten genötigt sah, mehr und mehr geschulte Berufsbeamte einzustellen, denen man gewählte Ausschüsse nach Art unserer Provinzialräte und Kreisausschüsse beigab.

Der Unterschied der beiden Verfassungen liegt darin, daß der König und Kaiser bei uns seine Minister frei ernennt, während sie in England der Mehrheit des Parlaments nach fester Tradition entnommen werden müssen, die Regierung also, wie man sagt, dem Parlament verantwortlich ist. Dies ist der Grund, daß man England vielfach zu den demokratischen Staatswesen rechnet. Nun, dem Parlament verantwortlich sind auch die deutschen Minister. Sie müssen ihm Rede und Antwort stehen, und das Parlament kann ihnen durch Ablehnung ihrer Vorlagen und Verweigerung der angeforderten finanziellen Mittel das Leben sehr sauer machen. Tatsächlich sind die britischen Minister, dank dem Zweiparteiensystem, dem Parlament gegenüber völlig unverantwortlich. Da der Premierminister Führer der Mehrheit ist, gilt seine Unterstützung als unverbrüchliche Pflicht der Parteimitglieder; die Mehrheit ist zu einer seelenlosen Abstimmungsmaschine geworden. Die „Macht des Parlaments, zu einer unabhängigen und wohlerwogenen Beschlußfassung zu kommen, ist dahin geschwunden", so

lautet das Urteil des Ministers Salisbury. Alle wichtigen Beschlüsse werden im Dunkel des Kabinetts, das einen Ausschuß des Ministeriums bildet, ohne jede Kontrolle gefaßt. So bleibt von dem Parlamentarismus nur übrig, daß der erste Minister den König in den Hintergrund gedrängt hat und die englischen Wähler es in der Hand haben, die Regierung bei der nächsten allgemeinen Wahl zum Abgang zu nötigen. Man wird zugeben, daß dies ein recht langsam, schwerfällig und unvollkommen wirkendes Mittel ist, um die Übereinstimmung zwischen dem „Staats-" und dem „Volkswillen" herzustellen. Hier ist der Punkt, an dem sich die britische Verfassung dem Wesen einer Republik nähert.

Daß die Gesellschaftsklassen für eine Verfassung, welche den Staat in ihren Sonderbesitz gebracht hat, Begeisterung empfinden, kann nicht wundernehmen. Fragt man aber nach dem Ergebnis für die Masse der Bevölkerung, so wird das Urteil etwas anders ausfallen. Das aristokratische Regiment, das England zu so hohem Glanz von Macht und Reichtum erhob, war begleitet von jener Ausrottung des Bauernstandes im Wege des Auskaufs und der gesetzlichen „Einhegungen", welche sich jetzt im Kriege bitter rächt, weil dem Lande das dichte Netz der Kleinbetriebe, weil die Bauersfrau fehlt, die mit ihren Kindern und Altsitzern den Boden bestellt, während der Mann im Kriege ist.

Die regierende Aristokratie und Plutokratie hat jene furchtbare Verelendung der britischen Industriearbeiterschaft zu verantworten, aus der sich wohl eine obere Schicht aus eigener Kraft durch Gewerkschaft und Genossenschaft aufarbeiten konnte, weil ihr die fast monopolistische Stellung der

britischen Großindustrie und Schiffahrt in der Zeit von 1850 bis 1880 zu Hilfe kam, die aber noch bis jetzt mit einem nach Millionen zählenden Bodensatz andauert. Im Ostende von London, in Manchester und Yorkshire treten uns Zustände menschlicher Verkommenheit entgegen, die nur in den Quartieren der Eingewanderten von Neuyork oder Chicago, in den Negervierteln von St. Louis oder in den Chinesenquartieren von San Franzisko ihresgleichen finden. Lloyd George sagte in einer seiner Reden mit Recht, das hohe Nationalvermögen könne nicht „das Gefühl der Scham auslöschen bei dem Gedanken an die Verbreitung der Armut und beim Anblick der in Lumpen gehüllten Mitbürger, die ohne anderes Endziel als das Armenhaus und das Grab des Armenhäuslers auf unseren Straßen umherstreichen". Der Staat hat lange nichts anderes für die Arbeiterschaft zu tun gewußt, als daß er seit 1833 einen Schutz gegen die Überarbeitung von Frauen und Kindern einführte.

In derselben Zeit, als Großbritannien unter konsequenter Ausnutzung der Streitigkeiten unter den Festlandstaaten ohne viel eigenes Risiko sein Weltreich aufbaute, haben wir unter Führung der brandenburgisch-preußischen Fürsten unser Land aus dem staatenlosen Chaos des ausgehenden Mittelalters mühsam zu einer Macht erhoben, die sich wehren konnte gegen den unaufhörlichen Druck des feindlichen Auslandes, das in Deutschland seine Kämpfe auszufechten gewohnt war. In diesem wahren Befreiungswerke mußten der Bevölkerung schwere Lasten auferlegt werden. Damals ist es uns in Fleisch und Blut übergegangen, daß der Staat überindividuelle Zwecke hat, denen der einzelne dienen muß,

weil das Volk den einzelnen überdauert und das Ganze wichtiger ist als der Teil. Für uns gibt es keine Rechte ohne Pflichten; wir lehnen jene Staatsauffassung als eng und niedrig ab, welche bei den Westmächten herrscht und von Herrn Wilson mit den Worten verfochten wird, der moderne Staat sei lediglich im Interesse der einzelnen da. In den harten Kämpfen um die Wiederaufrichtung eines starken deutschen Staatswesens verquickte sich aber eng mit dem Gedanken der staatlichen Herrschaft der echt genossenschaftliche Gedanke, daß nicht nur die Kraft der Gemeinschaft von der Tüchtigkeit ihrer Glieder abhängt, sondern als oberstes Ziel des großen Erziehungsprozesses der Geschichte die eigentümliche Kraft und Bildung der einzelnen anzusehen, der höchste Wert die geistig und sittlich freie Persönlichkeit sei. Die Empfindung der Pflicht des Staats gegen die Volksgenossen ist vom König bis zu den letzten Beamten und durch alle Kreise der Bevölkerung bei uns lebendiger geworden als in den westlichen Staaten, denen eine leichtere Entwicklung beschieden war. Sie wurden zur Heimat des ökonomischen Individualismus, der, eine Lehre der Starken und Aufstrebenden, die Schwachen und Armen zur Verkrüppelung verurteilte. Auch bei uns fand die Lehre Eingang, vermochte aber niemals ganz heimisch zu werden. Zum Fundament unseres Denkens und politischen Wollens wurde der vertiefte Freiheitsbegriff des deutschen Idealismus.

Die gesellschaftliche Entwicklung, welche in England die Bauernschaft entwurzelte, war auch bei uns im Zuge, wo ein starker Großgrundbesitz vom Mittelalter überkommen

war: im östlichen Deutschland. Wir haben es nur dem kraftvollen Eingriff der preußischen Könige des 18. Jahrhunderts zu verdanken, daß dort jetzt $^3/_5$ der landwirtschaftlichen Fläche von freien Eigentumsbauern bewirtschaftet werden, während im übrigen Deutschland — wiederum ganz wesentlich dank obrigkeitlicher Eingriffe — vom Meere bis zu den Alpen sich Dorf an Dorf, Hof an Hof reiht — in ihnen lauter unabhängige, helläugige, breitbrüstige Menschen von starker Eigenart. Bei dem Aufkommen der großen Industrie im Eisenbahnzeitalter blieb Deutschland vor englischer Verlumpung der Massen bewahrt, weil unsere Arbeiterschaft sich aus den geordneten ländlichen Siedlungen rekrutiert und unsere Monarchie zwei große Instrumente der Erziehung geschaffen hatte: die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Schulpflicht, die bei uns seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts gilt, in England erst seit 1870. Nach einer kurzen Periode des Manchestertums, das uns gar nicht lag, war Deutschland auch der erste Staat, der damit brach, und in der Arbeiterversicherung den führenden Schichten positive Leistungen zugunsten der Arbeiterschaft auferlegte, sie zur gesundesten und bestgesicherten unter allen Industriestaaten erhob. Nicht weniger ging Preußen allen Großstaaten in der Verstaatlichung der Eisenbahnen voraus.

In diesen Vorgängen zeigt sich, wo es mehr „verantwortliche Regierung" gab — in England oder in Deutschland. Es kommt dabei weniger auf die Form, als auf die sittlichen Anschauungen und die Stimme des Gewissens an. Richtig ist, daß der straff gefügte Militär- und Beamtenstaat nur zögernd jene Bewegungsfreiheit zugestand, die der

Arbeiterschaft die wirksame Wahrung ihrer Interessen durch Selbsthilfe und sozialen Kampf gestattete. Aber seit Aufhebung des Sozialistengesetzes (1878) und Erlaß des Reichsvereinsgesetzes (1908) bleibt unser Arbeiterrecht an freiheitlichem Gehalt hinter dem britischen nicht mehr zurück und läßt das amerikanische hinter sich. Heute stehen die deutschen Gewerkschaften an Zahl der Mitglieder und innerer Kraft an erster Stelle unter allen Kulturstaaten, und kein Land besitzt eine so starke Arbeiterpartei wie Deutschland. An dem glänzenden Aufschwung der deutschen Unternehmungen nahmen die Arbeiter ihren vollen Anteil. Der deutsche „Obrigkeitsstaat" hatte sich als echter Volksstaat erwiesen; deshalb trat auch jene Versöhnung der Arbeiterschaft mit dem Staate ein, die in diesem Kriege sich herrlich bewährte. Die so gewonnene starke Einheit von Staat und Gesellschaft gilt es weiterhin zu erhalten und zu festigen.

Auch in England hat sich ein Umschwung in der Stellung der Arbeiterschaft neuerdings vollzogen. Er war umgekehrt bedingt durch die Erschütterung der britischen Wirtschaftsmacht seit den achtziger und neunziger Jahren unter dem Druck der veränderten Verkehrsbeziehungen, der deutschen und amerikanischen Konkurrenz. Die Folge war eine große Unrast der Arbeiterschaft, sinkende Löhne, Streiks, Vertragsbrüche, Erschwerungen des technischen Fortschritts durch die Gewerkschaften und gesteigertes Elend des Untervolkes. In dieser Zeit hat sich die britische Arbeiterschaft auch aus der bisherigen Umklammerung durch die bürgerlichen Parteien zu lösen begonnen, und setzten die umfassenden Reformen ein, welche in dem Arbeiterversicherungsgesetz

von 1911 nach deutschem Muster ihre Krönung fanden. Mit der erhöhten Staatsgewalt und vollends während des Krieges stieg aber auch der führende Minister zu einer wahrhaft cäsaristischen Stellung auf.

Daß man uns zumutet, unsere monarchische Verfassung in einer Zeit aufzugeben oder auszuhöhlen, in der unsere beiden stärksten Feinde die monarchischen Elemente ihres eigenen Staatswesens stärken und ausbauen, erscheint äußerst naiv.

Die deutsche konstitutionelle Monarchie steht an freiheitlichem Gehalt nicht hinter einer der großen demokratischen Republiken zurück. Sie schützt die individuellen Freiheitsrechte besser; an der Gesetzgebung hat unser Volk keinen geringeren Anteil als dort, und in den großen Fragen der auswärtigen Politik sind wir gegen unvolkstümliche Beschlüsse besser gesichert als Nordamerika oder England, nicht weil ohne Bewilligung der Mittel durch den Reichstag kein Krieg geführt werden kann, sondern weil die Regierung weiß, daß unser Volksheer sich nur für eine Sache gut schlägt, die es für gerecht erkannt hat, und weil keines der großen Völker und Volksheere dem deutschen an geistiger Bildung und individueller Freiheit des Gewissens gleichkommt. Daß ein Minister, wie Mr. Grey, ohne Fühlung mit dem Parlament Bündnisverpflichtungen für einen Angriffskrieg übernimmt, wäre in Deutschland kaum denkbar.

Ziehen wir vollends die soziale Verfassung in Betracht, so ist kein Zweifel, daß es in Deutschland mit seiner breiten Bauernschaft, seinen starken Gewerkschaften, seinen unabhängigen Universitäten und dem ganzen Reichtum seiner



nach Stämmen und Landschaften abgetönten Entwicklung mehr echte Freiheit gibt, als in den großen unifizierten angelsächsischen Reichen, welche alle Besonderheiten der Abstammung und Nationalität ebenso zu unterdrücken verstanden haben, wie die selbständige politische Meinung ihrer Bürger.

So ist der Krieg, den sie gegen uns führen, wahrlich nicht ein Kampf um die Freiheit der Welt, vielmehr geht es um die Unterdrückung eines freien und friedlichen Volkes, das den anderen durch seinen Fleiß, seine Rührigkeit und durch seinen wohlerworbenen Anspruch auf Gleichberechtigung unbequem geworden, wieder zum Bedienten der Herrenvölker gemacht werden soll. Wir kennen die Drahtzieher, die Großfinanziers und Trustgewaltigen, die in ihrer größten Errungenschaft, dem Zweiparteiensystem, die Kunst der Massensuggestion und Verfälschung der öffentlichen Meinung ausbildeten und nun unter virtuosester Anwendung dieser Lügenkunst den größten Teil der Menschheit an ihr Narrenseil gebunden haben. Siegten sie, so wäre die Folge die dauernde geistige Herabdrückung, wie sie ihre eigenen Volksgenossen unter der Form der Demokratie geknechtet oder gekauft haben.

Wir sind die Schützer nicht nur unserer eigenen, sondern der Freiheit aller kleineren und schwächeren Länder und Völker, deren Unabhängigkeit und Eigenart durch die großen uniformen Imperien tödlich bedroht sind, wie wir selbst.

Die starke Zentralgewalt im Deutschen Reiche, die sich ebenso mit den Besonderheiten der Stämme und Landschaften vereinbar erwiesen hat, wie mit weitgehenden Volks-

rechten, muß im Reich und im führenden Einzelstaat dem Parteikampf entrückt bleiben. Diese Notwendigkeit folgt aus unserer gefährdeten und eingeschlossenen Lage und ist durch den jetzigen Krieg vollends klargestellt worden. Wie genau auch unsere Feinde diesen Zusammenhang erkennen, zeigt ihre Erklärung, nicht Frieden schließen zu wollen, bevor die „Demokratisierung“ in Deutschland durchgeführt sei — sie wollen uns wehrlos machen. Die Notwendigkeit einer dem Parteikampf entrückten Zentralgewalt als ausgleichenden Macht zum Schutz der Minderheiten und schwächeren Volksteile ergibt die soziale Geschichte aller großen Staaten.

Gewiß ist die starke Monarchie auch mit den deutschen Freiheitsidealen nur vereinbar, wenn der Träger der Zentralgewalt im Geiste Friedrichs des Großen als „erster Diener des Staates“ regiert, sich als Glied der Volksgemeinschaft empfindet und die Gewalt mit den berufenen Volksvertretern ehrlich teilt. Diese Voraussetzungen sind in Deutschland gegeben. Deshalb handelt es sich für uns lediglich um einen Ausbau der bewährten Verfassung. Wir fordern jetzt in Preußen eine stärkere Teilnahme der unteren Schichten am Regiment in Staat und Selbstverwaltung, deshalb eine Veränderung des Wahlrechts, um die Freude am Staat zu stärken und alle tüchtigen Kräfte für den Staat nutzbar zu machen. Wir fordern zugleich eine Reform des Ständehauses, um den führenden Elementen aus allen Berufen und Klassen den gebührenden Einfluß sicherzustellen.

Wir wollen nicht Massen-, nicht irgendeine Klassenherrschaft, sondern ein Gleichgewicht der sozialen Kräfte. Die



zur psychologischen Einheit verschmolzene Masse drückt das Unterscheidungsvermögen und die Feinheit der Empfindungen unter den Durchschnitt der einzelnen herab, aus denen sich die Masse zusammensetzt, macht sie zu „bloßen Triebwesen" (Le Bon) und unterwirft sie der Tyrannei der durch die Drahtzieher bestimmten „öffentlichen Meinung". Sowenig im Zeitalter des Verkehrs, der Großindustrie und der Großstädte die einzelnen ihr gemeinsames Interesse anders als durch Organisation zu wahren vermögen, so gewiß bleibt das Ziel doch die Befreiung der Einzelpersönlichkeit gerade auch vom Druck der Masse, und hier ist der Punkt, an dem sich unser Weg von dem der westlichen Demokratien scheidet.

Wichtiger als alle Wahlrechte ist uns deshalb die Ausbildung von Lebensbedingungen, welche die Entfaltung der Anlagen und Kräfte nach jeder Eigenart ermöglichen und sicherstellen, wichtiger also die soziale Verfassung in Stadt und Land, die Beziehungen von Mensch zu Mensch, die großen Probleme der Erziehung und Bildung.

Wichtiger als die Wahlrechtsfragen scheint mir auch die Beseitigung mancher Überbleibsel aus der Kleinstaaterei und dem alten Polizeistaat oder gar der vor 110 Jahren aufgehobenen ostdeutschen Gutsherrschaft; denn jene Rückständigkeiten rufen unendlich viel Mißmut im Innern und Abneigung bei Völkern, deren Freundschaft uns wertvoll sein muß, hervor. Ich rechne dahin jenen Hochmut, der im Verkehr mit Untergebenen oder Abhängigen vielfach hervortritt, die Unterschätzung der bildenden Hand durch eine oft sterile Tintenaristokratie und in der Beamtenschaft die Neigung

zur Vielregiererei, die Meinung, andere gegen ihren Willen beglücken zu müssen.

Die Ämter mit ihrer Alltagsruhe und Gebundenheit sind nicht der beste Boden für die Entwicklung echter Staatsmänner, die das Leben kennen und zu bemeistern verstehen. Es ist deshalb falsch, die Minister fast grundsätzlich dem Beamtentum zu entnehmen, statt Parlamentarier und hervorragende Kräfte aus allen Gesellschaftskreisen heranzuziehen. Um die Bureaukratie vor Verknöcherung zu bewahren und sie in engern Zusammenhang mit den Kräften und Wünschen des Volkes zu bringen, muß ihre Tätigkeit dem „Dienstgeheimnis" mehr entzogen, die Aufsichts- und Auskunftsbefugnis des Parlamentes verschärft werden.

Es ist zu erwarten, daß der gewaltige Sturm dieses Krieges die Überbleibsel einer engeren Vergangenheit hinwegfegen und Lebensformen zur vollen Entwicklung bringen wird, welche unserer Bevölkerung weit über die Scheindemokratien der Westmächte hinaus die gekennzeichnete echte Freiheit geben werden.

Die anzustrebende Reform muß wie jede wirkliche Erneuerung im Herzen beginnen. Erfüllt von echt genossenschaftlichem Geist und wahrer Liebe zum eigenen Volk wollen wir den Bau unseres Gemeinwesens stark erhalten und wohnlich ausgestalten unter genauer Anpassung an unser eigenes Bedürfnis und unter entschlossener Ablehnung der fremden Muster.

Literaturnachweis
zum Vortrag von Max Sering

Wilhelm Hasbach, Die moderne Demokratie. Eine politische Beschreibung. Jena 1912.

G. Schmoller, Die Demokratie auf der Anklagebank. Jahrb. f. Gesetzg. 1913.

Woodrow Wilson, Der Staat. Elemente historischer und praktischer Politik, übersetzt von Thomas. Berlin und Leipzig 1913.

— Congressional government, a study in american politics. Boston and New York, 15. Aufl. 1900.

R. Kjellén, Die Großmächte der Gegenwart. Leipzig 1914.

Will. M. Sloane, Die Parteiherrschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Entwicklung und ihr Stand. Leipzig 1913.

Ferd. Tönnies, Der englische und der deutsche Staat. Berlin 1917.

Jul. Hatschek, Englisches Staatsrecht (Jahrb. d. öfftl. Rechts IV, 2). Tübingen 1906.

M. Ostrogorski, La démocratie et l'organisation des partis politiques. Paris 1903.

Gustave Le Bon, Psychologie der Massen. Übers. von Eisler. Leipzig 1912.

Der Ansturm der westlichen Demokratie

Von

Ernst Troeltsch

In dem Moment, wo die russische Revolution unsere Front nach Osten entlastete und damit die Siegesaussichten der Mittelmächte stiegen, hat der amerikanische Präsident, Herr Wilson, die Kräfte des nordamerikanischen Kontinents in den Krieg hineingeworfen. Offenkundige Gründe dafür bestanden keine als lediglich ein Rechtskonflikt. Dieser lag darin, daß der Präsident die das amerikanische Geschäft bedrohende Hungerblockade Englands lediglich diplomatisch tadelte und verwarf, während er unsere, selbstverständlich gleichfalls das amerikanische Geschäft hemmende Abwehr dieses Hungerkrieges mit Gewalt zu brechen bereit war. Als Grund für die ungleiche Behandlung wurde der amerikanische moralische Idealismus angegeben, der durch die deutschen Methoden unter Umständen das Leben amerikanischer Bürger, durch die englischen nur amerikanische Güter bedroht sehe. Also ausschließlich ein moralisches Argument! Wenn wir darauf erklärten, daß wir die Amerikaner bestimmte Seestraßen zur Vermeidung solcher natürlich auch

uns unerfreulichen Zusammenstöße zu benutzen bäten, im übrigen aber um des Hungerkrieges willen auf das durch ihn hervorgerufene Mittel schlechterdings nicht verzichten könnten, dann hieß es, daß das gegen die amerikanische Ehre und Freiheit gehe, und daß es Amerika nichts angehe, wenn wir kein anderes Mittel zur Rettung unserer Existenz besäßen; wir hätten dann eben, wenn wir von vornherein in so schlechter Haut waren, den Krieg nicht anfangen sollen. Also wieder ein moralisches Argument und dieses Mal schon deutlicher der Hinweis darauf, daß Amerika die Nation der unantastbaren Freiheit für seine Bürger sei, nicht bloß auf dem Meere zu fahren, wo sie wollten, auch mitten im Kriege, sondern überhaupt das Musterland der Freiheit an sich, sowie der Hinweis darauf, daß Deutschland durch seine militaristische Seelenverfassung und Unruhe der verantwortliche Störer des im Schutze der großen Demokratien stehenden Weltfriedens sei. Als wir uns durch dies klar angedeutete moralische Übelwollen an der Durchführung des Tauchbootkrieges, dessen Härten auch wir bedauern, aber der englischen Hungerblockade als einziges taugliches Mittel entgegensetzen müssen und dessen Härten wir geringer finden als die der englischen, alles Völkerrecht gleich von Anfang zerreißenden Methode, da zog Herr Wilson aus alledem die Konsequenz des Krieges. Kein Wunder, daß seine Begründung dieser äußerlich völlig grundlosen Kriegserklärung nicht einmal eine bloß rechtliche, sondern geradezu eine rein moralische war. In den seitherigen Erklärungen ist dann der ursprüngliche Kriegsgrund, der Rechtskonflikt, immer mehr hinter den rein moralischen Gründen demokratischer Weltanschauung zurückgetreten. Es

gilt den Krieg für Freiheit, Recht und Menschlichkeit, für Demokratie, Weltfrieden und Antimilitarismus, für die fortgeschrittene, um die beiden angelsächsischen Reiche gescharte westliche Zivilisation, denen nunmehr auch endlich die neue russische Demokratie beigetreten sei, mit dem edlen Willen, für die Sache der Weltdemokratie sich zu opfern, bis ihr Sieg entschieden sei. Damit ist der Ring der Demokratien, der Moral, der Freiheit um die Mittelmächte geschlossen, und alle weiteren Staaten der Welt, soweit sie dem gemeinsamen Druck Amerikas und Englands unterliegen, konnten in diese Gemeinbürgschaft der Moral hineingezwungen werden. Was die englische Presse und Diplomatie zu Anfang gegen uns mit großem Geschick und Erfolg ausspielte, die demokratisch-humanitär-pazifistische Parole, ist von dem obersten amerikanischen Zionswächter der Moral bestätigt und ungeheuer verstärkt wie ein Ächtungsspruch der Welt gegen uns geschleudert, wie ein Kreuzzug gegen uns organisiert. Der Krieg der Demokratie und des Pazifismus ist damit eine Weltsache gegenüber den mitteleuropäischen Monarchien geworden, die gar nicht friedlich sein können, weil sie Monarchien sind; wären sie es, so hätten sie ihren Völkern längst die Freiheit geschenkt; was braucht man da weiter Zeugnis gegen sie?

Mit dieser Kriegserklärung um des Friedens willen, mit dieser Verleumdung um der Moral willen ist der Wahnsinn und die Lüge dieses Krieges auf den Gipfel gestiegen, einerlei, was dabei die persönlichen Gedanken und Überzeugungen des Präsidenten selbst sein mögen, für den vermutlich demokratisch-amerikanische Vorurteile und politische Interessennötigungen verschiedener Art in eins zusammengeflossen



sind, und der sich den Ruhm des Friedensstifters wie den Einfluß des Friedensmachers nunmehr auf diesem Wege sichern will, nachdem er uns auf dem Wege der Moralpredigt und der Erhebung von Rechtskonflikten nicht in sein uns vermutlich wenig günstiges Friedensprogramm hat hineinzwingen können. Vieles von den wirklichen Vorgängen ist uns heute noch unbekannt. Völlig klar ist nur, daß diese neueste Wendung nicht unterschätzt werden darf, und daß damit die diplomatische Wirkung der demokratischen Plattform und Scheinbegründung noch um vieles gesteigert ist. Völlig klar sind weiter die bei solcher moralischer Begründung der Kriegserklärung beabsichtigten Wirkungen: Es sollen im eigenen Lande die Zögernden mitgerissen, Deutsche und Iren gewonnen oder beruhigt werden, in den neutralen Ländern die Sympathien erzwungen und in Deutschland die dortigen demokratisch und humanitär gesinnten Leute über sich selber irre und in ihrem Entschluß des Durchhaltens bis zu dem lebensnotwendigen Ergebnis wankend gemacht werden.

Es wäre ein leichtes, dem die wahren, mit Demokratie und Moral gar nicht behelligten Gründe gegenüberzustellen, die Herrn Wilson vielleicht nicht innerlich bewogen, sondern äußerlich gezwungen haben und denen er in den selbstgeschaffenen Schwierigkeiten seiner moralischen Weltrichterstellung keinen Widerstand mehr entgegensetzen konnte. Der Krieg ist von England aus ein raffinierter, diabolisch angelegter Handels- und Wirtschaftskrieg nicht am Anfang gewesen, aber im Lauf der Dinge geworden, der zugleich alle Waffen der Verleumdung und Aufhetzung ohne

jedes Bedenken benutzt. In diesen Handelskrieg und in diesen Verleumdungsfeldzug ist auch Amerikas Interesse mit hineingezogen worden, nachdem es in den Zeiten seiner Neutralität bereits stiller Teilhaber gewesen ist. Allein das liegt für uns längst klar auf der Hand. Uns beschäftigt vielmehr die politisch-moralische Herausforderung, und zwar nicht sofern sie Deckmantel für ganz andere Interessen ist, sondern sofern sie einen wirklichen Unterschied zwischen uns und den Westvölkern bedeutet und sofern sie unter uns selber Zwiespalt zu setzen bestimmt ist. Der Erfolg der Parole wäre nicht möglich, wenn nicht wirklich Unterschiede bedeutsamer Art vorlägen, und die vielen redlichen Unwissenden, die sich draußen von ihr verführen lassen, würden ihr nicht so zum Opfer fallen, wenn sie nicht diese Unterschiede in dem von Wilson angegebenen Sinne deuten würden. Umgekehrt ist es auch bei uns notwendig, daß man für die weltpolitische Macht und den relativen Sinn dieser demokratischen Parole Verständnis gewinne; denn ohne solches Verständnis gibt es vermutlich keinen Frieden, wie das Verhalten der neuen, jeden Sonderfrieden mit der angeblichen deutschen „Autokratie“ ablehnenden Diplomaten zeigt.

Der Kern dieser bald zur Formel und Litanei gewordenen politisch-moralischen Deklamationen ist nun aber die Bestreitung der Freiheit bei uns; wir seien kein freies Volk, wie es der moderne Fortschritt und die Humanität verlangen; um dessentwillen müßten wir als Überrest einer vormodernen Welt zur Sicherung der heutigen Völker der selbständigen Kraft beraubt, von den Gegnern politisch reformiert und einer neuen demokratischen Weltordnung des Friedens ein-

gefügt werden, die durch ein deutsches Ausdehnungs- und Entwicklungsbedürfnis nicht mehr gestört werden kann.

Worin besteht nun in Wahrheit der Unterschied zwischen der westlichen Freiheit und der unsrigen, soweit er überhaupt besteht? Besteht er überhaupt, und, wenn er besteht, wie ist er historisch zu verstehen und politisch zu bewerten? Die Frage ist von immer neuer und immer wichtigerer politischer und praktischer Bedeutung nach außen und nach innen.

Die Antwort auf diese Frage kann nicht ohne eine ausgreifende geschichtliche Selbstbesinnung gegeben werden, wie denn zur politischen Bildung und Urteilsfähigkeit nicht bloß die Kenntnis der augenblicklichen politischen Lage und Gegensätze, sondern der Durchblick durch die letzten paar Jahrhunderte notwendig gehört. Das führt uns allerdings sofort auf wesentliche Unterschiede, aber diese liegen gerade nicht in Doktrin und Moral, sondern in geschichtlichen Tatsachen, in den ganz verschiedenartigen politischen Schicksalen des Westens und der Mitte während eben jener Jahrhunderte. In ihnen hat sich nicht bloß die moderne politische und geistige Welt geformt, sondern hat sich insbesondere zugleich der Unterschied zwischen den Völkern der Mitte und des Westens, vor allem zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits, gebildet. Als aus der Einheitskultur des Mittelalters sich die modernen Nationalstaaten zunächst in Gestalt mehr oder minder absoluter Monarchien herausbildeten, da hatten Frankreich und England den ungeheuren Vorzug eines ungehemmten Aufstieges, während die deutsche Welt durch die Fremdherrschaft Karls V. und die kirchlichen Wirren und



dann durch den hieraus sich ergebenden Dreißigjährigen Krieg geknickt, verwüstet, gelähmt wurde. Deutschland wurde das Schlachtfeld, die Entschädigungsmasse, der Ausbeutungsgegenstand der Westmächte, ein Land der Auswanderung, der Armut, des Kleinfürstentums, des Spießbürgertums. Es war die furchtbarste Zeit einer unerhört leidensvollen Geschichte, die eben dadurch ihrerseits die Voraussetzung für den glänzenden Aufstieg der Westmächte wurde. Andere Völker wären vielleicht daran zugrunde gegangen, unsere Lebenskraft flammte aber noch einmal empor, führte uns im 19. Jahrhundert zu einer neuen einheitlichen, wenn auch verengten Reichsbildung und im Zusammenhang mit ihr zu einem geistigen und wirtschaftlichen Aufschwung, der die Verluste des Dreißigjährigen Krieges wieder einholte und uns heute endlich wieder in die Reihe der entwicklungsfähigen, vorwärtsstrebenden Weltnationen stellte. Diese ganze Entwicklung wollen die Gegner heute wieder rückgängig machen; das ist das Geheimnis ihrer Kriegsziele, der Pariser Wirtschaftskonferenz und der Weltfriedensidee, in der die bisher Besitzenden sich ihren Bestand gegen den neuen Eindringling gegenseitig garantieren wollen. Es ist völlig durchsichtig, wie der demokratisch-pazifistische Jargon der feindlichen Regierungen und ihrer Presse in immer neuen Wendungen diesem Ziele angepaßt wird.

In diesem gleichen Umstande ist aber auch die Verschiedenheit der Freiheitsidee hüben und drüben nicht durchaus, aber doch zu einem großen Teil, begründet. Das zeigt uns deutlich eine weitere historisch-vergleichende Betrachtung, von der unsere Gegner teils aus Unwissenheit, teils aus Klugheit

total absehen oder die sie doch ihrerseits nicht verstehen können oder wollen, indem sie grundsätzlich über diese Dinge gänzlich unhistorisch und rein dogmatisch-politisch-moralisch reden. Das ist ja gerade ihre Taktik, die völlig rücksichtslosen Kämpfe um wirtschaftliche und politische Weltherrschaft diplomatisch und agitatorisch in die Sprache der unbedingten und gemeinverständlichen Doktrinen des überall dort fortlebenden 18. Jahrhunderts einzukleiden. Sie schreiben die große moderne Errungenschaft der „Freiheit" auf ihre Fahne, die das jedermann verständliche Gesamtinteresse der Völker sei und deren Göttin auch als Geschenk Frankreichs im Hafen von New York die Welt begrüßt. Dabei hat nun aber in Wahrheit das magische Zauberwort „Freiheit", das in dem modernen Menschen so viele Leidenschaften weckt und das gerade dadurch sich so trefflich zur Verwirrung der Geister eignet, einen vielfachen Sinn, der nicht einfach und ohne weiteres ein klares moralisches und dogmatisches Ideal, sondern eine Mehrzahl historischer Erwerbe bedeutet. Es muß jedesmal in jedem Zusammenhange deutlich gesagt werden, was darunter verstanden wird, und wir unsererseits haben das Interesse, gerade diese historische Seite der Sache aufs stärkste hervorzuheben. Daß damit die Dinge verwickelter und weniger leidenschaftlich-suggestiv erscheinen, ist zunächst ein unleugbarer Nachteil für uns. Aber es ist die Wahrheit, und die Wahrheit muß schließlich siegen, wenn erst einmal Ehrlichkeit und Klarheit in dieser Welt der Leidenschaften, der Frevel und der Lüge wieder etwas gelten.

In diesem Zusammenhange kommen dreierlei Bedeutungen in Frage: 1. die Freiheit und Unbefangenheit der

persönlichen Selbstdarstellung oder die Sicherheit und Form des Lebensstiles; 2. die geistig-kulturelle Freiheit der Ideenbewegung; 3. die eigentlich politische Freiheit der Mitwirkung der Einzelwillen an der Bildung des staatlichen Gesamtwillens. In jedem dieser drei Fälle liegt die Sache besonders und verschieden.

Die Freiheit im ersten Sinne ist dasjenige, was beim persönlichen Verkehr einzelner Individuen der verschiedenen Völker am ehesten und meisten fühlbar wird. Hier wird die Sicherheit, Klarheit, Unbefangenheit des von der Geschichte einer Nation aufgeprägten Lebensstiles unmittelbar empfunden und ergeben sich die tausendfach nuancierten, aber stets typischen gegenseitigen Beurteilungen, die Sympathien und Antipathien, die Achtung oder Geringschätzung, tausend unmeßbare Beziehungen, aus denen sich aber Stimmungseinheiten oder -gegensätze herausbilden können, die von der größten Macht und Wirkung gegebenenfalls werden können. Eine solche Freiheit ist aber ihrem Wesen nach das Ergebnis einer alten Kultur großer und gedeihender Völker. So verschieden die französische und englische Selbstdarstellung sind, sie spiegeln die innere Sicherheit alter Formen, selbstbewußter Völker, fester gesellschaftlicher Sitte, uralter ethischer oder ästhetischer Erziehung wider. Die Amerikaner, die in dieser Hinsicht die Erben der Engländer und Franzosen sind, haben von diesen gleichfalls den Stil einer stark charakterisierten Lebenshaltung und persönlichen Selbstdarstellung. Daß diese Freiheit durch die Gewöhnung an politische Verantwortlichkeit und Mitbeteiligung gesteigert wird, liegt auf der Hand; in England kommt noch der be-

sondere, aber nicht einheitlich und nicht folgerichtig gehandhabte Schutz der Person gegen Polizei und Beamtentum in Betracht, worauf die Engländer in aller Welt als auf „englische Freiheit" stolz sind, die sie aber jetzt im Kriege gänzlich suspendiert haben und die überhaupt nach der anderen Seite mit der noch halb mittelalterlichen Unentwickeltheit des Beamtentums zusammenhängt. Aber in der Hauptsache ist all das die Wirkung fester sozialer Formen in Ländern, denen die materielle Lebensgrundlage die Ausbildung einer formenfesten Gesellschaft ermöglicht hat. Hier haben die Westvölker in der Tat die Vorteile einer älteren Kultur, einer ungebrochenen Entwicklung und einer alten, unbestrittenen Wohlhäbigkeit. Wir sind in diesen Dingen nicht das jüngere Volk, aber die jüngere Kultur, die noch von Resten alter Kleinbürgerlichkeit, alter Submissität, alter Armut und Enge durchsetzt ist, die andererseits bis in die Sitten des Geschäfts hinein die Unruhe und Formlosigkeit des erst Aufstrebenden und sich Durchsetzenden zeigt. Auch ist das Erziehungsideal, mit dem die oberen Klassen des heutigen Deutschland einen gewissen Stil allerdings als vorläufigen Ersatz gewonnen haben, die Erziehung zur Forschheit und Schneidigkeit, zwar in einer solchen Lage der Emporkämpfung begründet, aber jedes tieferen Reizes und der gefestigten Würde bar. Es ist eine gewaltsame und affektierte, äußerliche und übertriebene Form der Formlosigkeit, in der sich innere Unfreiheit und Mangel an Tradition verbirgt. Kein Zweifel, daß an diesem Punkte sich eine Masse der heute so verhängnisvollen Urteile bei den Fremden gebildet haben. Wir wissen das selbst. Es ist unser Erbe von dem Elend der

deutschen Geschichte seit dem Dreißigjährigen Kriege her. Es kann nur ganz verschwinden durch eine Festigung und Beruhigung unserer modernen Entwicklung. Aber dazu ist gerade die Fortdauer unseres Aufschwunges, die Sicherung unserer Existenz und unseres Besitzes nötig. Gerade an diesem Punkte würde uns die pazifistische Verkrüppelung und Beraubung durch unsere Gegner in hoffnungsloses Chaos stürzen.

Die Freiheit im zweiten Sinne ist die Eigentümlichkeit des modernen, aus der Einheits- und Zwangskultur des Mittelalters und der Kirche herausgewachsenen Geistes, die Schöpfung der Renaissance, der modernen Philosophie und Wissenschaft, die Beweglichkeit des modernen künstlerischen Geistes im Ausdruck einer unendlich mannigfaltigen Inhaltlichkeit des bewegten Geistes. Es ist das, was man die „Autonomie" des modernen Geistes nennt, und was mit der modernen Wissenschaft und Kunst, der religiösen und politischen Toleranz aufs engste zusammenhängt. Auch hier sind uns die Westvölker vorangegangen. In den deutschen Religionskriegen verfiel die deutsche Kultur, während in England die Elisabethanische Literatur blühte und ihr die verbürgerlichte Renaissance der englischen Aufklärungsliteratur folgte, während in Frankreich das Jahrhundert Ludwigs XIV. seinen Glanz entfaltete und in den Niederlanden die moderne Philosophie die Fundamente unseres geistigen Daseins umgrub. Allein diesen Vorsprung haben wir inzwischen eingeholt und mehr als eingeholt. In unserem 18. Jahrhundert, mitten in allem Elend, haben wir seit Leibniz und Lessing die westliche Freiheit der geistigen Kultur uns einverleibt und auf diesen Grundlagen unsere

eigene Literatur, Philosophie und Wissenschaft geschaffen, in der wir den Vorklang unserer heutigen Gegenwart und Zukunft vernehmen und die eine unendliche geistige Regsamkeit eröffnet hat. Hier haben wir die westlichen Völker in Wahrheit überholt. Wir sind freier und lebendiger als der französische Klassizismus, der im Grunde den französischen Geist bis heute in seinen Fesseln hält; wir sind freier als der englische Geist, der sich gegenüber dem materiellen Geschäftsinteresse nur im engsten Kreise produktiv regen kann und hier überall mit einer widerwärtigen puritanischen Prüderie und Konvention zu rechnen hat; wir sind freier insbesondere als die Amerikaner, die an den gleichen dürftigen Konventionen leiden und auch in dem engen Kreise ihrer besseren Literatur das oberflächliche Schlagwort und die marktfähigen Ideen pflegen. Wir sind insbesondere freier auf dem religiösen Gebiete, wo wir nicht schwanken zwischen Klerikalismus und Antiklerikalismus und nicht einer in Magazinen und Traktaten gepflegten Christlichkeit nach dem Munde reden müssen, sondern in tiefsten und schwersten Kämpfen uns die Freiheit persönlicher Überzeugung gesichert haben. Wir wissen nichts von jener Tyrannei und Uniformität der öffentlichen Meinung, die nur Zeitungen und keine Bücher liest, und, wenn wir auch heute genau wie früher alle Leistungen jener Völker würdigen und nützen, so haben wir gerade hier ein Gefühl der Überlegenheit, das Gefühl größerer Freiheit, Individualität und Produktivität. Auf diesem Gefühl vor allem beruht ja auch unsere Selbstgewißheit. Wenn wir auch wohl wissen, daß auch bei uns diese Freiheit von Entartung und Ermattung bedroht ist,

so arbeiten wir doch gerade hier mit eisernem Fleiß und strenger Selbstkritik an Erhaltung und Steigerung dieser Freiheit. Und wenn irgend etwas diese Freiheit an der Wurzel bedrohen kann, so wäre es die Übernahme einer Demokratie, die nur freie Chancen für das Geschäft verlangt und ihren Idealismus ausschließlich an der allgemeinen Gleichheit berauscht, die in Wahrheit die allgemeine Mittelmäßigkeit und Seichtigkeit wäre und über die die feineren Geister auch dort sich beklagen.

So bleibt die Freiheit in dem dritten Sinne, die politische Freiheit der Selbstregierung der Völker. Dazu ist nun vor allem zu sagen, daß gerade hier die westlichen Völker selbst je nach ihrer historischen Entwicklung grundverschieden sind, und daß diese Freiheit der Natur der Sache nach bei keinem etwas Einfaches, Unbedingtes und ohne weiteres durch sich selber Klares ist. Es ist eine der alleroberflächlichsten oder auch unverschämtesten Täuschungen, wenn diese Idee der „Demokratie" wie etwas ganz selbstverständlich Einheitliches und überall Identisches dargeboten wird, das in der ganzen Welt verwirklicht und nur dem halbfeudalen, faustrechtlichen Deutschland unbekannt geblieben wäre. Man muß dann schon das schwierige Problem der unumgänglichen, aber sehr verschiedenartigen Demokratisierung der modernen Völker mit dem kahlen Geschwätz auflösen, daß es sich überall um beliebige Vereinigungen von Individuen handle, die auf Grund gemeinsamer Sprache sich zusammentun, sich durch Volksvertretungen selbst regieren und durch Interesse wie Tugend die Kriege vermeiden, welch letztere nur durch Ausbeutung unbeteiligter und gequälter Völker von seiten ihrer

eroberungssüchtigen, im Dunkel arbeitenden Regierungen veranlaßt werden, sofern sie nicht etwa zur Rettung der Welt vor militaristischen Regierungen — und dann freilich mit dem höchsten Recht und pflichtgemäß — unternommen werden. Versteht man die moderne Demokratie so, dann kann man freilich in einem solchen Nebelbild ungestört alle Demokratien der heutigen Welt von England bis China und Brasilien, Liberia und Honduras zusammenfassen. Das Bild läßt alle Hauptprobleme und alle historischen Hauptcharakterzüge der Sache beiseite und regt zugleich die oberflächlichsten populären Instinkte auf. So, aber auch nur so, kann es Zeitungsfutter für gedankenlose Millionen, Aufhetzung aller unter dem Kriege Leidenden und Parole einer der unerhörtesten Weltlügen werden.

Insbesondere ist es ein unbegreiflicher Wahn oder ein zynischer Täuschungsversuch, wenn man die Demokratie an sich und überall als das Prinzip des Weltfriedens und der Völkerverständigung und der endlichen Aufhebung aller Menschheitsleiden bezeichnet. Eine Auflösung aller nicht rein nationalen Staaten in plebiszitäre Demokratien wäre die Entfesselung aller Streitigkeiten und Leidenschaften, die Vernichtung aller von dem Staate allein zu schaffenden Kultur und ein Chaos auf all den Gebieten, die von alters her national gemischte Bevölkerungen haben, die Schaffung eines Einmischungsprinzips, wo man überall künstlich nationale Bestrebungen schaffen und dann zu deren Beschützer sich aufwerfen kann. Zudem sind die Demokratien der großen Staaten heute durch und durch aus wirtschaftlichen und aus Gefühlsgründen mit imperialistischen Ansprüchen und Hoff-

nungen geladen und verlangen nur für die Fremden die Auflösung in kleine Nationalrepubliken, nicht für sich. Das beweist die Haltung der französischen, englischen und teilweise der italienischen Sozialdemokratie und vor allem die der großen amerikanischen Demokratie. Von England und Amerika ist ja der ganze welterlösende Pazifismus nur gedacht als Kontrolle und Schutzherrschaft der beiden angelsächsischen Mächte über die Welt, die den Erdball einigen, wie die Union ihre Einzelstaaten geeinigt hat, und die die ihnen von Gott verliehene Weltkontrolle zur Aufrechterhaltung dieses alle anderen auflösenden und ohnmächtig machenden Systems ausüben, während sie selber fortfahren zu sein, was sie immer waren, erobernde und ihre wirtschaftliche Herrschaft ausbreitende Riesenmächte. Die Türkei zu zersplittern, Österreich zu balkanisieren, Deutschland zu entwaffnen und seines Handels zu berauben, während die angelsächsischen Reiche durch frei angegliederte, dankbare Bundesgenossen und Vasallenstaaten wachsen: „Wär' es nicht verflucht gescheit, man wär' versucht es herzlich dumm zu nennen." Diesen Sinn des amerikanisch-demokratischen Pazifismus hat eine Schrift des Amerikaners Babson über die „Zukunft des Weltfriedens" ganz offen und harmlos ausgesprochen. Daß das englische Volk ein Erobererstaat ist wie das alte Rom, das liegt vor aller Augen und dem hat nach einer Periode des Kleinengländertums heute gerade auch die englische Demokratie, der englische Radikalismus, mit wenig Ausnahmen sich angeschlossen, seit er die Selbstverständlichkeit der scheinbar friedlichen englischen Weltausbreitung in Frage gestellt sieht. Der englische Liberalismus und der

Ultrademokrat Lloyd George sind geradezu kriegswütig geworden und wenden die demokratisch-pazifistische Zertrümmerung nur auf die Mittelmächte an, nicht auf sich selbst. Daß auch die amerikanische Republik von ihrer Gründung an aus politischen Ehrgefühlsgründen und aus wirtschaftlichem Interesse auf die Eroberung erst des nördlichen Kontinents, dann Mittelamerikas ausgegangen ist, konnte jeder wissen und steht jetzt deutlich zu lesen in der Geschichte der „Auswärtigen amerikanischen Beziehungen" von Willis Fletcher Johnson. Daß heute mit Wilson der amerikanische Imperialismus auch noch über die der Eroberung Amerikas dienende Monroe-Doktrin hinausschreitet in die Welt mit irgendwelchen imperialistischen Hintergedanken, wenn nicht Wilsons selbst, so doch anderer, die mächtiger sind als er, und daß diese Politik den Beifall einer starken, unendlich selbstvertrauenden und vorwärtsstrebenden Nation hat, das sieht ja auch ein Blinder.

Alles das sind Truggebilde im Dienste eines vorläufig seine Interessen zusammenlegenden amerikanisch-englischen Konzerns. In Wahrheit ist die Demokratisierung der modernen Völker nicht die Wirkung eines einfachen und eindeutigen moralischen Dogmas, sondern das naturnotwendige Ergebnis der Großstaatsbildung und des ungeheuren Bevölkerungswachstums, wodurch jeder einzelne am Gedeihen und an der Wirtschaft des Ganzen interessiert wird, die intellektuell und moralisch verselbständigte Kraft jedes einzelnen für das Ganze in Anspruch genommen wird und eben darum auch ein Mitbestimmungsrecht des einzelnen am Ganzen eingeräumt werden muß. Die rein für den moralischen

Menschen notwendige Selbständigkeit, Verantwortlichkeit und Würde wäre auch unter anderen politischen Ordnungsformen möglich, wie sie in den kleinen, individuell unendlich lebendigen halbstaatlichen Gebilden des Mittelalters ohne den Druck und Zwang, die Uniformität und Geistesdressur des modernen Großstaates sehr wohl möglich gewesen ist. Aber für die modernen Großstaaten mit ihrer künstlichen Gesamtwirtschaft und ihrer alle Kräfte organisierenden Politik ist allerdings nur ein rationeller Absolutismus oder eine demokratische Mitbeteiligung und Mitinteressierung des ganzen Volkes möglich. Mit dem ersteren, mit dem rationellen und merkantilistischen Absolutismus, haben sie angefangen, und als die Bevölkerungen gegen diesen Druck sich wehrten und umgekehrt der Staat den einzelnen guten Willen in Wehrpflicht, Selbstbildung und Wirtschaft brauchte, da sind sie alle heute zu Demokratien geworden. Das ist kein reiner Fortschritt, denn vieles Gute und Schöne älterer aristokratischer Kultur muß damit geopfert werden, während andererseits der Gerechtigkeit und Menschenwürde allerdings ein freieres Feld verschafft wird. Es gibt eben niemals einen reinen Fortschritt, sondern immer nur große Wandlungen, die in den Gesamtzuständen begründet sind und bei denen für neues Gute, das erscheint, altes Gute, das zugrunde geht, verschwindet. Jede nicht sentimentale und nicht vertheoretisierte, aber auch nicht für gewisse Tendenzen zugeschnittene Geschichtserkenntnis führt zu dieser grundsätzlichen Einsicht, die den kritiklosen Enthusiasmus dämpfen mag, dafür aber Reife, Ruhe und Besonnenheit in allen Reformzeiten gewährt.

So ist es auch völlig verständlich, daß die demokratische Entwicklung der Westvölker uns in mancher, keineswegs in jeder, Hinsicht voraus ist. Sie sind früher und ungebrochen in die Entwicklung zum Großstaat eingetreten, während wir hier wiederum durch unser im Dreißigjährigen Kriege gipfelndes Geschichtselend von ihr bis ins 19. Jahrhundert hinein äußerlich und innerlich zurückgehalten worden sind. Ebenso aber ist die selbstverständliche Folge, daß die großen westlichen Staaten ihre demokratische Ausgestaltung jeder in ganz verschiedener Weise gefunden haben. Und nicht minder folgt daraus, daß überall auch die Gefahren einer rein demokratischen Entwicklung, die Anarchie, die Revolutionslust der Besitzlos-Radikalen, die Zurückdrängung der geistigen Bildung, die Entstehung plutokratischer Übergewichte vorhanden und empfunden sind und zu entsprechenden offenen oder versteckten Gegenmaßnahmen geführt haben. Eine völlig reine Demokratie ist in keinem Großstaat der Welt vorhanden. Sie wäre nur etwa in kleinen, sich selbst genügenden Bauernkantonen möglich, wie etwas Ähnliches auch allein dem schwärmerischen Haupttheoretiker der Demokratie, J. J. Rousseau, vorgeschwebt hat. Die reine Demokratie gab und gibt es nur in kleinen Staatskörpern, wo die gegenseitige Kontrolle in erster Linie eine persönliche ist, wo die wirtschaftlichen Gegensätze nicht allzu groß sind und wo keine Verflechtung in weltpolitische Kämpfe eine starke Militärmacht nötig macht. Die demokratisierten Riesenstaaten von heute sind alle nur bedingt demokratisch, müssen einerseits das ganze Volk an sich beteiligen und müssen andererseits doch die Gegengewichte gegen die Massenherr-

schaft erhalten oder ausbilden. Keine der gegen uns im Feld stehenden Demokratien ist eine reine Demokratie. Überall ist ihre Freiheit eine andere und überall eine begrenzte. Das zeigt ein Blick auf die großen heute bestehenden Demokratien.

Vorangegangen in der demokratischen Entwicklung ist *England*. Aber das ist von Anfang an nicht moderne Demokratie, sondern Fortentwicklung und Modernisierung des mittelalterlichen Ständestaates. Die Zerbrechung des Stuartschen Absolutismus und die steigende Kontrolle der Krone durch die in den Ständen beider Häuser, den erblichen des Oberhauses und den gewählten des Unterhauses, in Wahrheit regierende Aristokratie: das ist das Wesen der englischen Selbstregierung, die sich gern zugleich Selbstverwaltung nennt. Beides paßt in der Tat gut zueinander. Denn auch die im engeren Sinne sogenannte Selbstverwaltung war bis vor kurzem eine Verwaltung durch die Aristokratie. England war in Wahrheit bis vor ganz kurzem überhaupt keine Demokratie, sondern eine Aristokratie oder besser Oligarchie, wo die beiden abwechselnden Adelsparteien nebst ihrem Anhang den Staat beherrschten und wie der römische Senat in vererbter und eingeübter Kunst des Regierens sich in einem stets erweiterten Weltreich die Quelle ungeheuren Reichtums und die Stütze eines stolzen Herrengefühls schufen. Die Wahlen zum Unterhaus lagen gänzlich unter der sozialen Übermacht der Aristokratie, und die Wahlkreiseinteilung ignorierte, aus dem Mittelalter stammend, lange Zeit die großen Gewerbestädte. Einen Einschlag wahrer Demokratie bekam dieses System nur durch die puritanische Revolution, die den Mittelstand und den christlich-calvinistischen Individualismus zu-





gleich mit den geschäftlich-praktischen Interessen eines selbständigen Bürgertums in die Politik einführte, aber nach kurzer Herrschaft dem Adelsregiment wieder wich und aus der Politik überhaupt herausgedrängt wurde durch allerhand strenge, die Dissenter von der Macht ausschließende Religionsgesetze. Erst im 19. Jahrhundert sind diese Kreise und ihnen nachdrängend dann die Arbeiterwelt in das Wahlrecht und damit in die Politik eingedrungen, wobei sich eine merkwürdige Mischung von puritanischem Individualismus und französischer Freiheitsdoktrin ergab; sie zeigt sich in der moralischen und christlichen Verbrämung aller inneren und äußeren Politik, welche von diesen Klassen getragen werden soll. Als Radikale und dann Liberale, ergänzt von einer nicht sehr starken und im Grunde bürgerlich-radikalen Arbeiterpartei, sind diese Kreise freilich in den letzten 50 Jahren immer stärker und einflußreicher geworden. Aber das Ergebnis auch dieser neuesten Demokratisierung ist keine Selbstregierung des Volkes, sondern ganz im Gegenteil der Rückzug der eigentlichen Regierung in das Kabinett und die Herabsetzung des Hauses der Gemeinen zu einer Bewilligungsmaschine, die das aus ihrer Majorität stammende, aber von ihr nicht kontrollierte Kabinett im eigenen Interesse durch dick und dünn halten muß. Die Möglichkeit des Kabinettsturzes bei Neuwahlen ist das einzige wirklich demokratische Element des Staates, wobei übrigens das Wahlrecht an einen, wenn auch kleinen, Zensus gebunden bleibt. Auf diese Möglichkeit ist auch in der Tat der Engländer ganz besonders stolz. Aber das Kabinett selbst kann in der Zeit seiner Herrschaft im Namen des Königs jede beliebige Politik

machen, kann die wildeste Kriegs- und Eroberungspolitik betreiben ohne jede andere Schranke als die der Rücksicht auf die nächsten Neuwahlen. Die Politik wird also ganz und gar nicht durch Selbstregierung des Volkes gemacht, und von Pazifismus ist bei diesen Gewaltherrschern der Welt ganz und gar nicht die Rede, es sei denn zur Stillegung anderer. Die zweifellos dort vorhandenen und sehr charaktervollen Vertreter eines ehrlichen Pazifismus sind ohne Einfluß, ja heute der bittersten Verfolgung ausgesetzt. Die vielgerühmte englische Freiheit liegt vielmehr auf dem Gebiete des persönlichen Lebensstiles und der allerdings weitgehenden Nichteinmischung des Staates auf diesem Gebiete. Jetzt mitten im Kriege ist freilich eine dem Anschein nach gründlich demokratische Wahlreform gemacht worden, und der jetzige Diktator Englands, Lloyd George, ist seiner Gesinnung nach unzweifelhaft Republikaner puritanisch-radikaler Herkunft. Aber gleichzeitig hat man es doch charakteristisch für notwendig gehalten, die alten englischen Freiheiten ganz bedeutend einzuschränken, ein Beamtenwesen zu schaffen und zu einer staatssozialistischen Fürsorgegesetzgebung überzugehen, die man gerade dem deutschen Vorbilde entnahm. So mag England vielleicht eine Demokratie werden, bisher ist es das nicht gewesen. Nur vergesse man dann nicht, daß es gleichzeitig die Gegengewichte gegen jede Demokratie, das allgemeine und zentralisierte Heerwesen, die Zentralisierung des Beamtentums, die staatssozialistische Zentralisation einzuführen für nötig gehalten hat. Wirklich durchgeführt würde das eine außerordentliche Veränderung in England bedeuten, aber es würde dadurch

— abgesehen von der Stellung der Krone — unserem deutschen Staatswesen gerade in den vielverlästerten Zügen ähnlich werden. Noch ist aber alles Zukunftsverheißung und provisorische Kriegspolitik. Noch ist England in Wahrheit das Musterland der Aristokratie, die durch Klugheit und Anpassung auch die Liberalen unter ihren Einfluß und ihre Ideenwelt gebeugt hat und die weit davon entfernt ist, das Nationalitätsprinzip und den Pazifismus auf sich selber anzuwenden, vielmehr gerade die englischen Demokraten selbst in die imperialistische Politik hineingezogen hat, indem sie ihnen diese als ihr Lebens- und Erwerbsinteresse klargemacht hat. Gerade der englische Liberalismus ist in diesem Kriege zerrieben und beinahe vernichtet worden, und gerade die englischen Demokraten sind in einer bemerkenswerten Schwenkung großenteils fanatisch-imperialistische Interessenpolitiker geworden. Deshalb haben sie Wilson, den Friedensvermittler, ebenso leidenschaftlich seinerzeit zurückgewiesen, wie sie jetzt Wilson, den Kriegserklärer, verherrlichen und preisen; um seine Theorien aber kümmern sie sich heute wie damals gleich wenig.

Von England ging die Idee der Selbstregierung des Volkes über auf Frankreich, aber von vornherein in Gestalt einer bürgerlich-liberalen Umdeutung und Idealisierung, die das Werk der französischen Staatsphilosophen des 18. Jahrhunderts ist. Die theoretische Umdeutung entsprach den ganz anderen praktischen Bedürfnissen und der ganz entgegengesetzten historischen Entwicklung Frankreichs. Hier hat nicht der Adel die Krone, sondern umgekehrt die Krone den Adel zerbrochen und mit dieser Zerbrechung Groß-

bürgertum und Intelligenz hochgebracht. Die beiden letzteren waren es, die sich dem Drucke des Absolutismus und seiner Wirtschafts- und Steuerpolitik nicht mehr fügen wollten und die Masse durch glänzend vorgetragene Theorien von Freiheit und Gleichheit auf ihre Seite brachten. An ein Selbstregiment der Masse war dabei freilich nicht gedacht, sondern an eine parlamentarische Selbstregierung des dritten Standes, d. h. des Bürgertums und der Intelligenz, neben denen der vierte Stand noch gar nicht selbständig existierte und vergessen werden konnte. Daher stammt bis heute der stark theoretische, wissenschaftlich-konstruktive und zugleich gefühlsmäßig-pathetische Charakter dieser Freiheitsidee. Sie ist welterlösende Theorie, die große Schöpfung des französischen Geistes, völkerbefreiendes Missions-Evangelium, das überall in der Welt den Franzosen die theoretische Führung und den Dank der Völker sichern soll. Praktischen Ernst hat mit dieser Theorie überhaupt erst die zweite Republik nach 1870 dauernd gemacht, und da zeigte sich dann, wie sehr diese Volksfreiheit in Wahrheit Herrschaft der Bourgeoisie ist und wie sehr ihr Schwergewicht auch heute noch in der blendenden Theorie liegt. Zwar ist der Präsident von Wahlen abhängig, die aber keine direkten Volkswahlen sind, und ist eng gebunden an die von der Parlamentsmajorität gestellten Ministerien. Zwar kann das Parlament jedes in der Minorität bleibende Ministerium stürzen, wovon es ja auch einen geradezu verschwenderischen Gebrauch gemacht hat, und geht das Parlament selbst auf beinahe allgemeine und gleiche Wahlen zurück. Aber dies zusammen mit der grundsätzlichen Begeisterung ist auch

alles. Von Selbstverwaltung der Städte und Dörfer dagegen ist kaum die Rede. Diese liegt nahezu ganz in der Hand der Regierung und wird von dieser, d. h. von der jeweiligen Parlamentsmajorität, sehr kurz gehalten. Die Parlamentswähler selbst aber stehen unter dem Einfluß der Berufsparlamentarier, der Advokaten und Routiniers, die ihrerseits in letzter Linie von der Plutokratie abhängig sind. Das Ergebnis ist eine Regierung der Plutokratie, neben der die Arbeiterpartei kaum in Betracht kommt, und eine Politik der plutokratischen Interessen, die den Revanchedurst eines stolzen Volkes für ihre Zwecke steigerte und verwendete. Auch darf man nicht vergessen, daß die Demokratie hier stets mit einer starken Gegenpartei und bitteren Kritik zu kämpfen und daher sich den antiklerikalen Kräften in die Arme geworfen hat, während sie ihre Gegner durch sehr unliberale Gesetze zu binden sucht. Die französische Kirchengesetzgebung ist das Gegenteil eines liberalen Geistes und bezeichnet den wunden Punkt Frankreichs. Die Politik dieser plutokratischen Demokratie ist eingestandener- und grundsätzlichermaßen nie pazifistisch gewesen, sondern im Gegenteil sehr erfolgreich imperialistisch. Sie hat es nur verstanden, diesen Imperialismus mit dem Revanchegedanken zu verbinden und populär zu machen und überdies das Pathos der theoretischen Demokratie in der ganzen Welt als französischen Geist zu preisen. Damit aber hat sie in der Hauptsache sich als eine Demokratie der Phrase, einer oft edlen, aber in der Sache hohlen Phrase erwiesen. Der französische Kriegsmoralismus arbeitet daher auch gar nicht mit dem Pazifismus und Demokratismus als solchem,

sondern mit der Entrüstung gegen die Barbaren und Verbrecher, die Frankreich seine Weltstellung rauben wollen; und erst wenn von dem Recht eines solchen Anspruches die Rede ist, verweist Frankreich auf die Tatsache, daß sein Genie und sein Edelmut der Welt die Menschenrechte geschenkt hat. Das ist ein völlig anderes Lied als das des Herrn Wilson.

Von englischen und französischen Ideen her ist Amerika bestimmt, die relativ echteste unter allen großen Demokratien. Von der englischen Seite her kam der englische Individualitäts- und Unabhängigkeitssinn, die Abneigung gegen alle nicht unbedingt nötige Staatseinmischung, und zwar in ihrer puritanischen Zuspitzung, d. h. ohne jede Beimischung von Monarchie, Aristokratie und kirchlichen Garantien einer politischen Ordnung. Von der französischen Aufklärung stammt die grundsätzliche Begeisterung und Theorie der reinen Volksherrschaft und Gleichheit, die durch allgemeine Wahlen und Herrschaft der Majoritäten bewirkt werden. Aber auch hier stammt das wichtigste aus der besonderen Art und Geschichte des Landes, aus dem Charakter eines weiträumigen Koloniallandes, in dem jeder sich Platz und Erwerb durch persönliche Leistung und Initiative schaffen konnte, und aus der Ferne des amerikanischen Kontinents von jeder Gefährdung durch europäische Militärmächte. So konnte man hier in der Tat die Gleichheit mit einigem Recht auf den Thron heben an Stelle aller Monarchie und diese Gleichheit als Gleichheit der Chancen aller definieren, was allerdings die relativ möglichste Bestimmung dieses undefinierbaren Wortes ist. Damit liegen aber die

Wurzeln der Demokratie auf dem außerpolitischen, auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete, in das demgemäß der Staat sich möglichst wenig einzumischen hat. Soweit eine Staatsgewalt im Bundes- und Einzelstaat vorhanden ist, ist sie auf ganz bestimmte Zwecke eingegrenzt, hierin aber mit diktatorischer Vollmacht ausgerüstet und mit instinktiver Scheu vor den Gefahren der Anarchie überaus konservativ behandelt. Ministerstürzen, Parlamentarismus, revolutionäre Instinkte und Hochgefühle gibt es hier nicht. Die Wahltermine geben die Möglichkeit der Abrechnung mit der Regierung; Kriegserklärungen und diplomatische Bindungen müssen vom Kongreß gebilligt werden. Die Verfassung Washingtons ist in der Tat das Zeugnis eines edlen und großen demokratischen Geistes. Kriege hat das freilich nie verhindert. Die amerikanische Demokratie hat in ihrem wirtschaftlichen Interesse und in einem stolzen Machtgefühl ihren Kontinent erobert, ist seit einigen Dezennien über ihn hinausgeschritten und mischt sich heute auch in die europäischen Verhältnisse ein, weil bei dem heutigen Zusammenhang der Weltpolitik Amerika die Rückwirkungen des europäischen Krieges auf sich selbst in der Hand behalten will. Interessentengruppen und Politiker haben Kriegsanlässe und Kriegsbegeisterungen auch hier stets zu schaffen verstanden, und es ist nur eine Folge der amerikanischen Geographie und Ethnographie, daß hierzu kleine Milizen bisher stets ausgereicht haben. Mit demokratischer Tugend und Friedensliebe hat das nichts zu tun, vielmehr umgekehrt erscheint der allgemeine Pazifismus heute in Wahrheit als ein Sicherungsmittel für eine Riesenmacht wie Amerika, die das bleiben

möchte, ohne Militärmacht im Sinne des alten Europa werden zu müssen. Es ist wohl zu verstehen, daß ein gesundes und stolzes Volk in solcher Demokratie sich wohl fühlen mag. Aber diese Lebensformen hängen an seiner besonderen Lage und Geschichte als Koloniallaland und sind auf andere Verhältnisse nicht übertragbar. Überdies haben sie manche Kehrseiten, die weniger stolz und erhaben sind. Die Gleichheit der Chancen bedeutet in Wahrheit die schonungslose Konkurrenz und bei Verringerung der Chancen, wie sie heute eingetreten ist, eine fast groteske Herrschaft der Plutokratie. Die amerikanische Freiheit bedeutet ferner die Gefahr der Anarchie und bildet demgemäß eine Uniformität und Tyrannei der öffentlichen Meinung und Sitte als Gegengewicht aus, die dem Europäer unerträglich ist und bei Verfeinerung und Differenzierung der Bildung in Amerika selbst unmöglich werden wird. Sie bedeutet zugleich die Abwesenheit oder Erbärmlichkeit der Verwaltung, den Mangel jeder Sozialpolitik, die nackte Herrschaft der Parteimaschinen. Eben deshalb ist das moderne Amerika längst im tiefsten Wandel begriffen. Die koloniale Farmerdemokratie verschwindet, und an ihre Stelle tritt ein kapitalistischer Großstaat, der nach Erledigung seiner kolonialen Jungfräulichkeit immer mehr in alle Probleme und Schwierigkeiten der älteren Staaten und Gesellschaften eintritt. Er hat es längst getan, militarisiert und zentralisiert sich heute vor unseren Augen und verdeckt die neuen Wege nur durch die alte demokratische Tugendlegende, wonach der Antimonarchismus der Friede und die Moral sei. England mag eine Demokratie werden, Amerika hört allmählich auf, es im alten Sinne

zu sein, und beide nähern sich ungewollt unserem Staatstypus. Dabei bleibt nur der Unterschied, daß unsere verantwortliche Monarchie sich weniger leicht zum Kriege drängen läßt, als ein von unverantwortlichen Finanzgruppen abhängiger Präsident, dem dann nichts anderes übrig bleibt zur Wahrung des Gesichtes, als seinen Friedensölzweig in eine Zuchtrute zu verwandeln, die er über den gottlosen Monarchen und Tyrannen der alten Welt schwingt.

Die letzte der großen Demokratien ist das neue Rußland. Es ist selbstverständlich und nur um der gegnerischen Verleumdung willen immer neu zu sagen, daß auch wir den Sturz des Zarismus begrüßen und dem russischen Volke jede Art der Selbstregierung gönnen, die es sich selber zu geben für gut befinden mag. Der Zarismus hatte mit unserer Monarchie keinen Faden gemeinsam und war bei seinem Bedürfnis, das innere Elend auf eine panslawistische Außenpolitik abzulenken, stets unsere größte Gefahr. Die Gefälligkeiten gegen die russische Polizei beruhten nicht auf irgendwelcher inneren Gemeinschaft, sondern auf einer, vielleicht kurzsichtigen, politischen Berechnung und waren in Frankreich mindestens ebenso groß. Immerhin zeigt doch auch schon in dem jetzigen unklaren und unfertigen Zustande die russische Demokratie die historische Sondernatur jeder demokratischen Staatsbildung und das äußerst problematische Verhältnis der Demokratie zum Pazifismus wie zu der Aufgabe der Bildung einer zentralen und starken Regierung. Die russische Demokratie hatte in ihren Theorien bisher zum großen Teil gerade den Gegensatz gegen den Westen und

gegen die westlich-rationalistisch-individualistische Theorie und Praxis aufs schärfste betont. Sie sah in dem juristisch rationalisierten Bestande der Staaten, dem kapitalistischen Konkurrenzkampf der Gesellschaft und dem mehr oder minder rationellen Kirchentum die unheilbaren Gebrechen des Westens und glaubte aus russisch-slawisch-orthodoxem Liebesgeiste heraus, unter Überspringung der kapitalistischen und rationalistischen Krankheitsepoche des Westens, unmittelbar in eine viel reinere und das Gesamtinteresse viel wirksamer vertretende Demokratie hineinführen zu können. Das würde dann freilich ein völlig anderes Bild der Dinge ergeben als im Westen, im übrigen aber mit dem darin liegenden panslawistischen Ideal eines slawischen Geistes und dem Erlösungsdrange einer welterobernden Idee dem Frieden schwerlich ohne weiteres dienen. Für die Gegenwart freilich sind diese Leute zweifellos ehrlich für den Frieden, den sie naturgemäß nicht zu entehrenden und ihren eigenen Prinzipien widersprechenden Bedingungen wollen. Sie sind als Feinde der „Westler" und als slawisch und religiös empfindende Menschen im Augenblick die einzigen wirklich pazifistischen Demokraten. Nur hat diese „echt russische" Idee aber gar nicht die Herrschaft über die Revolution, sondern teilt sich in sie mit einem bürgerlichen Liberalismus der Finanz und Intelligenz, der unter der Führung Miljukoffs geradeso kriegs- und eroberungswütig ist wie das englische Großkapital; mit einer national-sozialen Demokratie im Stile Kerenskis, die sich dem Westen tief verpflichtet und geistig wenigstens bedeutend näher fühlt, daher sich den Westmächten ohne klares eigenes Programm ausliefert; mit

einer Sozialdemokratie im Stile Plechanows, die die kapitalistisch-individualistisch-liberale Periode für eine notwendig zu durchlaufende Stufe ansieht und die russische Politik daher in den erobernden Geist der westlichen Demokratie geradezu hineinstößt; schließlich mit einer Bauerndemokratie, die in alledem nur die Losung der Gleichheit des Landbesitzes und die Aufgabe einer entsprechenden Verteilung sieht, darum lediglich die Anarchie bedeutet und bei den nötigen Landversprechungen auch zum Kriege bereit ist. Hier haben wir die ganze Problematik der modernen großstaatlichen Demokratie handgreiflich vor uns: das ganz eigene Sondergesicht jeder nationalen russischen Demokratie, die inneren Spannungen und Schwierigkeiten verschiedener möglicher Auffassungen des demokratischen Ideals, den wesenhaften Gegensatz zwischen Zentralgewalt und individueller Gleichheit, die Schwierigkeiten der Demokratie für einen viele und große Fremdvölker umfassenden Nationalitätenstaat, die Einkleidung politischer und wirtschaftlicher Interessen in demokratische Formeln, die beständige Einmischung fremder Mächte im angeblichen Interesse der Freiheitsgarantie, den Umschlag der pazifistischen Theorie in den Krieg für die Idee des Friedens, in den dann alle Leidenschaften abgelenkt werden können. Mit dem doktrinären und übereinfachen Weltprogramm des Herrn Wilson stimmt diese Demokratie gar nicht überein. Sie ist teils ehrlicher, teils komplizierter. Sie müßte sich, wenn sie ihr natürliches Ziel und ihren historischen Sinn erreichen sollte, völlig selbständig und unabhängig ausbilden und unter Verzicht auf den Krieg der inneren Ausbildung, Festigung und Klärung

widmen. Statt dessen reißen die amerikanischen Geldgeber sie in den Wirbel ihrer phantastischen Weltpolitik hinein, und wir erleben die Tragikomödie, daß die neue russische Diplomatie die Friedensformeln als den Krieg enthaltend definiert, und die alte Diplomatie der Entente, vermehrt durch die amerikanische, die bisherigen Eroberungsziele als die russische Friedensidee enthaltend umformuliert. Überall, wohin wir blicken, Lüge und Trug, Verworrenheit und Selbstverblendung, Schwindel und Selbstsucht; und alles das ebnet die professorale Plattheit eines an sich geistreichen Mannes zu einer großen demokratisch-moralisch-pazifistischen Weltparole ein! Es ist einer der großen Nachteile, den wir in diesem Kriege hatten und haben, daß die Hohlheit dieser Parole ebenso leicht theoretisch zu durchschauen als praktisch mit Schlagworten schwer zu bekämpfen ist.

Unsere innere Politik und unsere tatsächlich vorhandene, in ihrer Weise großartige Volksfreiheit steht vor der Welt in einem falschen Lichte, das die konservative und liberal-demokratische Presse in ihren um die Auslandswirkungen völlig unbekümmerten Streitereien zum nicht kleinen Teil selbst erzeugt haben. Damit kommen wir wieder zurück auf uns selbst, auf die Lage der demokratischen Idee bei uns. Von dem, was unsere Freiheit wirklich ist und leistet und was sie weiterhin in der Fortsetzung ihres längst begonnenen Entwicklungszuges leisten wird und muß, handeln die anderen Vorträge dieses Zyklus. Hier sei daher nur in aller Kürze die Haupttatsache hervorgehoben, daß nämlich auch unser Staat ganz selbstverständlich längst in die Demokratisierung eingetreten ist und hier insbesondere nach der Seite der

sozialen Gesetzgebung eine großartige, die ganze Welt zur Nachfolge zwingende deutsche Sonderform der Volksfreiheit und ihrer Sicherung geschaffen hat. Mit der Entwicklung zum Großstaat hat er sich Stück um Stück der Demokratie genähert und nähern müssen. Und zwar stammt deren ideelle Grundlage und das praktische Vorbild zunächst auch bei uns aus dem Westen, aus Frankreich und England. So wenig ist es wahr, daß hier eine völlig getrennte Entwicklung bestehe und ein grundsätzlicher Gegensatz obwalte, wie man denn auch umgekehrt sagen kann, daß die ganze westliche Demokratie ihrerseits aus der genossenschaftlichen Staatsidee des Mittelalters und damit des Germanentums herstamme. Wir haben nur eben die westliche Demokratie unseren Verhältnissen entsprechend abgewandelt. Die starke Stellung der Monarchie, die Notwendigkeit einer großen Armee in unserer bedrängten Lage, die Verwickeltheit einer bundesstaatlichen Verfassung, die Mischung städtischen, bäuerlichen und feudalen Geistes und Erwerbes, die Stärke des in der Zeit unserer Not entwickelten Beamtentums und schließlich die Eigentümlichkeit unserer überindividualistischen Staatsphilosophie und Staatsempfindung: all das schafft hier eine besondere Lage, wie ja auch die Westvölker jedes seine besondere Lage hat und sein besonderes Ergebnis. Wir sind gerade im Gefolge des gegenwärtigen Krieges im Begriffe, die Volksfreiheit weiter auszudehnen und reinlicher durchzuführen. Der ganze demokratische Feldzug ist demgegenüber Lüge, Unwissenheit und Dünkel, ein unverschämtes Rattenfängerlied. Demgegenüber kann man im Augenblick leider nichts anderes tun als darauf pfeifen, durchhalten bis zum lebensnotwendigen Ergebnis und

zu Hause die Freiheit des Volkes schaffen, die seiner würdig ist und die der wachsende Großstaat verlangt. In welcher Weise das geschehen muß, das hat der Vortrag von Meinecke in einer Weise dargelegt, der ich völlig zustimme und von der daher hier nicht weiter gehandelt zu werden braucht. Es ist die Forderung eines Volkes, das Grenzenloses geleistet hat, und die erfüllt werden muß; es ist die Folge der logischen Entwicklung des modernen Großstaates, die wir nur mit diesem selber aufgeben könnten; es ist das moralische Gebot einer politischen Situation, wie sie sich heute für Staat und Massen ergeben und gestaltet hat. Es ist notwendig nach innen und notwendig nach außen. In dieser Erkenntnis haben sich die hier sprechenden Männer vereinigt, die sämtlich keine Demokraten in parteimäßigem Sinne sind, die vielmehr der Rechten oder der Mitte oder gar keiner Partei angehören. Sie fühlen sich in ihrem Gewissen gedrungen, die Forderung der Gerechtigkeit und des politischen Sinnes für die innere und äußere Lage zu erheben, für Innenpolitik und Außenpolitik eine Idee zu formulieren, die der Idee des Herrn Wilson nicht nur als verdiente Geringschätzung und grimmige Verachtung der hohlen Phrase, sondern auch als begründete und einheitliche Idee gegenübertritt. Wir können es nur durch historisches Denken: nicht bloß deshalb, weil das deutsches Denken, deutsche Klarheit und deutsche Ehrlichkeit ist, sondern auch weil die historischen Sonderbedingungen unserer Existenz bei der Jugend eines erst aus dem Gröbsten sich herausarbeitenden Staates uns auch praktisch überall bedingen, uns noch Knochen und Fingerspitzen erfüllen und auch unserer Diplomatie es unmöglich machen, jenes Spiel



mit dem pazifistisch-demokratischen Dogma zu treiben, das die Diplomaten der Entente immer neu zu erwecken den zweifellosen Vorteil vor uns haben. Ebenso nachdrücklich aber müssen wir fordern, daß es, soweit es in dieser Sache auf unsere Regierung ankommt, nicht bloß bei Versprechungen bleibe, deren Kredit nach innen und nach außen keineswegs unerschöpflich ist.

In Wahrheit wird man sagen dürfen, daß im vollsten Gegensatze zu der Kriegsbegründung des Herrn Wilson sich die staatlichen Lebensformen der kämpfenden Staaten einander annähern. Wir tun ähnlich wie 1813 einen weiteren Schritt in das Wesen des modernen Großstaates hinein; wir vereinheitlichen den Reichsbau durch Milderung der Reibungen zwischen Preußen und dem Reich, erweitern damit die Volksrechte und rücken von dem älteren preußischen Staatstypus ein Stück ab. Umgekehrt treten die atlantischen Großmächte aus der Selbstverständlichkeit unangreifbarer Herrenstellung heraus und müssen den inneren sozialen Problemen im Interesse ihrer Leistungsfähigkeit die staatliche Fürsorge zuwenden. Damit sind sie, auch ihrerseits um das Leben kämpfend, unserem Staatstypus näher gekommen, und das ist sicherlich nicht bloß provisorische Kriegspolitik, sondern wird bleiben. Der zukünftige Friede aber ist bei keiner der Staatsformen an sich sichergestellt. Demokratien wie Monarchien, ja die ersteren heute eher mehr als die letzteren, sind zur imperialistischen Machtpolitik gleich geneigt, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen damit gebessert glauben und wenn Leidenschaften nationaler Eitelkeit geweckt werden. Der Friede wird vielmehr bei



beiden von dem Maße abhängen, in welchem Völker und Regierungen auf die Einmischung in innere Verhältnisse fremder Staaten verzichten und in gegenseitiger Abgrenzung der lebensnotwendigen Entwicklungssphären sich vertragen und bescheiden mögen.

Daß wir dieses letztere, die Freiheit der uns schlechterdings unentbehrlichen Entwicklung, gegen alle Hemmungen und Einkreisungen durchsetzen, das ist dabei freilich die Hauptsache. Ohne sie hat alle innere Freiheit keinen Sinn und Wert. Ohne Wiedergewinnung und Sicherung unseres Handels, ohne Rohstoffversorgung und Absatz der Fabrikate würden wir bei der schönsten demokratischen Verfassung doch nur eine Demokratie von Bettlern. Diese Kleinigkeit ist es, die Herr Wilson zu vergessen vorgibt oder vielleicht überhaupt für uns nicht so übel passend findet. Aber bei uns kennt sie jedermann, Regierung und Arbeiterschaft, und darum ist es so wahnsinnig, hier an diesem Punkte Regierung und Volk scheiden zu wollen. Für diese vergessene Kleinigkeit kämpfen, arbeiten und sterben wir. Sie erst trägt auch die innere Freiheit, und beides wollen wir uns, eines mit dem anderen, endgültig sichern und endgültig erwerben. Helfe dazu jeder, der kann.

Imperialismus und Weltpolitik

Von

Otto Hintze

Von deutscher Freiheit ist in diesen Vorträgen die Rede. Von der Freiheit im Staats- und Gesellschaftsleben haben meine Vorgänger gesprochen; meine Aufgabe soll sein, die Freiheit im Völkerleben zu behandeln, sie als das maßgebende Ziel unserer Politik nachzuweisen. Ein freies Staatensystem von gleichberechtigten Mächten ist das was wir wollen; es ist das unentbehrliche Fundament, auf dem auch die innere Freiheit allein sicher ruhen kann. Um diese Freiheit und Gleichberechtigung unter den Völkern der Erde geht der gewaltige Kampf, den wir führen. Der Kampf um die Freiheit ist für uns ein Kampf ums Dasein: Ohne Freiheit, unter dem Joche eines hochmütigen und brutalen Siegers vermöchten wir nicht zu leben. Wir kämpfen aber nicht nur für unsere eigene Freiheit, wir kämpfen zugleich auch für die Freiheit Europas, ja für die Freiheit der Welt. Wir wollen die Freiheit und Gleichberechtigung, die bisher unter den europäischen Großmächten herrschte, hinüberretten in das erweiterte Weltstaatensystem, das unter den fürchterlichen Wehen dieses Krieges geboren wird. Unser Haupt-



gegner in diesem Kampf ist England, das an die Stelle eines freien, sozusagen genossenschaftlichen Systems der Mächte seine eigene Weltherrschaft setzen will und darum den Versuch unternommen hat, die einzige europäische Macht, die ihm dabei noch Widerstand leisten kann, nämlich Deutschland, mit Hilfe einer erdrückenden Koalition zu vernichten.

Sonst finden wir solche Koalitionen in der europäischen Geschichte nur da, wo es sich um die Bekämpfung einer zur Weltherrschaft aufstrebenden Macht handelt: so in dem Kampfe Europas gegen Ludwig XIV., gegen Napoleon I. Hier ist es anders. Es ist eine der seltsamsten Konstellationen der Weltgeschichte, daß fast alle großen Mächte verbündet sind — nicht gegen die Macht, von der die Gefahr der Weltherrschaft allein droht, sondern gegen Deutschland, das sie allein abzuwenden in der Lage wäre. Freilich erklärt sich diese Lage hinlänglich durch die große Macht und das noch größere Ansehen Englands in der Welt, an dessen Seite die anderen Mächte auf Sieg und Beute hoffen, und sie entspricht außerdem einer alten politischen Tradition des Inselreiches, das seine Kriege in der Regel durch kontinentale Mächte führen läßt; erst als diese sich für den erstrebten Zweck als unzulänglich erwiesen, ist es mit ganzer Macht selbst auf den Plan getreten. Es ist merkwürdigerweise immer England, das den Mittelpunkt solcher Koalitionen gebildet hat; und es hat sich auch diesmal nicht gescheut, die öffentliche Meinung der Welt durch die ungeheuerliche Lüge zu verwirren, daß es Deutschland sei, das nach der Weltherrschaft strebe, und daß es gelte, dieser Gefahr mit vereinten Kräften entgegenzutreten. Wir kennen ja



das Echo, das es damit in Amerika geweckt hat: Der Präsident Wilson hat es ja fertig gebracht, die bloße Existenz Deutschlands wegen seiner angeblich autokratischen Regierung als eine beständige Gefahr für den Frieden und die Freiheit der Welt anzuklagen.

Auf eine nähere Begründung dieser himmelschreienden Anklage hat sich der Präsident nicht eingelassen; was er über den Ursprung des Krieges sagt, ist so undeutlich und verworren, daß es sich jeder Kritik entzieht; aber die Verleumdung tut ihre Wirkung wie alle Verleumdungen, trotz der weltbekannten Tatsache, daß die Regierung, gegen die sie sich richtet, den Frieden 43 Jahre hindurch mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und schließlich sogar mit seltener Selbstverleugnung aufrechterhalten hat, bis ihr das Schwert zur Verteidigung in die Hand gezwungen worden ist.

Aber auch wo man unparteiischer urteilt, ist oft gesagt worden, daß der „Imperialismus", der alle großen Mächte beseele, die Schuld an diesem Kriege trage; und diese Behauptung, die auch der Wortführer der Sozialdemokratie in der denkwürdigen Sitzung vom 4. August 1914 vorgebracht hat, muß auf ihre Berechtigung etwas näher untersucht werden.

„Imperialismus" ist eins der vieldeutigsten und unklarsten politischen Schlagworte, die es gibt; wir wollen versuchen, ihm einen festeren Sinn zu geben, als es gewöhnlich geschieht. Es ist nicht deutscher, sondern englischer Herkunft; von England ist es nach Frankreich, Amerika, Japan und Rußland übergegangen. Bei uns hat man in amtlichen Kundgebungen immer nur von Weltpolitik gesprochen, und

das ist nicht ohne tiefere Bedeutung. Die meisten werden zwar geneigt sein, die Begriffe Imperialismus und Weltpolitik einfach gleichzusetzen; aber das scheint mir durchaus nicht berechtigt; ich behaupte vielmehr, daß dieser verschiedenen Benennung auch ein Unterschied in der Sache entspricht.

Auch das Wort Weltpolitik ist ja nicht ganz frei von der Gefahr mißverständlicher Deutung; es hat bei oberflächlicher Auffassung, wie sie ja leider bei dem großen Publikum in politischen Dingen nicht ungewöhnlich ist, einen fatalen Anklang an Weltherrschaft; ganz besonders auch das mit Weltpolitik zusammenhängende Wort Weltmacht könnte in diesem Sinne mißverstanden werden. Ich höre von einem früher in Italien lebenden Freunde, der viel mit Politikern zu tun hatte, daß der Italiener leicht geneigt ist, mit dem Wort politica mondiale (denn anders kann man es nicht wohl übersetzen) den Sinn zu verbinden, als ob es sich um ein Streben nach Weltherrschaft handle. Es ist unglaublich, welches Unheil solche Begriffsverwirrungen anrichten können, zumal wenn Mißtrauen und übler Wille dabei mithelfen und im Hintergrund etwa irgendeine falsch verstandene Rede oder Gebärde vorschwebt, die zur Bestätigung des Unsinns mißbraucht werden kann. Weltpolitik bedeutet aber natürlich ebenso wie Weltmacht etwas ganz anderes. Weltpolitik ist einfach Großmachtpolitik im Rahmen des sich anbahnenden Weltstaatensystems; Weltmächte nennt man die künftigen Großmächte in diesem neuen Staatensystem. Den Worten Weltpolitik und Weltmacht liegt also die Vorstellung zugrunde, daß auch das neue Weltstaatensystem eine ähnliche



Struktur und Verfassung haben werde wie das bisherige europäische Staatensystem. Das Wesen dieses europäischen Staatensystems aber, wie es sich seit dem Ende des 15. Jahrhunderts ausgebildet hat, besteht darin, daß es aus einer Mehrheit von Mächten zusammengesetzt ist, die sich gegenseitig in ihrer Unabhängigkeit und Gleichberechtigung anerkennen und respektieren und unter denen ein Gleichgewicht der Macht besteht, das zwar sehr labiler Natur und häufigen Schwankungen ausgesetzt ist, das sich aber gegen alle kleineren und größeren Störungen immer wieder siegreich behauptet hat. Ein solches Verhältnis unter den Mächten wird bei dem Begriff der Weltpolitik auch für das zukünftige Staatensystem vorausgesetzt oder gefordert; die Weltmächte stehen in diesem Zukunftssystem unabhängig und gleichberechtigt nebeneinander wie früher die großen Mächte in Europa. In diesem Sinne kann man sagen, daß das Wort Weltpolitik ein Programm bedeutet, ein Bekenntnis zu der sozusagen genossenschaftlichen Struktur der Staatengesellschaft und einen Protest gegen jede Art von Weltherrschaft.

Und darin besteht nun der Unterschied zwischen dem was wir Weltpolitik nennen und dem, was man Imperialismus nennt. Das Wort Imperialismus knüpft in der Gegenwart an die Ausbildung des britischen Weltreiches an, seit der Erhebung Indiens zu einem Kaiserreich, mit der Lord Beaconsfield 1876 die Ära des Imperialismus eröffnete; die orientalische Fassung der Reichsidee, über die damals Lord Rosebery spottete, ist dann ja bald vor der einer Verbindung der großen Dominions mit dem Mutterlande, die die Imperial Federation League erstrebte, zurückgetreten.

Historisch aber knüpft diese Bezeichnung an das „Imperium Romanum“ an, das einst die Gesamtheit der zivilisierten Völker umfaßte, das aber Italien als Nationalstaat ruiniert hat und schließlich auch das Grab der antiken Kultur geworden ist. Es ist kein Segen bei dem Imperialismus. Wenn er sich wirklich durchsetzt, bedeutet er das Ende einer Weltperiode, allerdings auch den Beginn einer neuen. In der neuen christlichen Weltperiode hat das Imperium Romanum als „Heiliges Römisches Reich“ auch noch im Mittelalter fortbestanden; seine Träger sind damals die alten deutschen Kaisergeschlechter gewesen. Diese alte Kaiserzeit — das ist die verschollene Epoche eines deutschen Imperialismus; sie war getragen von der Idee eines weltlichen Schutzes für die christliche Kultur des Abendlandes, aber sie hat die Einheit der abendländischen Kirche, für die sie eintrat, schließlich doch nicht zu erhalten vermocht; sie hat große Erinnerungen hinterlassen, aber auch überaus schädliche Nachwirkungen, an denen unser Volk bis zur Gegenwart leidet: den Mangel einer starken nationalen Staatsbildung, das Übergewicht der fürstlichen Dynastien über Kaiser und Reich, den Jammer der Kleinstaaterei. Nach dem Verfall des Deutschen Reichs hat Spanien unter den Habsburgern Karl V. und Philipp II. die Rolle des Imperialismus übernommen, zugleich im Dienste der katholischen Restauration. Auch diese imperialistische Epoche, in der nun auch schon die überseeischen Kolonien eine Rolle spielen (es handelt sich ja um das erste große Weltreich, in dem die Sonne nicht unterging) hat mit schwerem innerem Verfall der führenden Nation geendet. Die Spanier gewöhnten sich daran, von



der Ausbeutung ihrer Kolonien und Nebenländer zu leben und eine kostspielige Politik zu treiben; sie versäumten es, die eigenen produktiven Kräfte ihres Landes und Volkes zu entwickeln, zu rechter Zeit ein modernes Arbeitsvolk zu werden; sie fanden zu spät den Übergang von einem ritterlich-religiösen zu einem bürgerlich-industriellen Lebensstil; so ist das Reich wirtschaftlich, finanziell und zuletzt auch politisch zusammengebrochen. Dann erscheint Frankreich als der Träger imperialistischer Bestrebungen unter Ludwig XIV. und Napoleon I., in der ersten Epoche zugleich an der Spitze der modernen Zivilisation, in der zweiten als Apostel für eine aufgeklärte Staatsräson mit demokratisch-nivellierter Gesellschaftsordnung im Stil der Revolution; die Erschöpfung ist hier nicht ganz so sichtbar eingetreten wie bei den Spaniern, aber sie ist im 18. und 19. Jahrhundert unverkennbar; die unüberwindliche politische Eitelkeit, die Sucht nach „Prestige" und „Gloire", die dem französischen Nationalcharakter von dieser imperialistischen Epoche her anhaftet, hat auch dies Volk auf den Weg des Verderbens geführt. Seit dem Sturze Napoleons hat England die Anwartschaft auf die imperialistische Rolle übernommen, und es hat im letzten Menschenalter durch seine weltumfassende Reichsbildung, durch seine Seeherrschaft, durch sein Handelsmonopol dem Imperialismus ein neues modernes Gepräge gegeben, während es zur ideologischen Rechtfertigung seiner Weltherrschaftsbestrebungen noch an die Reste des alten Puritanerglaubens appelliert, nach dem Gott seinen Auserwählten auch schon in dieser Welt den ersten Rang unter den Völkern der Erde verliehen hat — eine Vorstellung,

die übrigens in den maßgebenden Kreisen ihre religiöse Einkleidung längst abgestreift hat und lediglich als der hochmütig bornierte Glaube auftritt, daß die Briten als eine Herrenrasse das Recht und den Beruf haben, der Welt den Stempel ihres Geistes aufzudrücken.

Es handelt sich hier überall, seit dem 16. Jahrhundert, nicht um eine eigentliche Weltherrschaft, sondern nur um das Streben danach; und auch dieses Streben tritt seiner Stärke und seinem Erfolge nach in verschiedenen Gradabstufungen auf. Wir können sagen: Imperialismus bedeutet in der neueren Zeit eine Machtpolitik, die keine andern Grenzen anerkennt, als die, welche ihr durch den Widerstand anderer Mächte gezogen werden, also ein mehr oder minder starkes, mehr oder minder erfolgreiches Streben nach Alleinherrschaft oder doch wenigstens nach Vorherrschaft in der Staatengesellschaft, ein Streben nach Übergewicht im Gegensatz zum Gleichgewicht. In der Staatengesellschaft, wie in jeder gesellschaftlichen Vereinigung, sind zwei entgegengesetzte Organisationsprinzipien wirksam, die sich wie Pole zueinander verhalten: das herrschaftliche und das genossenschaftliche Prinzip. Das genossenschaftliche Prinzip strebt nach Gleichgewicht, das herrschaftliche nach Übergewicht. In dem Zusammen- und Gegeneinanderwirken dieser beiden Kräfte entwickelt sich eine Mechanik der Macht, die die äußere Geschichte des Staatensystems darstellt, während die innere in den ideellen Triebkräften besteht, die jene Kraftanspannungen auslösen. Bisher hat diese Mechanik noch immer nach kleineren oder größeren, kürzeren oder längeren Störungen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts geführt.



Die große Frage der Gegenwart ist, ob das auch in Zukunft der Fall sein wird.

In dieser Mechanik der Macht, durch die das Gleichgewicht im Staatensystem aufrechterhalten wird, handelt es sich übrigens keineswegs immer um eine direkte Bekämpfung des Übergewichts im Namen des Gleichgewichts. Es findet vielmehr in der Regel ein Wettbewerb um die erste Stelle statt; und dieser Wettbewerb, der auf indirekte Weise zur Herstellung des Gleichgewichts führt, hat noch die weitere wichtige Wirkung, daß eine Auslese unter den Staaten sich vollzieht, bei der die großen Mächte sich von den kleinen absondern. Die Großmächte stellen den engeren Kreis der Staaten dar, die untereinander um die erste Stelle ringen und die eben durch dieses Ringen einander immer wieder gegenseitig beschränken. Darin besteht das eigentliche Wesen der Großmachtpolitik. Ihre Seele ist der Wetteifer, die Konkurrenz, der Geist der Rivalität. Der Kreis der Großmächte ist kein fest geschlossener, kein unveränderlicher. Es kommt vor, daß eine Macht das Rennen aufgibt und aus dem ersten Rang ausscheidet, wie z. B. Spanien im 17. Jahrhundert; es kommt auch vor, daß neue Mächte eintreten, nicht bloß durch die räumliche Erweiterung des Systems, wie wir es heute bei Amerika und Japan sehen, sondern auch durch eigene Machtvermehrung, wie z. B. das Preußen Friedrichs des Großen. Diese rivalisierende Großmachtpolitik muß man unterscheiden von dem eigentlichen Imperialismus. Der Imperialismus besteht darin, daß e i n e Macht zur Alleinherrschaft strebt und daß sie durch neue originale Methoden der Machtsteigerung einen großen Vorsprung



vor den übrigen erhält. Zu dieser originalen Leistung verhalten sich dann die Bestrebungen der rivalisierenden Mächte wie eine Imitation. So findet die Aufrichtung des großen spanischen Kolonialreichs sofort Nachahmer in den Holländern und Engländern; dann kommen die Franzosen, und schließlich treiben alle Mächte, die irgendwie an die See grenzen, Kolonialpolitik, selbst das kleine Brandenburg des Großen Kurfürsten; man wird darum aber noch nicht von einem brandenburgischen Imperialismus im 17. Jahrhundert reden dürfen, ebensowenig wie man heute von einem Imperialismus Hollands oder Belgiens sprechen kann, weil diese Staaten verhältnismäßig große Kolonialreiche besitzen. Zum Imperialismus gehört eben die Stellung einer Macht ersten Ranges und ein erheblicher Vorsprung vor den rivalisierenden Mächten.

Betrachten wir nun den modernen Imperialismus etwas näher, so sehen wir, daß er in der Hauptsache eine Tendenz zu immer umfassenderer Staatenbildung darstellt. Er will Riesenreiche hervorbringen, wie sie früher gar nicht oder doch nur vorübergehend bestanden haben, jedenfalls aber über das normale Maß europäischer Nationalstaaten weit hinausgehen. Es handelt sich um die Bildung von Weltreichen, bei denen ein nationaler Kern von anderen Bestandteilen umgeben ist, die unter seiner Herrschaft stehen; meist sind es Kolonialländer, aber von der verschiedensten Art: Siedelungskolonien, militärische und maritime Stützpunkte, Protektorate über unzivilisierte Stämme, Fremdherrschaft über kultivierte und unkultivierte Völker usw. England erscheint dabei durchaus als das Urbild einer solchen imperia-

listischen Weltreichspolitik. Der Aufbau seines ungeheuren, alle Teile der Erde umfassenden Weltreiches ist oft geschildert worden; ich will ihn hier nicht im einzelnen darlegen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die charakteristische Erscheinung der Gegenwart darin besteht, daß eine durchdachte Staatskunst planmäßig bemüht ist, die nur erst lose zusammenhängenden Teile zu einem festeren Ganzen zu vereinigen, das dauernden Bestand verheißt. Zu diesem Plane gehören einmal die Bestrebungen der sogenannten Imperial Federation, die darauf hinauslaufen, die großen Dominions mit überwiegender oder wenigstens zahlreicher weißer Bevölkerung und mit selbständiger parlamentarischer Regierung (Kanada, Neufundland, Australien, Neuseeland, Südafrika) zu einem Kriegs- und Handelsbund mit gemeinsamen politischen Institutionen zusammenzufassen. Andererseits aber gehört dazu auch die neuerdings mit besonderem Eifer betriebene Kolonialpolitik, die darauf ausgeht, einen festeren territorialen Zusammenhang zwischen den übrigen von England regierten überseeischen Ländern herzustellen und damit dem britischen Reiche neue verbindende Länderstrecken anzugliedern. Ganz besonders handelt es sich hier um die Verbindung zwischen dem Süden und dem Norden Afrikas, die durch den Plan der Bahn vom Kap nach Kairo gekennzeichnet wird und durch die Angliederung unseres ostafrikanischen Besitzes vollendet werden würde, und andererseits um die Landverbindung zwischen Kairo und Kalkutta, also zwischen Ägypten und Indien über Syrien und die arabischen Küsten, Mesopotamien und Südpersien. Der Indische Ozean soll gewissermaßen zu einem britischen

Meer gemacht werden, das auf allen Seiten, in Ostafrika, in Australien, in Indien, von britischen Besitzungen umgeben ist und ihnen auf Grund der maritimen Beherrschung eine Einheit und einen Zusammenhang verleiht, in denen gewissermaßen ein vorläufiger Abschluß der Reichsbildung mit der Aussicht auf festen dauernden Bestand erreicht sein würde.

Die Entstehung und der Ausbau dieses gewaltigen Weltreiches beruht auf einem Zusammenwirken wirtschaftlicher und politischer Faktoren. Es ist auf der einen Seite das Bedürfnis einer aufs höchste gesteigerten kapitalistischen und industrialistischen Volkswirtschaft in Großbritannien nach der Beherrschung von Rohstoffgebieten und Absatzmärkten, es ist aber auf der anderen Seite zugleich der politische Drang auf Erwerbung und Beherrschung alles irgendwie wertvollen und erreichbaren Landes auf der Erdoberfläche, der nicht bloß aus geschäftlicher Spekulation, sondern aus dem Expansionstrieb der Rasse entspringt und sich mit der Vorstellung schmeichelt, daß England ein gutes Werk tue, wenn es einen möglichst großen Teil der Erdoberfläche und einen möglichst großen Teil der Menschheit unter seine segensreiche Kontrolle bringe. Der Handelsverkehr bildet gleichsam den Blutkreislauf in diesem ungeheuren Reichskörper; er ist der erste, aber doch nicht der letzte Zweck des Imperialismus; den letzten Zweck hat Professor Cramb einmal mit den Worten ausgedrückt, England wolle allen Einwohnern seines Reiches eine englische Seele geben.

Die Voraussetzung dafür, daß dieses weltumfassende Reich in sich zusammenhält, liegt in der absoluten Seeherrschaft,

die England für sich in Anspruch nimmt und die es auch tatsächlich bis zum Kriege besessen hat. Es hat an allen großen Meeresstraßen, die von Europa nach Asien führen, seine Zwingburgen aufgerichtet: von Gibraltar an über Malta, Cypern, Suez, Aden, Colombo, Singapur bis nach Hongkong und Weiheiwei. Seine Handelsflotte, über 20 Millionen Bruttoregistertonnen, ist bei weitem die größte der Welt; seine Seekabel gaben ihm bis zur Einrichtung der drahtlosen Telegraphie eine Art von Nachrichtenmonopol für die ganze Welt. Seine Kriegsflotte, beim Ausbruch des Krieges fast doppelt so stark wie die unsrige, war darauf berechnet, daß sie nicht nur jeder einzelnen Seemacht, sondern jeder möglichen Koalition von Mächten überlegen sein müsse. Die absolute Herrschaft über die Meere erscheint den Engländern aber nicht nur zur Aufrechterhaltung ihres Reiches, sondern auch zur Sicherung der nationalen Existenz auf ihrer heimischen Insel als unbedingt notwendig; denn Großbritannien leidet an der verhängnisvollen Schwäche, daß es seine Bevölkerung ohne regelmäßige Zufuhr weder ernähren noch beschäftigen kann. In dieser Abhängigkeit vom Seeverkehr und von überseeischen Produktionsgebieten, die weit stärker ist, als bei irgendeinem anderen großen Lande, gewahren wir wieder eine jener verderblichen Wirkungen des Imperialismus, die das innere Leben des herrschenden Staates selbst schädigen und unter Umständen zerstören. An dieser schwachen Seite unseres Gegners haben ja jetzt die Angriffe unseres Unterseebootkrieges eingesetzt. Es ist ein verhängnisvoller Gegensatz, der heute die Lage beherrscht: die Lebensbedingung Englands, die Seeherrschaft, ist durch ihren Mißbrauch

zur Hungersperre gegen uns zu einer beständigen Bedrohung unserer Freiheit, ja unserer nationalen Existenz, geworden!

Ein sehr merkwürdiges Argument, mit dem die Engländer ihren Anspruch auf die absolute Seeherrschaft zu stützen suchen, besteht in dem Hinweis darauf, daß das Meer im Zeitalter der Dampfschiffahrt eine große Einheit darstelle, und daß es seiner Natur nach nicht unter mehrere Herrscher geteilt werden könne. Diese letztere Behauptung wird sich schwerlich halten lassen; beispielsweise wäre es wohl möglich, daß die Japaner in den ostasiatischen Gewässern die vorwaltende Macht an sich brächten; aber selbst zugegeben, daß der Ozean in diesem Sinne als eine Einheit betrachtet werden müsse, so würde sich viel ungezwungener daraus die Forderung ergeben, daß er von keiner Macht beherrscht werden dürfe, als daß er nur von einer beherrscht werden müsse.

Der britische Imperialismus steht und fällt mit dieser absoluten Seeherrschaft; wird sie in Frage gestellt, so wankt ihm der Boden unter den Füßen. Die Überlegenheit Englands auf dem Felde der Industrie ist schon längst nicht mehr unbestritten; seinem Weltreich fehlt noch der eigentliche Abschluß, seiner Weltherrschaft die Vollendung. Es handelt sich um ein gewaltiges Werk, gleich dem Turmbau zu Babel, das schon weit gefördert ist, das aber zuletzt doch noch zum Scheitern gebracht werden könnte.

Das britische Weltreich ist eigentlich das einzige in der Gegenwart, das diesen Namen verdient, und der britische Imperialismus ist das Original, das die anderen Mächte mit mehr oder weniger Glück zu imitieren versuchen. Ganz

besonders deutlich ist die Imitation bei Frankreich und Italien; man könnte hier wohl von einem Imperialismus zweiten oder dritten Ranges sprechen. Bei Frankreich tritt ganz besonders der charakteristische Umstand hervor, daß es sich bei der Ausdehnung nicht sowohl um wirtschaftliche, sondern vielmehr in erster Linie um politische Motive handelt. Frankreich ist an die Ausdehnung seines Kolonialreiches gegangen, nicht bloß, weil die Kapitalien dieses Rentnerstaates nutzbringende Anlage suchten, sondern vor allem, weil es einen Ersatz brauchte für die Verminderung an Macht und Ansehen, die ihm der Krieg von 1870 gebracht hatte. Hier ist keine Rede davon, daß man Siedelungsland nötig hätte oder sonst Raum zur Betätigung für die kaum mehr wachsende, fast schon zurückgehende Bevölkerung; wohl aber ist es einer der Grundgedanken der französischen Kolonialpolitik namentlich in Nordafrika — darauf hat ja der Oberst Mangin in seinem bekannten Buche La force noire hingewiesen —, daß der Mangel des Nachwuchses an Rekruten im Mutterlande durch die braune und schwarze Bevölkerung Afrikas ersetzt werden soll, was ja auch im weitesten Maße geschehen ist, wie die Bataillone der Senegalneger und Marokkaner in den Kämpfen an unserer Westfront beweisen. Auch für England spielen ja diese farbigen Hilfstruppen heute eine große Rolle, auch die Sikhs und Gurkhas in den englischen Gräben zeigen, daß wir es mit der Gegnerschaft einer halb asiatischen Macht zu tun haben. Der italienische Imperialismus wird zwar getragen von den wirtschaftlichen Bedürfnissen eines wachsenden Volkes, aber auch er verfolgt zugleich politische Ziele, die er freilich bisher noch nicht

hat erreichen können; er hat unleugbar etwas Klägliches und Gedrücktes, was mit dem stolzen Worte Imperialismus übel zusammenklingt.

Eine eigene Note hat der russische Imperialismus. Er ist in erster Linie geographisch bedingt; er besteht in dem Suchen nach einer befriedigenden Meeresgrenze, wobei weite Länderräume überschritten werden müssen. Er hat ein asiatisches und ein europäisches Gesicht. Bis zum japanischen Kriege überwog der Drang nach Osten; seitdem ist Konstantinopel mit den Meerengen wieder das Hauptziel der russischen Politik geworden; man will diesen Schlüssel zum russischen Hause in eigenen Besitz bringen und rechtfertigt diesen Versuch ebenso mit wirtschaftlichen Erwägungen über die Notwendigkeit der Ausfuhrfreiheit für das südrussische Getreide, wie durch den populären Hinweis auf das alte religiöse Ziel der orthodoxen Bevölkerung, den Halbmond auf der Hagia Sophia durch das Kreuz zu verdrängen. Der Panslawismus ist zum Instrument dieser großrussischen Ausdehnungsbestrebungen gemacht worden; darauf beruht eigentlich seine praktische politische Bedeutung. Auch hinter diesem russischen Imperialismus stehen großkapitalistische Interessen wie überall; aber in erster Linie ist er doch als eine politische Tendenz der zarischen Regierung zu betrachten, wie denn ja auch die Kolonisation Rußlands in Asien einen halb militärischen Zug trägt. Man hat wohl von einem russischen Volksimperialismus gesprochen und meint damit den Landhunger der russischen Bauern; aber das ist mehr eine soziale Tendenz, der nur künstlich die Ableitung nach außen gegeben worden ist, ohne daß man eigentlich sieht,

wie das Bedürfnis durch eine politische Ausdehnung Rußlands befriedigt werden könnte; denn überall würde man auf Gebiete treffen, die dichter bevölkert und intensiver angebaut sind als Rußland selbst. Aber auch jetzt schon ist Rußland mit seinen 23 Millionen Quadratkilometern und seinen 170 Millionen Einwohnern eines jener Riesenreiche, an die man immer in erster Linie denkt, wenn man von dem modernen Imperialismus redet. Es kommt in den Maßen dem britischen Weltreich mit seinen 30 Millionen Quadratkilometern und 425 Millionen Einwohnern am nächsten von allen Staaten der Erde.

Bei Japan und bei den Vereinigten Staaten von Amerika tritt neben manchen Besonderheiten wieder die Imitation des englischen Originals deutlich hervor; zugleich aber haben beide einen exklusiven Zug, der nur ihnen gemeinsam ist. Japan sucht mit einem Anspruch auf Ausschließlichkeit die ostasiatische Welt wirtschaftlich und politisch zu beherrschen, die Union die beiden amerikanischen Kontinente; beide enthalten damit neben der Imitation zugleich doch auch eine wirksame Beschränkung des britischen Imperialismus. Großkapitalistische Interessen und politischer Machthunger gehen auch hier Hand in Hand. Der Krieg, den Amerika 1898 gegen Spanien geführt hat und der seinen Imperialismus hauptsächlich charakterisiert, ist ein echter und rechter Angriffs- und Eroberungskrieg mit einer Vorgeschichte, die zu den salbungsvollen Worten der Wilsonschen Botschaft wie die Faust aufs Auge paßt. „Völker mit Selbstregierung“, sagt der Präsident, „überschwemmen nicht ihre Nachbarstaaten mit Spionen oder setzen Intrigen in Gang, um irgendeinen

kritischen Zustand herbeizuführen, der ihnen eine Gelegenheit gibt zum Schlage auszuholen und Eroberungen zu machen." Wer das Buch des Amerikaners Willis Fletcher Johnson über die auswärtigen Beziehungen Amerikas liest, das 1916 erschienen ist, der findet hier den dokumentarischen Nachweis dafür, daß es genau diese Methode gewesen ist, die Amerika in Kuba angewandt hat, um eine Gelegenheit zum Kriege gegen Spanien und zur Eroberung spanischer Kolonien zu erlangen. Für die sogenannten autokratischen Regierungen Europas ist eine derartige Politik ein überwundener Standpunkt, jedenfalls für die deutsche; die amerikanische Demokratie aber bedient sich ihrer mit einer Unbefangenheit, die von den politischen Tugendlehren des Präsidenten Wilson sehr auffallend absticht. Es sei hier auch an das erinnert, was Amerika in Mexiko, in Panama und in Haiti und Santo Domingo ganz im gleichen Sinne getan hat und noch tut, wobei sich überall (genau wie beim englischen Imperialismus) zeigt, welche vortreffliche Handhaben die demokratische Verfassung in kleinern oder minder mächtigen Staaten ihren ausdehnungslüsternen Nachbarn darbietet, wenn diese es für nützlich halten, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, um selbstsüchtige Zwecke zu erreichen.

Es kommt mir hier natürlich nicht auf eine irgendwie erschöpfende Charakteristik der Weltmächte und ihrer politischen Bestrebungen an. Ich habe nur an allgemein bekannte Dinge erinnert, um den Hintergrund anzudeuten, auf den wir den Begriff des modernen Imperialismus stellen müssen. Wir sehen, der Begriff ist nicht ganz einfach zu fassen: es

9*



gibt Gradunterschiede, und diese sind zum Teil so bedeutend, daß sie eine prinzipielle Unterscheidung rechtfertigen. Ich möchte den eigentlichen echten Imperialismus unterscheiden von einem unechten, imitierten. Der eigentliche echte Imperialismus verfolgt das Ziel der Weltherrschaft, die Ausdehnung zu einem Weltreich, das die Selbständigkeit der übrigen Mächte, wenn nicht geradezu aufhebt, so doch in vielen Beziehungen einschränkt und unter Umständen in Frage stellt. Dieser Art ist vor allem der britische Imperialismus. Der unechte, imitierte Imperialismus ist demgegenüber eigentlich nur ein Streben nach Selbsterhaltung als Großmacht oder Weltmacht. Frankreich und Italien beispielsweise streben nicht nach der Weltherrschaft und können es auch gar nicht nach Lage der Weltverhältnisse und nach ihren eigenen Kräften, aber sie suchen sich nach dem Beispiel Englands außerhalb ihrer nationalen Grenzen ein überseeisches Kolonialreich zu gründen, das nicht bloß wirtschaftlichen, sondern auch politischen Machtbedürfnissen dienen soll. Bei Rußland, Japan und Amerika wird man die Anlage zum echten Imperialismus nicht verkennen dürfen; jedes dieser Reiche trägt eine Tendenz in sich, sich zum Weltreich, zu einer weltbeherrschenden Macht auszudehnen; aber dieser Trieb und diese Anlage ist noch ziemlich unentwickelt, gehemmt durch das Übergewicht des englischen Weltreichs, seiner Seeherrschaft und seiner Geldmacht; so haben wir auch hier einen Imperialismus von untergeordneter Bedeutung, was sich in der Stellung dieser Mächte zu England in dem gegenwärtigen Kriege deutlich ausprägt: sie schließen sich an England an, weil sie zunächst im Bunde mit ihm

leichter wachsen zu können glauben, als im Gegensatz zu ihm; der latente Gegensatz der Interessen ist aber in größerer oder geringerer Stärke vorhanden und wird sicherlich eines Tages hervortreten.

Wie steht es nun aber in diesem Zusammenhange mit der deutschen Weltpolitik? Es ist nicht zu leugnen, daß auch sie etwas von dem unechten, imitierten Imperialismus an sich trägt, der als ein Ausfluß des Selbsterhaltungstriebes einer angehenden Weltmacht erscheint. Den Trieb und die Anlage zum echten Imperialismus besitzt aber Deutschland keineswegs. Der deutsche Gedanke in der Welt, von dem man wohl gesprochen hat, ist sicherlich nicht auf Weltherrschaft gerichtet; selbst die am weitesten gehenden Vertreter eines größeren Deutschland denken nicht an eine Ausweitung Deutschlands zu einem Weltreich wie es das britische ist. Die geographisch-politischen Bedingungen unserer nationalen Existenz schließen einen solchen Gedanken ebenso aus wie die damit zusammenhängende Anlage unseres Volkscharakters. Unsere eingeschlossene Lage in der Mitte des europäischen Kontinents, umgeben von hochkultivierten, selbstbewußten, zum Teil sehr starken und eifersüchtigen Völkern, gestattet uns zu Lande keine solche Ausdehnung wie sie Rußland seit Jahrhunderten und die amerikanische Union in so großem Maßstabe während des 19. Jahrhunderts aufzuweisen hat. Der Gründung eines großen überseeischen Reiches aber erwachsen fast unüberwindliche Schwierigkeiten durch das unseren Küsten vorgelagerte England, das, wie sich in diesem Kriege gezeigt hat, nicht nur die Enge des Kanals, sondern auch die Nordsee zwischen

Norwegen und den Shetlandinseln ohne große Mühe zu sperren und uns damit für die reguläre Schiffahrt vom Ozean überhaupt abzuschneiden vermag. Solange England einen derartigen Mißbrauch von der Gunst seiner natürlichen Lage und der Stärke seiner Kriegsflotte machen darf, sind die Aussichten Deutschlands auf überseeische Ausdehnung gering und unsicher, so sehr es auch mit seiner wachsenden Bevölkerung und den starren kontinentalen Grenzen auf den maritimen Ausweg hingewiesen sein mag. An kühnem Wagemut, an zugreifender Tatkraft, an Geschick zur Kolonisation und zur Verwaltung überseeischer Gebiete fehlt es uns Deutschen gewiß nicht; auch wir sind in der Lage, schätzbare Kulturgüter, die wir erzeugt haben, in der Welt zu verbreiten; aber wir halten uns nicht, wie die Engländer, für das auserwählte Volk, das zur Herrschaft über die Erde bestimmt ist; nicht an äußere Machtausdehnung, sondern an die Ausbildung und Ausbreitung unseres nationalen Humanitäts- und Persönlichkeitsideals hat Emanuel Geibel gedacht, wenn er von dem deutschen Wesen gesprochen hat, an dem einmal noch die Welt genesen möge; und ganz undeutsch mutet uns das Ziel der englischen Kolonialpolitik an, das den beherrschten Völkern eine englische Seele geben will. Wir haben immer viel zuviel Verständnis und Achtung für fremde Volksart gehabt, wir kennen auch die historische Bedingtheit unseres eigenen Nationalcharakters zu gut, als daß wir je daran gedacht hätten, einem Teil der Erdoberfläche und ihrer Bevölkerung den Zug des deutschen Geistes aufzuprägen. Das Ideal des Engländers ist die Weltherrschaft; das Ideal des Deutschen ist ein freies und geordnetes

Zusammenleben der Völker nach eigener Art und Sitte. Darum trägt auch unsere Weltpolitik ein durchaus anderes Gepräge, als der britische Imperialismus. Sie ist in ihrem Kern mehr genossenschaftlich als herrschaftlich; ihr Ideal ist gerade Frieden und Freiheit unter den Völkern der Erde, und es ist die ungeheuerlichste Verkennung der Weltgeschichte, der wir heute infolge der raffinierten Verleumdungen unserer Gegner ausgesetzt sind.

Die deutsche Weltpolitik hat sich eigentlich niemals grundsätzlich von den Bahnen entfernt, die ihr zuletzt noch Bismarck gewiesen hatte. Er wollte nichts wissen von einer über die See gerichteten, auf Eroberung ausgehenden Machtpolitik; die Macht des Reiches sollte nur zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen dienen, die von wagemutigen Kaufleuten und Kulturpionieren in herrenlosen überseeischen Gebieten begründet worden waren; dem Handel sollte die Flagge folgen. Diese Priorität des wirtschaftlichen Gesichtspunkts ist unserer Kolonialpolitik beständig erhalten geblieben; darum trägt auch unser Kolonialsystem durchaus keinen militaristischen Zug, und es ist der Stolz unserer leitenden Staatsmänner gewesen, gerade in der Kolonialverwaltung zu zeigen, wie frei und human die deutsche Verwaltung verfährt, wo sie nicht, wie daheim, dem eisernen Gebot militärischer Staatsnotwendigkeiten unterworfen ist. Unsere Kolonien betragen zwar der Ausdehnung nach etwa das Fünffache unseres Reichsgebietes, aber ihre Bevölkerung macht noch nicht den fünften Teil unseres heimischen Volksbestandes aus, und ihr gesamter Handel beträgt nicht viel mehr als eine halbe Milliarde gegen die 22 Milliarden un-



seres Gesamthandels. Eigentliche Siedelungskolonien, in die der Überschuß unseres Bevölkerungszuwachses abgeleitet werden könnte, besitzen wir nicht und haben auch keine Aussicht, solche zu erwerben; die Länder der gemäßigten Zone waren verteilt und im Besitz anderer Kulturvölker, als wir auf dem Plan erschienen; das Wertvollste, was unsere Kolonien uns bieten, sind — abgesehen von den südwestafrikanischen Diamanten — einige Rohstoffe, die wir notwendig gebrauchen, wie Kautschuk, Pflanzenfette und Öle, auch etwas Baumwolle und Kaffee; einen aufnahmefähigen Markt für unsere industrielle Ausfuhr wird die dünne und kulturlose Bevölkerung unserer tropischen Kolonialgebiete in absehbarer Zeit nicht bilden. Aber der Kolonialbesitz ist auch niemals das Hauptstück unserer Weltpolitik gewesen. Viel wichtiger war uns immer die Befriedigung unseres Exportbedürfnisses auf den großen überseeischen Märkten, insbesondere in Ostasien und Südamerika. Unsere wachsende Bevölkerung hat mit der Zeit auch ohne Siedelungskolonien auskömmliche Beschäftigung gefunden durch eine große Industrie, welche nicht nur für den inneren Markt, sondern auch für eine beständig steigende Ausfuhr arbeitete. Früher hatten wir eine starke Auswanderung, die zum größten Teil nach den Vereinigten Staaten ging und die Kräfte unserer heutigen Feinde um viele Millionen tüchtiger Menschen aus gutem deutschen Blut gestärkt hat; sie betrug noch 1881 fast ¼ Million jährlich. Das war ein großes nationales Unglück, ein beständiger Verlust kostbarer Menschenkraft, die unter dem Schweiße unseres Volkes ernährt und erzogen war. Im Jahre 1913 war diese Auswande-

rungsziffer herabgegangen auf 26 000; das sind weniger Menschen als jährlich bei uns einwandern. Darin besteht eben die Hauptleistung unserer Weltpolitik, daß wir die Volksgenossen, die früher auswanderten, um in der Fremde ihr Brot zu verdienen, nun im eigenen Lande behalten können, so daß ihre Arbeits- und Wehrkraft uns und nicht unseren Konkurrenten und Feinden zugute kommt. Das ist nicht allein, aber in erster Linie durch die Ausdehnung unseres Exports bewirkt worden, und darum war es immer einer der Hauptpunkte in unserer Weltpolitik, daß das Prinzip der offenen Tür auf den überseeischen Märkten bewahrt werden sollte, d. h., daß wir in Ostasien, in Südamerika, in Marokko und anderswo unter denselben günstigen Bedingungen unsere Waren absetzen konnten wie Engländer, Amerikaner, Franzosen oder andere Konkurrenten. Wir selbst haben unsere Kolonien allen handeltreibenden Völkern zu freiem Mitbewerb geöffnet; England genießt in manchen seiner Kolonien, wie namentlich Kanada und Australien, Vorzugszölle; Frankreich sucht die fremde Konkurrenz von seinem Kolonialgebiet ganz auszuschließen. Um so wichtiger sind natürlich die großen Marktgebiete, die noch nicht unter dem maßgebenden Einfluß unserer Konkurrenten stehen, und namentlich auf diesen haben wir immer das Prinzip der offenen Tür betont. Damit hängt auch zusammen, daß wir uns einer weiteren Aufteilung der Welt unter die großen Handelsmächte stets widersetzt haben, daß wir für die Erhaltung der Souveränität der bestehenden Staatsgewalten in überseeischen Ländern eingetreten sind, wenn sie durch imperialistische Bestrebungen bedroht waren. So



in China 1895, so in Marokko 1905. Wir sind allerdings dabei nicht ganz konsequent verfahren; wir haben Kompensationen erstrebt und angenommen, wenn wir unsere Absicht nicht durchzusetzen vermochten: so bei der Erwerbung von Kiautschou, so bei der Auseinandersetzung mit Frankreich im Jahre 1911. Wir haben es auch geschehen lassen, daß Italien Tripolis besetzte, obwohl dies Unternehmen den verhängnisvollen Angriff des Balkanbundes auf den Besitzstand der Türkei einleitete.

Unser Verhältnis zur Türkei ist von unseren Gegnern und auch von den Neutralen, selbst von einheimischen Publizisten, oft ganz falsch beurteilt worden. Es handelt sich dabei keineswegs um Imperialismus, d. h. um das Bestreben, unsere Machtsphäre zu erweitern durch eine wirtschaftliche Beherrschung der Türkei, der die politische folgen sollte. Weder für Deutschland, noch für Österreich-Ungarn, noch für diese beiden Staaten in ihrer Gesamtheit kann von einem solchen Verhältnis gegenüber der Türkei und den Balkanstaaten überhaupt die Rede sein. Ein amerikanischer Autor hat wohl unser Verhältnis zur Türkei mit dem der Union zu Mexiko in Parallele gestellt. Er hat mit zynischer Offenheit zugegeben, daß Amerika nach der allgemein üblichen imperialistischen Methode Mexiko durch die sogenannte friedliche Durchdringung für die politische Einverleibung so vorbereitet habe wie die Schlange einen Bissen, den sie verschlingen will. Die imperialistische Phantasie vieler Publizisten sieht in der anatolischen und in der Bagdadbahn nur das Mittel zu einer solchen friedlichen Durchdringung der Türkei, der eine Angliederung im Sinne imperialistischer

Machtausdehnung folgen müsse. Ein englischer Kolonialpolitiker ist es gewesen, Sir Harry Johnston, der zuerst im Jahre 1903 den deutschen Politikern einen solchen imperialistischen Plan empfohlen hat, zu einer Zeit, wo Englands Pläne in bezug auf Mesopotamien sich noch nicht zu dem gegenwärtigen Programm verdichtet hatten und wo es nützlich schien, Deutschland in einen dauernden Gegensatz zu Rußland zu bringen. Es dürfte seitdem aller Welt klar geworden sein, daß die Pläne der deutschen Politik, die sich an die Bahnverbindung Berlin—Bagdad knüpfen, ganz anderer Natur sind. Es sind Pläne, die natürlich einem wirtschaftlichen Interesse entsprungen sind, die aber nicht eine Beherrschung der Türkei, sondern ganz im Gegenteil eine Stärkung ihrer eigenen politischen und militärischen Selbständigkeit mit sich bringen. Es gilt, die Türkei durch die wirtschaftliche Erschließung und durch die Beförderung des Verkehrs in ihrem Innern selbst wirtschaftlich und finanziell zu heben und zu stärken, sie fähig zu machen zum erfolgreichen Widerstand gegen die imperialistischen Unternehmungen der russischen und der britischen Politik; damit zugleich auch für unsere Handels- und Kapitalinteressen ein großes Gebiet offen zu halten, das uns sonst leicht verschlossen werden könnte und auf dem wir mehr und erfolgreicher gearbeitet haben als unsere Konkurrenten. Schon der weite räumliche Abstand zwischen der deutschen und der türkischen Grenze schließt jeden Plan einer imperialistischen Angliederung aus, und gerade deswegen genießt Deutschland ein größeres Vertrauen bei der türkischen Regierung, als die näher angrenzenden Mächte. Wir wollen ein starkes, selbständiges,



auch wirtschaftlich blühendes türkisches Reich, das durch die Natur seiner Interessen zur Bundesgenossenschaft mit uns geführt wird. Das ist ein charakteristisches Stück deutscher Weltpolitik. Das ist nicht Imperialismus, sondern eher der Gegensatz dazu. Die imperialistischen Züge, die unserer Weltpolitik hier und da anhaften, sind hervorgerufen durch das Anpassungsbedürfnis, das eine von imperialistischen Bestrebungen beherrschte politische Welt auch für uns mit sich gebracht hat. Sie enthalten aber nicht den eigentlichen Sinn und das wahre Wesen unserer Weltpolitik. Unsere Weltpolitik ist lediglich eine Folge unserer unvermeidlichen Verflechtung in die Weltwirtschaft. Sie ist aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen unseres Volkslebens entsprungen und hat es bisher verstanden, diese Bedürfnisse zu befriedigen ohne die Anwendung politischer Zwangsmittel und ohne die Begründung einer Fremdherrschaft über andere minder entwickelte Kulturvölker. Ein großes Kolonialreich zu gründen, das als politischer Machtfaktor in Betracht käme, ist nie unsere Absicht gewesen. Es mag sein, daß wir aus der Not eine Tugend gemacht haben, einmal weil die Welt verteilt war, als wir kamen, und dann auch aus dem Grunde, weil bei unserer gefährdeten Mittellage, die uns so leicht dem konzentrischen Druck der größten kontinentalen Militärmächte wie der britischen Seemacht aussetzt, jede Verwicklung draußen in der Welt in einer besonders empfindlichen und gefährlichen Weise auf den Frieden in Europa und die Sicherheit unserer nationalen Existenz zurückwirkte. Diese sattsam bekannte Lage hat unsere Staatsmänner in den weltpolitischen Fragen sehr vorsichtig und zurückhaltend

gemacht; ihre Parole ist immer gewesen: Weltpolitik und kein Krieg. Das zeigt sich am klarsten in der Marokkofrage, die unseren Gegnern den ersten Anlaß zu einer Machtprobe ihrer Einkreisungspolitik geboten hat.

Diese vorsichtige und zurückhaltende Politik unseres Auswärtigen Amtes hat ja in den sogenannten alldeutschen Kreisen Widerspruch und Tadel genug gefunden. Aber es ist ein Unterschied, ob man die Dinge vom Standpunkt des verantwortlichen Staatsmannes betrachtet oder vom Standpunkt eines lediglich von populären Machtwünschen erfüllten Publizisten oder Parteiführers. Vielleicht war die Parole: „Weltpolitik und kein Krieg" falsch, weil sie auf der Vorstellung beruhte, daß es in unserer Hand liege, mit Ehren einen Krieg zu vermeiden, den wir nicht haben wollten. Aber gibt es heute irgendeinen, der da behaupten wollte, es würde besser gewesen sein, wenn der Krieg etwa 1911 um Marokko ausgebrochen wäre als 1914 um die Mordtat von Sarajewo? Es gibt allerdings auch bei uns politische Schriftsteller und Redner, die eine imperialistische Weltpolitik verlangen, d. h. vor allem die Begründung eines überseeischen Weltreiches, das als politischer Machtfaktor in Betracht kommt, und die geneigt sind, unsern Kampf mit England als einen Kampf um dieses Ziel anzusehen. Aber ich behaupte, daß diese Stimmen nicht die Mehrheit unseres Volkes für sich haben, und jedenfalls ist die Weltpolitik, die sie wollen, eine andere als die Weltpolitik des Auswärtigen Amtes, die allein die wirkliche deutsche Weltpolitik darstellt. Das ist im Auslande häufig übersehen worden, auch z. B. von einem so hervorragenden Schriftsteller wie der schwe-

dische Professor Kjellén ist. Er verwendet mit Vorliebe gerade auch die weitestgehenden Forderungen alldeutscher Schriftsteller zu seinem Bilde von der deutschen Weltpolitik, ohne den inneren Gegensatz hervorzuheben, in dem sie mit der wirklichen Politik des Auswärtigen Amtes stehen; und so kommt er zu dem Urteil, daß der deutsche Imperialismus etwas Unsicheres, Schwankendes und Schwebendes habe, daß er noch nicht von einem entschiedenen Willen zur Macht getragen werde, daß er einer Erweiterung der Ziele bedürfe — er weist dabei auf Ägypten hin —, daß er also ein unvollkommener Imperialismus sei. Im Gegensatz dazu glaube ich, daß eine unbefangene Würdigung unserer Weltpolitik, welche kritisch zwischen dem Gewicht der Stimmen unterscheidet, die sich in der Öffentlichkeit vernehmen lassen, und nicht nach den luftigen Projekten unverantwortlicher Schriftsteller, sondern nach der Politik der verantwortlichen Reichsleitung urteilt, zu der Einsicht kommen muß, daß es sich hier nicht bloß um einen Gradunterschied, sondern um einen Artunterschied handelt, daß unsere Weltpolitik gar kein Imperialismus ist, sondern eher etwas dem Imperialismus Entgegengesetztes, nämlich das Bestreben, im Kreise der Weltmächte als gleichberechtigt anerkannt zu werden, um in der friedlichen Konkurrenz der Arbeit die berechtigten Interessen des deutschen Volkes in der Welt wahrzunehmen und zu fördern.

Von diesem Standpunkt aus wird man sagen dürfen, daß unter den Gründen, die zum Ausbruch dieses Krieges geführt haben, deutscher Imperialismus keine Rolle spielt. Unser Auswärtiges Amt war so durchdrungen von der Überzeugung, daß keines unserer kolonial- und weltpolitischen

Interessen bedeutend genug sei, um die Schrecken eines großen Krieges zu entfesseln, daß es nicht nur in der Marokkofrage gegenüber den Ansprüchen Frankreichs, sondern auch in der Frage der Bagdadbahn gegenüber den Ansprüchen Englands einen Ausgleich und eine Verständigung gesucht und gefunden hat. Die Ursachen des Krieges liegen anderswo: sie sind weit mehr aus alten europäischen Gegensätzen hervorgegangen, als aus weltpolitischen; das französische Revanchebedürfnis, die russische Eroberungslust gegenüber der Türkei und Österreich, die damit verbundenen panslawistischen Umtriebe, die sind es, die zum Kriege geführt haben; im Hintergrunde steht dabei allerdings England mit seinem Handelsneid, mit seiner Besorgnis vor der Einschränkung seiner Alleinherrschaft zur See, mit dem Plane, durch seine systematische Einkreisungspolitik den verhaßten deutschen Rivalen mit oder ohne Krieg unschädlich zu machen.

Die Sache liegt doch nicht so, daß wir diesen Krieg als ein verzweifeltes Auskunftsmittel ergriffen hätten, um den eisernen Ring zu sprengen, mit dem die englische Einkreisungspolitik uns umgeben hatte. Eine solche Auffassung ist anfangs in Amerika vertreten worden, u. a. von einem Schriftsteller, der die Maske der Unparteilichkeit vornahm, obwohl er durchaus im englischen Interesse schrieb. Selbst von dieser Seite aus wurde damals anerkannt, daß Deutschland von England und seinen Verbandsgenossen in der Wahrnehmung berechtigter Interessen behindert worden sei, und daß man sich nicht wundern dürfe, wenn es sich dagegen zur Wehr setze. Dabei war allerdings zugleich ziemlich deutlich gesagt, daß es nicht im Interesse Amerikas liege, wenn

Deutschland damit Erfolg haben würde. Aber wie gesagt, so liegt die Sache eigentlich gar nicht: dieser Krieg ist in noch viel vollerem Sinne ein Verteidigungskrieg: die Waffen sind uns durch unsere Gegner, durch die russische Mobilmachung, geradezu in die Hand gezwungen worden; wir wissen ja jetzt durch die in Polen gefundenen militärischen Instruktionen von 1912, daß die Mobilmachung in der Form, wie sie erfolgte, den Krieg gegen Deutschland bedeutete, und daß alle Truppenführer davon in Kenntnis gesetzt waren. England hat in den entscheidenden Tagen keinen Finger gerührt, um Rußland oder Frankreich von den verhängnisvollen Entschlüssen, die zum Kriege führen mußten, zurückzuhalten. Es hat nicht, wie es vorgab, wegen der Verletzung der belgischen Neutralität zu den Waffen gegriffen, sondern, weil es sich die günstige Chance unserer Verwicklung in einen Zweifrontenkrieg nicht entgehen lassen wollte. Nicht weil wir in Belgien einmarschierten hat England den Krieg erklärt, sondern umgekehrt: weil Englands Beteiligung am Kriege nicht zu vermeiden war, sahen wir uns gezwungen, unseren Gegnern zuvorzukommen, die sonst sicherlich nicht gesäumt hätten, durch Belgien hindurch über unsere ungeschützte Grenze in das Hauptgebiet unserer Schwerindustrie vorzubrechen. Wir haben uns anheischig gemacht, nicht nur die Neutralität Belgiens, sondern auch die Integrität Frankreichs zu respektieren, wenn England neutral bleiben würde; die englische Regierung hat das nicht gewollt; und gegenüber dieser Haltung war es kein Unrecht, sondern das heilige Urrecht des Notstandes, wenn wir den Durchmarsch durch Belgien verlangten. Wir können auch darauf

hinweisen, daß ein deutscher Durchmarsch durch Belgien in der Krisis des Jahres 1887 in halbamtlichen englischen Zeitungsartikeln ganz anders beurteilt worden ist als im Jahre 1914; aber freilich galt Frankreich den Engländern damals noch als ein Rival, der unbequemer schien als Deutschland. Wir brauchen eigentlich nur auf die von unserer Regierung veröffentlichten Berichte der belgischen Gesandten an ihre Regierung in den kritischen Jahren vor dem Kriege zu verweisen; aus diesen gewiß unverdächtigen Zeugnissen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß England und die mit ihm einverstandenen Mächte in der Angriffsstellung sich befanden, Deutschland aber in der Verteidigung. Wenn es zu Friedensverhandlungen kommt, werden ja unsere Gegner zweifellos wieder aufs neue den Versuch machen, diese Zusammenhänge auf den Kopf zu stellen und Deutschland die Schuld für diesen Krieg zuzuwälzen, weil es sein Schwert zur Verteidigung so schnell und wirksam gezogen hat. Das ist ja die Hauptschuld des „preußischen" Militarismus, daß er in der militärischen Schlagfertigkeit dem Gegner überlegen war. Die Anschuldigungen gegen diesen Militarismus, den man ausrotten wollte, sind ja nun in ein eigentümliches Licht getreten, seitdem nicht nur England, sondern auch Amerika es für nötig gehalten haben, selbst, und zwar wie es scheint, auf die Dauer zu dem System der allgemeinen Wehrpflicht überzugehen.

England ist im Laufe des Krieges immer deutlicher als unserer eigentlicher Hauptgegner hervorgetreten, als der mächtigste, gefährlichste und hartnäckigste unter unseren Feinden. Durch die Hungersperre, die England unter Miß-



brauch seiner günstigen Lage und seiner Flottenübermacht gegen die Mittelmächte ins Werk gesetzt hat, hat dieser Krieg seinen Charakter erhalten als der furchtbarste Wirtschaftskrieg, der je in der Welt geführt worden ist. Dieser unerhörte, unmenschliche und völkerrechtswidrige Plan, die Völker Mitteleuropas auszuhungern, hat als Vergeltung und zu unserer eigenen Selbsterhaltung den Handelskrieg durch unsere Unterseeboote hervorgerufen, jetzt in der verschärften Form, über die Amerika sich beklagt und aus der es den Anlaß zum Kriege hergenommen hat. Wir bestreiten den Amerikanern durchaus, daß wir dabei im Unrecht sind. Kein Grundsatz des Völkerrechts gilt so unbestritten wie der, daß ein Staat Vergeltung zu üben befugt ist für Unrecht, das ihm angetan worden ist, zumal wenn es sich dabei um seine eigene Selbsterhaltung, also um einen Akt der Notwehr handelt. Die Blockade, die England eingerichtet hat, indem es die Nordsee sperrte, ist durchaus völkerrechtswidrig. Das Völkerrecht kennt nur die sogenannte enge Blockade, die vor den Küsten und Häfen des Gegners ausgeübt wird, nicht aber eine solche, die ganze Meere absperrt und auch die Küsten der Neutralen in Mitleidenschaft zieht. Die völkerrechtlich zulässige Blockade konnte England nicht ins Werk setzen, weil unsere Flotte und unsere Küstenverteidigungsanstalten es daran hinderten oder wenigstens die Gefahr großer Verluste befürchten ließen. Hier liegt also ein Verstoß gegen das Völkerrecht vor, eine Gewaltmaßregel Englands auch gegenüber den Neutralen. Das hat auch die Regierung der Union durchaus anerkannt. Trotzdem aber hat sie, abgesehen von gedämpften Protesten, die gar keine Wirkung hatten, nichts

getan, um England zur Abstellung dieser völkerrechtswidrigen Maßregel zu zwingen. Sie pocht auf das Recht, ihren Seeverkehr mit den englischen Häfen ungestört aufrechtzuerhalten, während sie es sich hat gefallen lassen, daß der Verkehr von Amerika nach Hamburg und Bremen durch widerrechtliche Maßregeln vollständig abgeschnitten worden ist. Auch in bezug auf das Recht der Konterbande hat England ein völlig neues, im Völkerrecht keineswegs anerkanntes Prinzip eingeführt, indem es die Güter, welche als Gegenstand relativer Konterbande bezeichnet werden und die nur dann der Wegnahme unterliegen sollen, wenn sie nachweislich für die Regierung des kriegführenden Staates bestimmt sind, namentlich Nahrungsmittel und Rohstoffe, ohne alle Unterscheidung fortnimmt. Nur auf diese Weise, also wiederum gegen das Völkerrecht, hat es seine Hungersperre ins Werk zu setzen vermocht. Dazu kommt noch die völlig willkürliche Einführung des Grundsatzes der sogenannten fortgesetzten Reise bei dem Verkehr nach neutralen Häfen. Alles Gut, von dem man annimmt, daß es von den neutralen Ländern den feindlichen zugeführt werden könnte, wird als Bannware angesehen. Schließlich hat England sogar den alten Grundsatz der Pariser Konvention von 1856 eigenmächtig außer Kraft gesetzt, wonach die Ladung neutraler Schiffe dem Seebeuterecht entzogen sein soll. Alles das sind willkürliche Durchlöcherungen des geltenden Völkerrechts im Seekriege, die allerdings bei England nicht überraschen, weil es von jeher den Grundsatz befolgt hat, daß es als die seebeherrschende Macht befugt sei, das Seekriegsrecht nach seinen Interessen zu deuten und zu verändern.

10*

Sollen wir nun gezwungen sein, uns an den Rest des Seekriegsrechts zu binden, den England hat bestehen lassen, weil er ihm günstig war? Davon kann doch natürlich keine Rede sein. Das Seekriegsrecht ist infolge der Willkür Englands zusammengebrochen. An die Stelle des vereinbarten Rechts tritt das natürliche Recht, das Recht, das in der Natur der Sache liegt, z. B. auch in der Natur des Unterseebootkrieges, und das jeder Staat vor dem Gewissen seiner Untertanen und unparteiischer Neutraler zu verantworten sich getraut. Amerika ist niemals in diesem Kriege ein unparteiischer Neutraler gewesen. Seine Geschütz- und Munitionslieferungen an unsere Feinde sind nur mit dem Buchstaben der Haager Bestimmungen vereinbar, nicht mit dem Geiste, aus dem sie entsprungen sind. Sie stellen bei der geradezu entscheidenden Bedeutung, die sie in diesem Kriege besitzen, eine so eminent feindselige Handlung dar, daß sie für uns, wenn das in unserem Interesse gelegen hätte, sicherlich einen besseren Kriegsgrund abgegeben haben würden, als unser Unterseebootskrieg für die Union. Vieltausendmal mehr deutsche Menschenleben sind durch die amerikanischen Geschosse vernichtet worden, als amerikanische durch die Torpedos unserer Unterseeboote. Wir haben, solange es irgendwie möglich war, uns in dem Handelskriege der Unterseeboote die Beschränkungen auferlegt, die für den Kreuzerkrieg galten. Erst als wir sahen, daß Amerika gar keine Anstalten traf, um England zur Aufgabe seiner völkerrechtswidrigen Blockade zu veranlassen und als die Pflicht der Selbsterhaltung uns zur Anwendung der schärfsten Mittel zwang, um die von uns über die feindlichen Küsten verhängte Seesperre durchzu-

führen, erst da haben wir jene Beschränkungen fallen lassen, und die wirklich neutralen seefahrenden Mächte wissen, daß wir ihre Interessen berücksichtigen, soweit es der Kriegszweck irgend gestattet. Die Bedrängnis, in die sie durch die Einmischung Englands in ihren Ein- und Ausfuhrhandel gebracht worden sind, wiegt schwerer, als die Einschränkung ihrer Schiffahrt durch unseren Unterseebootskrieg. Wir haben also auch in dieser Beziehung das gute Gewissen, daß wir in Ausübung des Notwehr- und Vergeltungsrechtes handeln, und wir hoffen, daß der wachsende Erfolg dieses Unterseebootskrieges in Verbindung mit der Erschöpfung unserer Gegner im Landkriege uns endlich den billigen und gerechten Frieden verschaffen wird, den unser Kaiser am 12. Dezember angeboten hat und den unsere Feinde so höhnisch abgelehnt haben, indem sie glaubten, uns gänzlich vernichten zu können.

Wir hoffen auf den Sieg wie sie. Wir führen einen Verteidigungskrieg und dürfen uns als Sieger betrachten, wenn es uns gelingt, die Vernichtungspläne unserer Gegner zuschanden zu machen und uns in Macht und Ehren zu behaupten, mit einem Maße von Wohlstand, wie er nach diesem furchtbaren Zerstörungskriege überhaupt möglich ist. Mit unseren Gegnern steht es anders. Ihre leitenden Staatsmänner haben so unverhüllt die ausschweifendsten Kriegsziele in bezug auf unsere Niederwerfung, Beraubung und Vernichtung proklamiert, daß deren Nichterfüllung für sie mindestens eine schlimme moralische Niederlage bedeutet. Wir dürfen aber erwarten, daß auch realpolitische Folgen damit verbunden sind, die uns zugute kommen, indem sie darauf hinwirken, den Imperialismus einzuschränken. Aber

auch nach einem vollen Siege bleibt meines Erachtens die richtige Losung für uns: Weltpolitik und kein Imperialismus. Werfen wir England nieder, brechen wir seinen Imperialismus und seine Seeherrschaft, so hat unsere Weltpolitik freie Bahn, und es bedarf dann nicht mehr jenes konkurrierenden Imperialismus, der für uns nur ein Gebot der Selbsterhaltung ist. Wir sind weit entfernt, unsere Weltherrschaft an die Stelle der englischen setzen zu wollen; ist die englische Weltherrschaft gebrochen, so haben wir der Welt die Freiheit erstritten und werden sie nicht durch eigene Machtbestrebungen wieder in Frage stellen. Unterliegen wir, was Gott verhüten wolle, so ist die Frage „Imperialismus oder Weltpolitik" für uns überhaupt erledigt. Fällt aber in diesem Kriege die große Entscheidung noch nicht, so stehen wir vor einem Chaos von Möglichkeiten, das wir mit unseren Gedanken heute noch nicht völlig durchdringen können. Es handelt sich dann namentlich um die Frage: Wird England uns den Weg freigeben, der zur Erreichung unserer berechtigten Ziele führt, oder wird es abermals versuchen, uns diesen Weg zu verlegen? Im letzteren Falle sind trotz aller Furchtbarkeit dessen, was wir erlebt haben, neue Kriege zu erwarten, sobald die Völker sich wieder einigermaßen erholt haben. Auch mit dieser Möglichkeit müssen wir rechnen. Es handelt sich dann um die Zerstörung der englischen Weltstellung, die uns nur im Bunde mit anderen großen Weltvölkern gelingen könnte, mit Hilfe eines Weltbundes gegen die britische Welttyrannei. Das ist eine furchtbare, weitausschauende Unternehmung, die wir aber auf alle Fälle ins Auge fassen müssen; es ist ein politisches Programm

auf viele Generationen hinaus. Aber lieber wäre es uns schon, wenn wir zu einem vernünftigen Modus vivendi mit England gelangten, so daß wir unser ursprüngliches Ziel wieder verfolgen könnten: im friedlichen Wettbewerb mit England und anderen Völkern die berechtigten Interessen unserer Nation zu wahren und zu fördern. Ohne ein gewisses Maß von konkurrierendem Imperialismus wird es dann auch bei uns, wie bisher, nicht abgehen. Aber wir werden uns immer gegenwärtig halten müssen, daß in solchen kolonialpolitischen und überseeischen Machtbestrebungen nicht der eigentliche Kern unserer Weltpolitik steckt. In dem Wettstreit unter den Völkern um die Ausbreitung von Macht und Herrschaft in außereuropäischen Gebieten bleibt Deutschland immer durch seine eingeschlossene Binnenlage benachteiligt. Die Außenglieder des Erdteils werden ihm darin stets voraus sein. Es kann sich nicht so zu Lande ausdehnen wie Rußland und nicht so zur See wie Frankreich und Italien, von England, Amerika und Japan ganz zu geschweigen. Solange England die Seeherrschaft besitzt, wird die Gründung und Festhaltung eines wirklich großen überseeischen Reiches für Deutschland nur sehr schwer möglich, und ein solcher Besitz jedenfalls nur von unsicherem Werte sein. Unser Interesse ist also eigentlich nicht, daß die imperialistischen Bestrebungen, bei denen wir doch nur eine untergeordnete Rolle spielen können, auf die Spitze getrieben, sondern vielmehr, daß sie nach Möglichkeit gehemmt und eingeschränkt werden. Die deutsche Weltpolitik muß grundsätzlich *gegen* den Imperialismus orientiert sein. Aller Imperialismus führt schließlich zum Kampf um die Weltherrschaft, und

darin können wir kein Heil erblicken weder für die Welt noch für das herrschende Volk selbst. Die Rivalitätsbestrebungen unter den Völkern, die ja natürlich nicht auszuschalten sind, müssen auf ein vernünftiges und erträgliches Maß herabgedrückt werden, so daß sie die allgemeine Kraftanstrengung fördern, ohne die selbständigen Existenzen in der Völkerwelt immerfort zu verringern. Der Imperialismus hat in dieser Beziehung ähnliche Tendenzen wie der Großkapitalismus, dem er ja auch innerlich verwandt ist. Man hat mit Recht von einem großen Weltverteilungssyndikat gesprochen, das unsere Gegner miteinander geschlossen haben. England ist der beherrschende Partner in diesem Syndikat. Lord Salisbury hat früher einmal gesagt, die Tendenz der Geschichte gehe dahin, daß die großen Staaten immer größer, die kleinen immer kleiner und weniger an Zahl würden. Das ist die Tendenz des englischen Imperialismus, aber es ist kein Weltgesetz. Wir müssen es wagen, ihm entgegenzutreten. Wir müssen uns der Welt ankündigen als eine grundsätzlich anti-imperialistische Weltmacht; wir müssen uns zum Mittelpunkt aller Widerstände gegen den Imperialismus in der Welt machen, zum Mittelpunkt aller Bestrebungen, welche für die bestehenden staatlichen Verbände, wie sie sich in Jahrhunderten auf Grund nationaler oder historisch-geographischer Zusammengehörigkeit ausgebildet haben, das Recht auf eine freie, selbständige Existenz verlangen; das erfordert unser eigenes nationales Interesse. Das Gleichgewicht im Weltstaatensystem muß der Leitstern der deutschen Weltpolitik sein. Wenn ich von Gleichgewicht spreche, so fasse ich dieses Wort natürlich in anderer Bedeutung, als es die Eng-

länder zu tun pflegen. Der berüchtigte englische Begriff des europäischen Gleichgewichts hat ja bekanntlich den Inhalt, daß die Mächte des Kontinents in beständiger Rivalität untereinander sich gegenseitig die Wage halten müssen, damit England als Zünglein an der Wage den Ausschlag geben und tatsächlich ein unbestrittenes Übergewicht in der Welt ausüben kann. Dabei zählt sich England also nicht mit zu den Mächten, für die das Prinzip des Gleichgewichts gilt; es steht ja tatsächlich auch schon lange außerhalb Europas; es fühlt sich nicht als europäische Macht, sondern als Weltmacht, möchte aber die anderen europäischen Mächte möglichst auf ihren kontinentalen Standpunkt beschränken. Von diesem britischen Gleichgewichtssystem ist hier natürlich nicht die Rede; das ist ein trügerisches Schlagwort, das England von jeher gebraucht hat, um seine eigenen Weltherrschaftspläne zu verhüllen und um auf dem Kontinent eine Koalition gegen seinen Hauptrivalen herbeizuführen. Das Gleichgewichtssystem, von dem wir sprechen, umfaßt die ganze Welt und schließt die Vorherrschaft einer einzelnen Macht aus. Es ist der gerade Gegensatz zu dem britischen Imperialismus, dessen Kern ja eben das Streben nach der Weltherrschaft ist.

Ein solches freies System der Weltmächte, wie es uns als Ideal vorschwebt, müßte natürlich auf dem Boden eines neubegründeten und gestärkten Völkerrechts stehen. Es würde keineswegs den ewigen Frieden bedeuten, aber immerhin eine Verstärkung der Grundlagen, auf denen der Völkerfrieden ruht, eine Einschränkung der Ursachen, aus denen die großen Kriege entstehen. Wir nähern uns damit dem Ideal eines

Friedensbundes unter den Völkern, wie es der Präsident Wilson der Welt verkündet hat in einer Botschaft, an die uns freilich der Glaube fehlen mußte. An und für sich aber ist dieses Ideal, an das die edelsten Geister unseres Volkes wie Kant und Fichte geglaubt haben, auch dem realpolitischen Denken unserer Zeit nicht fremd. Es ist der Gegenpol des Imperialismus, an dem der Kurs unserer Weltpolitik sich immer wieder orientieren muß. Das europäische Staatensystem und das Völkerrecht, auf dem es ruht, ist eine Errungenschaft der neueren Jahrhunderte; eine solche, wenn auch unvollkommene, so doch immerhin haltbare Verbindung unter den Völkern und Staaten war der Geschichte des Altertums vor der Ausbildung des Römischen Reiches fremd. Warum sollte nicht die Rechtsgemeinschaft der Völker und Staaten in Zukunft noch einer Steigerung und Festigung fähig sein? Wir wissen, daß und warum die Idee der „Heiligen Allianz“ gescheitert ist; aber ähnliche Bestrebungen, wenn auch in anderem Gewande, werden wiederkommen und vielleicht zu gesünderen und stärkeren Bildungen führen, zu einem wirklichen Friedensbunde der zivilisierten Völker und Staaten. Wir fassen aber einen solchen Friedensbund etwas anders als Präsident Wilson, der heute als ein neuer Metternich, nur mit umgekehrter Tendenz, dasteht. Er will ja in seinen Friedensbund nur Völker mit demokratischer Selbstregierung aufnehmen und mutet uns eine Revolution wie in Rußland und eine Absetzung der Hohenzollern zu, wenn wir der Ehre würdig werden wollen, in diesen Bund aufgenommen zu werden. Diese Zumutung ist so unverschämt und zeugt von einem so völligen Mangel an Verständnis

für unsere nationale Selbstachtung und die Grundlagen unseres politischen Lebens, daß wir uns auf eine weitere Erörterung dieses Punktes nicht einzulassen brauchen. Weiterhin aber würde der Wilsonsche Friedensbund es mit sich bringen, daß die überragende Stellung, die sich England in der Welt geschaffen hat, großenteils durch Gewalttat und Ungerechtigkeit, jetzt eine rechtliche Fixierung und dauernde Anerkennung finden würde. Zwar führt Herr Wilson auch das Wort im Munde, daß die Freiheit der Meere in diesem neuen Weltbunde gesichert sein müsse, und dieses Wort hat ja bei seinen englischen Freunden mehr oder minder starke Mißbilligung hervorgerufen; aber Freiheit der Meere ist ein etwas unklares und vieldeutiges Schlagwort, und Herr Wilson versteht darunter vermutlich etwas wesentlich anderes als wir. Von unserem Unterseebootkrieg wollen wir dabei ganz absehen und nur das Verhältnis zu dem seebeherrschenden England ins Auge fassen. Herr Wilson hat vermutlich nicht viel dagegen einzuwenden, daß England die europäischen Gewässer, insbesondere das Mittelmeer, und auch den Indischen Ozean beherrscht; er versteht unter Freiheit des Meeres wohl nur, daß die amerikanischen Interessen weder im Atlantischen noch im Großen Ozean beeinträchtigt werden, und in dieser Richtung hat sich ja der Druck der englischen Seeherrschaft bisher weniger geltend gemacht, als gegenüber den europäischen Ländern. Allerdings dient auch der Wilsonsche Friedensbund zweifellos dazu, die englische Weltherrschaft mehr oder weniger einzuschränken. Er ist gewissermaßen ein Mittel, Amerika an dieser Weltherrschaft zu beteiligen, so daß sie gemein=



schaftlich durch die verschwisterten anglo-amerikanischen Völker ausgeübt wird. Den übrigen Völkern, namentlich auch einem besiegten und umgestalteten Deutschland, würde dieser Friedensbund nach einem treffenden Worte gleichsam wie eine Zwangsjacke angezogen werden; ein Hauptnutzen davon für Amerika würde aber noch darin liegen, daß es in Zukunft, wenn es einmal durch Japan bedroht werden sollte, die ganze zivilisierte Welt zu seinem Schutze gegen diese Gefahr aufbieten könnte, — und das dürfte wohl der realpolitische Kern des ganzen Planes sein. Dieser Plan würde also im Grunde eine Gesamtweltherrschaft der anglo-amerikanischen Rasse bedeuten gegenüber der einfachen britischen Weltherrschaft. Das eine ist für uns so unannehmbar wie das andere. Die anglo-amerikanische Universaldemokratie würde nur eine neue Form dessen darstellen, was man früher Universalmonarchie nannte. In der Umklammerung durch diesen über die ganze Welt ausgestreckten Polypen würde die moderne Kultur ebenso ersticken, wie die antike Kultur in der Umklammerung durch das Römerreich erstickt ist. Erst müssen die Weltherrschaftspläne verschwinden, ehe an einen Weltfriedensbund gedacht werden kann. Ist aber das Weltstaatensystem als ein wirklich freies System der Mächte konstituiert oder besteht Aussicht dazu, daß es geschieht, so wird Deutschland sicherlich am freudigsten und aufrichtigsten beitragen zu einer Stärkung des Völkerrechts, um dieses System zu einem wirklichen Friedensbunde zu machen und um so kulturzerstörende Kriege wie den gegenwärtigen, soweit es überhaupt möglich ist, auszuschließen.

Indessen das alles liegt noch in weitem Felde, und ich

verzichte darauf, das Zukunftsbild, das mir dabei vor der Seele steht, näher auszumalen. Wir wollen vielmehr zum Schluß noch einige Punkte ins Auge fassen, die von aktueller Bedeutung sind und in dem Zusammenhang unserer Betrachtungen nicht unerwähnt bleiben dürfen. Es handelt sich dabei nicht um die Erörterung bestimmter Kriegsziele — dazu wird es Zeit sein, wenn die militärische Lage sich endgültig geklärt hat —, aber es handelt sich um einige allgemeine Gesichtspunkte, die sich aus der von mir vertretenen Anschauung für die Bestimmung unserer Kriegsziele ergeben.

Der erste Punkt betrifft Belgien. Wir sind beim Ausbruch des Krieges weit davon entfernt gewesen, an eine Eroberung Belgiens zu denken, und wir würden den ganzen Sinn dieses Krieges verfälschen, wenn wir sie jetzt als Kriegsziel aufstellen wollten. Tatsächlich denkt auch niemand bei uns an eine eigentliche Einverleibung Belgiens, auch die sogenannten Annexionisten nicht. Im Grunde stimmen alle darin überein, daß es nur darauf ankommt, die Gefahr zu verhüten, daß Belgien zu einer Domäne des englischen Einflusses und in einem künftigen Kriege zum Aufmarschgebiet der feindlichen Heere wird. Dagegen sollen und müssen reale Garantien geschaffen werden, wie es der Reichskanzler ausgedrückt hat, und der Streit der Parteien geht eigentlich nur darum, worin solche Garantien gefunden werden können. Diese Frage will ich heute hier nicht näher erörtern; ich möchte nur betonen, daß diese Sicherung von der allergrößten Bedeutung für die moralisch-politische Beurteilung des Kriegsausgangs ist, und daß sie durchaus im Rahmen der deutschen



Weltpolitik liegt und nichts von Imperialismus an sich hat, daß aber ihre Vernachlässigung eine gefährliche Stärkung des britischen Imperialismus bedeuten würde. Es handelt sich hier um ein Gegenstück zu dem englischen Einfluß auf Portugal. Belgien darf so wenig portugalisiert werden, wie wir es zugeben könnten, daß sich England etwa in Helgoland ein deutsches Gibraltar schüfe.

Der zweite Punkt betrifft die Auseinandersetzung mit Rußland. Hier kommt es vor allem auf die Frage an, ob es möglich ist, Rußland aus der uns feindlichen Koalition der Mächte herauszulösen und damit den gefährlichen Ring zu sprengen, durch dessen konzentrischen Druck England unsere Weltpolitik zu lähmen versucht hat. Die neueste russische Regierung hat ja allerdings mit Nachdruck erklärt, daß sie an keinen Separatfrieden denke, und Herr Tereſtſchenko handhabt die Formel: „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen" wie ein Taschenspieler das Gefäß mit dem doppelten Boden. Aber wer weiß wie lange er es treibt. Sollte die russische Revolutionsregierung einen wirklichen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen vorschlagen, so haben wir meines Erachtens kein Interesse daran, durch allzu laute Deklamationen gegen diese Bedingungen das Odium ihrer Ablehnung zum großen Teil auf uns zu nehmen; selbst die, welche sie für unannehmbar halten, hätten nichts zu befürchten, wenn sie den Widerstand dagegen zurückstellten; denn daß sie in Frankreich und England verworfen werden, ist ohnehin sicher. Scheitert aber das russische Friedensprogramm an dem Widerspruch Englands und Frankreichs, so ist die Bahn zu einem Separatfrieden Ruß-

lands mit den Mittelmächten geebnet; und ich würde es für einen großen Gewinn halten, wenn das russische Reich, das sich aus dem gegenwärtigen Zustand der Schwäche doch sicherlich wieder erholen wird, in Zukunft zu einem besseren Einvernehmen mit den Mittelmächten und der Türkei gelangen würde, worauf ja auch seine wirtschaftlichen Interessen hinweisen. Gibt Rußland seine Eroberungsabsichten auf, so wird sich eine Auseinandersetzung mit der Türkei wegen der Meerengenfrage und eine Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn wegen der ukrainischen Frage ohne allzu große Schwierigkeiten herbeiführen lassen. Daß Polen als selbständiger Staat konstituiert wird, darf dabei als selbstverständlich angenommen werden und wird auch auf russischer Seite wohl keinem Widerspruch begegnen. Über Polen machen wir uns keine Illusionen; wir kennen das Wort von Bismarck: Befreite Völker sind nicht dankbar, sondern anspruchsvoll. Die Gefahren, die in der Selbständigkeit Polens für unsere Ostmark liegen, würden aber vermindert werden, wenn wir in Zukunft mit Rußland in einem guten Einverständnis leben. Die innere Verfassung Rußlands spielt dabei für uns gar keine Rolle; eine friedfertige demokratische Republik als Nachbar ist uns lieber als der eroberungssüchtige Imperialismus des Zarenreiches. Diese neue Gruppierung der Mächte — eine Verbindung Rußlands mit den Mittelmächten und der Türkei — müßte meines Erachtens bei den Friedensverhandlungen mit Rußland im Vordergrunde stehen. Man muß hier in bezug auf Rußland eine ähnliche Politik treiben wie Bismarck in Nikolsburg in bezug auf Österreich. Diese Politik hat eine gesunde

Grundlage, weil sie nicht nur in unserem, sondern auch in Rußlands eigenem Interesse liegt. Rußland ist heute in Gefahr, zum Opfer des britischen Imperialismus zu werden. Jede Verstärkung der Macht Englands im östlichen Becken des Mittelmeers, namentlich auch vor dem Ausgang der Dardanellen, würde Rußland noch abhängiger von England machen, als es bereits ist. Britische Stützpunkte an der Ostsee auf russischem Gebiet, etwa auf den Aalandsinseln oder in Reval, würden auch für uns eine furchtbare Gefahr bedeuten. Rußland aber würde sich bald in die Rolle des kranken Mannes verwiesen sehen, über dessen Nachlaß England sich die Verfügung anmaßen würde. Es ist allerdings die Frage, ob Rußland diesem Schicksal überhaupt noch entgehen kann. Je entschiedener Englands Macht und Ansehen in diesem Kriege geschwächt wird, desto besser sind die Aussichten für Rußlands Zukunft, auch die Aussichten für ein zuverlässiges und dauerndes Einvernehmen mit den Mittelmächten. Der gegenwärtige Zustand der Auflösung Rußlands macht alle Berechnungen unsicher; aber er eröffnet auch ungeahnte Möglichkeiten diplomatischer Einwirkung. Man muß das Eisen schmieden solange es heiß ist. Kommen wir aber zu der Überzeugung, daß Rußland mit verblendeter Hartnäckigkeit oder auch unter unwiderstehlichem Druck in der Verbindung mit unseren Gegnern beharrt, so müßten wir beim Friedensschluß darauf bestehen, daß nicht nur Kurland, sondern auch ein Stück von Litauen mit Kowno und Grodno von Rußland getrennt wird, damit diese Länder künftig nicht mehr zum feindlichen Aufmarschgebiet gegen uns gemacht werden können. Wir denken dabei

nicht an Einverleibung, sondern an eine autonome Sonderexistenz dieser Gebiete, die ja weder russisch noch polnisch sind. Sie könnten ja so frei sein, wie das von der amerikanischen Union befreite Cuba! Das wäre kein Imperialismus, sondern eine unabweisbare Notwendigkeit der Staatsräson im Interesse unserer eigenen Sicherung.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht würde uns ein freundnachbarliches Verhältnis mit Rußland erwünscht sein; das führt uns zu dem dritten Punkt unserer Betrachtungen. Die allgemeine Handelslage ist nicht günstig für uns. Unser überseeischer Handel hat nicht nur durch den langen Stillstand, sondern auch durch die planmäßige Schädigung, die er überall da erfahren hat, wohin der Einfluß Englands reicht, aufs schwerste gelitten. Die Gefahr eines Wirtschaftskrieges nach dem Frieden ist nicht leicht zu nehmen. Der engere Zusammenschluß mit Österreich-Ungarn und die Belebung des Handelsverkehrs auf dem Balkan und mit der Levante können uns keinen Ersatz bieten für eine ernsthafte Beeinträchtigung unseres ozeanischen Handels. Unser Handelsverkehr mit Österreich-Ungarn, den Balkanländern und der Türkei beläuft sich nur auf $2^1/_2$ Milliarden, der atlantische beträgt über 8 Milliarden. Es ist für unsere Weltpolitik von der größten Wichtigkeit, daß in dem künftigen Frieden vernünftige und billige Bedingungen für den Handelsverkehr unter allen Völkern wiederhergestellt werden. Der engere wirtschaftliche Zusammenschluß Englands mit seinen Kolonien wird uns nicht besonders schädigen. Kanada, Australien, Südafrika hatten dem Mutterlande bisher schon Vorzugszölle zugestanden und kommen für ihre



Einfuhr nach England als Konkurrenten für uns nicht in Betracht. Wohl aber würde unsere Ausfuhr geschädigt werden, wenn nach dem Beschlusse der Pariser Wirtschaftskonferenz unsere Gegner in Zukunft ihren Bundesgenossen und auch den Neutralen günstigere Zollsätze bewilligen würden als uns. Die Wiederherstellung der Meistbegünstigungsklausel in den Handelsverträgen würde sehr wünschenswert sein, wird sich aber schwerlich erreichen lassen. Sollte es nicht der Fall sein, so müßten wir natürlich Gleiches mit Gleichem vergelten und auch unsererseits die Neutralen im Handelsverkehr mit uns besonders begünstigen. Ganz besonders gefährlich wäre es, wenn es unseren Gegnern gelänge, uns beim Bezug der Rohstoffe, die wir einzuführen genötigt sind, Wolle, Baumwolle, Kupfer, Nickel, Petroleum usw., Schwierigkeiten zu bereiten. Hier handelt es sich ja nicht sowohl um staatliche Maßnahmen, als um private Abmachungen, gegen die schwer etwas auszurichten ist. Immerhin haben wir demgegenüber in unseren Kalisalzen ein wirtschaftliches Gut in Händen, das überall gebraucht wird und nur bei uns zu haben ist.

Gerade die Schwierigkeit des Bezuges von Rohstoffen macht auch für uns den Besitz von Kolonien wünschenswert, aus denen wir wenigstens einen Teil unseres Bedarfs beziehen können. Damit kommen wir zu einem vierten Punkt, der für den Frieden von Bedeutung ist. Unsere Kolonien sind ja so gut wie ganz von unseren Feinden, insbesondere von den Engländern, in Besitz genommen worden. Daß wir sie wiederhaben müssen, versteht sich von selbst; es ist schon ein Gebot unseres moralisch-politischen Ansehens in der

Welt. Belgien und was wir sonst von feindlichem Gebiet besetzt haben, dient uns als Faustpfand dafür. Im einzelnen wird allerdings an dem kolonialen Besitzstand manches geändert werden müssen; wir hoffen, daß dabei eine Erweiterung und Konsolidierung des Gebietes erreicht werden wird. Auch eine vom Seeverkehr abgeschnittene Kolonie läßt sich im Kriege längere Zeit hindurch verteidigen; das hat sich in Ostafrika gezeigt. Wir müssen uns allerdings hüten, den Wert eines solchen Kolonialreichs zu überschätzen. Als ein politischer Machtfaktor von Bedeutung wird es für uns auch in Zukunft schwerlich in Betracht kommen; immerhin aber könnte es dazu dienen, die schwarzen Streitkräfte unserer Gegner in einem künftigen Kriege zu binden. Die wirtschaftliche Bedeutung bleibt die Hauptsache. Daneben brauchen wir überseeische Zufluchtshäfen, Kohlenstationen und Stützpunkte überhaupt für unsere Kriegsflotte; denn nur eine Flotte, die über solche Stützpunkte verfügt, ist zu größeren Unternehmungen fähig.

Wir gelangen damit zu dem fünften Punkt. Wir wohnen gleichsam im europäischen Hinterhaus, während unsere Gegner ihre Front der Hochstraße des Atlantischen Ozeans zukehren. Wir haben nur die Nebenstraße der Ost- und Nordsee zur Verfügung, und diese kann, wie der Krieg zeigt, durch England gesperrt werden. Das ist es, was die Freiheit des Meeres für uns zu einer so dringenden Forderung macht. Sie wird nicht zu erreichen sein, solange England die Seeherrschaft besitzt. Eine Veränderung der Grundsätze des Seekriegsrechts würde an sich noch nicht viel helfen. Jedenfalls dürfte sie sich nicht etwa beschränken auf eine bloße

Abschaffung des Seebeuterechts. Damit wäre auch der Handelskrieg unserer Tauchboote ausgeschlossen und Englands Stellung gegenüber den schwächeren Seemächten nur noch verstärkt. Es müßte zugleich auch der Begriff der Bannware so gefaßt werden, daß Nahrungsmittel und Rohstoffe in der Hauptsache davon ausgenommen blieben und ein Aushungerungskrieg wie heute völkerrechtlich unmöglich wäre. Die Absperrung ganzer Meeresteile dürfte nicht als rechtmäßige Blockade angesehen werden. Allerdings neigt ja der moderne Krieg dazu, zugleich auch immer Wirtschaftskrieg zu werden, und völkerrechtliche Bestimmungen werden wenig dagegen auszurichten vermögen. Wenn man die Freiheit des Meeres sichern will, so wird immer die Hauptsache bleiben, daß eine Seemacht vorhanden ist, die das Streben nach Alleinherrschaft wirksam einschränken kann. Darum muß es ein Hauptgesichtspunkt für uns bleiben, daß dem Ausbau und der Verstärkung unserer Flotte kein Hindernis in den Weg gelegt wird. Wir pflegten früher zu sagen, daß unsere Flotte die Aufgabe habe, unseren überseeischen Handel und unsere überseeischen Besitzungen zu schützen. Diese Aufgabe hat sie in dem gegenwärtigen Kriege nicht zu erfüllen vermocht. Aber wir sehen jetzt, wie notwendig wir sie brauchen, um unsere Küsten zu schützen und für unsere Unterseeboote eine sichere Operationsbasis zu schaffen. Auch die Unterseebootwaffe dürfen wir uns nicht entwinden lassen. Sie ist eine wirksame Hilfe im Kampf gegen eine überlegene Seemacht und durch die Erhöhung des Risikos sehr geeignet, in Zukunft Kriege zu verhüten. Diese Auffassung ist früher offenbar auch von Amerika geteilt worden; denn

gerade dem Widerspruch der Amerikaner ist es zu danken, daß auf der Haager Konferenz das Unterseeboot nicht, wie England es verlangte, durch völkerrechtliche Satzung aus der Zahl der zulässigen Kriegsmittel ausgeschlossen worden ist. Das Unterseeboot ist eben, wie man wohl gesagt hat, das Kriegsschiff des kleinen Mannes. Solange England auf seiner Seeherrschaft besteht, ist es uns unentbehrlich.

Und endlich ein sechster Punkt. Unsere deutsche Weltpolitik ist frei von Eroberungsabsichten. Sie verlangt aber selbstverständlich auch, daß unsere Gegner die ihren aufgeben. Ebensowenig wie die Rede von einer Abtretung von Elsaß-Lothringen sein kann, dürfen unseren Verbündeten Abtretungen zugemutet werden, die ihren Staatskörper verstümmeln würden; anders steht es mit Grenzveränderungen, über die man sich untereinander verständigen wird. Für besonders wichtig möchte ich halten, daß England verhindert wird, sich die türkischen Gebiete anzueignen, die eine Landverbindung zwischen Ägypten und Indien darstellen und die Lord Cecil als britische Forderung bezeichnet hat, Syrien, Arabien, Süd-Mesopotamien. Das wäre der Schlußstein im Gebäude des britischen Weltreichs, ganz besonders, wenn noch Deutsch-Ostafrika hinzukäme. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß dem britischen Imperialismus dieser Triumph versagt bleibt. Dazu würde allerdings wohl nötig sein, daß die Engländer noch vor dem Friedensschluß aus Bagdad wieder verdrängt werden und daß sie in Palästina keine weiteren Fortschritte machen. Der Stoß ins Genick, der gegen das britische Weltreich in diesem Kriege hätte

geführt werden können, ist in Ägypten mißlungen; aber die weitere Ausdehnung Englands kann und muß in diesem Kriege zum Stillstand gebracht werden. Dann mag es sein, daß man in Zukunft einmal diesen Krieg doch als den großen Wendepunkt ansieht, der einen allgemeinen Rückgang des Imperialismus einleitet. In Rußland haben wir bereits einen Umschwung erlebt. Der amerikanische Senat hat schon kurz vor dem Kriege eine Resolution über die Freigebung der Philippinen beschlossen. Darin liegt eine Anerkennung des Grundsatzes „Asien den Asiaten", der neuerdings von Japan aus ebenso nachdrücklich vertreten wird wie die Monroedoktrin in Amerika. Warum sollte nicht eines Tages auch das von England und Rußland mißhandelte Persien zu selbständigem politischen Dasein gelangen, warum nicht auch die Völker Indiens und Ägyptens? Der britische Imperialismus ist auf seinen Höhepunkt gelangt in der historischen Epoche, die ich als die der atlantischen Konjunktur bezeichnen möchte, wo der Atlantische Ozean zum Mittelpunkt der Weltwirtschaft und Weltpolitik geworden war. Jetzt beginnt der Schwerpunkt der wirtschaftlichen und politischen Interessen sich in den Stillen Ozean zu verschieben, und der Gegensatz von Amerika und Japan wird dafür sorgen, daß auch in dem Weltstaatensystem der Zukunft wieder ein Gleichgewicht der Macht sich herstellt. In diesem bevorstehenden Kampf der beiden großen Welthälften werden die mitteleuropäischen Staaten mit Deutschland an der Spitze einst den Ausschlag geben können. Auf diese Konjunktur, mag sie früher oder später eintreten, muß die deutsche Weltpolitik sich einstellen; sie muß auch wieder etwas von der Staats-

kunst Bismarcks lernen, die großen Gegensätze in der Welt für sich in der Stille arbeiten zu lassen.

Ich bin am Ende meiner Betrachtungen. Von der hoffnungsvollen Aussicht in die Zukunft kehren wir zurück in die harte Gegenwart mit ihrem furchtbar erbitterten Ringen und ihrer drückenden Not. Voll heißen bewundernden Dankes gedenken wir unserer Brüder und Söhne draußen im Schützengraben, im Flugzeug, im Unterseeboot, die uns mit beispiellosem Heldenmut die Grenzen geschützt und die wilden Horden, die der Feind gegen uns versammelt hat, von uns und unserem Herd, von unseren Frauen und Kindern abgehalten haben. Aber auch die Heimarmee in den Kriegswerkstätten und auf den Feldern, die Männer hinter Schraubstock und Pflug, die mitarbeitenden Frauen, die Samariter und Samariterinnen haben sich den Dank des Vaterlandes verdient, und nicht minder alle, die in geduldigem Ausharren und einfacher selbstverständlicher Pflichterfüllung die schwere Not der Zeit um der großen Sache willen mit Selbstverleugnung getragen haben. Immer stärker dringt allerdings das Gefühl durch, daß es nicht mehr lange so fortgehen kann, daß der Krieg endlich zum Ziele kommen muß. Aber hüten wir uns vor der erschlaffenden Wirkung solcher Stimmungen! Seien wir eingedenk des Wortes von Hindenburg, daß der den Sieg behält, welcher die stärksten Nerven hat. Die letzten acht Tage, die letzten vierundzwanzig Stunden sind es, die den gewaltigen Kampf von drei Jahren entscheiden. Unsere Gegner haben vergeblich versucht, uns militärisch zu bewältigen, indem sie die Völker der halben Welt gegen uns aufboten; sie haben vergeblich ver-

sucht, uns durch den Hunger zu bezwingen, indem sie den ganzen Kontinent von der See abschlossen und allen Seeverkehr unter ihre Kontrolle brachten; ihre letzte Hoffnung ist jetzt die Zersprengung der vaterländischen Einheit unseres Volkes, die sich bisher so erfolgreich bewährt hat, das Ausspielen des einen Teils der Bevölkerung gegen den anderen, der innere Parteihader, der leider wieder so üppig ins Kraut geschossen ist. Soziale und politische Parteigegensätze sind da und können nicht aus der Welt geschafft werden; aber solange die feindlichen Geschütze vor unserer Siegfriedstellung brüllen, muß die Not des Vaterlandes den Hader der Parteien dämpfen. Nichts ist unheilvoller als der Parteikampf um die Friedensbedingungen, solange noch der Krieg rast. Der Krieg wird erst aufhören, wenn unsere Feinde zu der Überzeugung gekommen sind, daß sie durch seine Fortsetzung nichts mehr gewinnen können. Das kann nicht lange mehr dauern. Bis dahin gilt es auszuhalten. In diesem Aushalten zeigt sich die moralische Kraft, die den Sieg gewinnt, weil sie ihn verdient. Man muß die darbenden Massen darüber aufklären, daß ein verfrühter Friedensschluß uns nicht ein Korn mehr Getreide bringt, als das, welches in unseren Speichern liegt oder auf unseren Feldern wächst. Man muß die, welche mit dem Gedanken der Revolution spielen, darauf hinweisen, welche verderblichen, noch gar nicht abzusehenden Folgen diese anfänglich so hoffnungsvoll begrüßte Revolution in Rußland gehabt hat. Ein sozialdemokratischer Führer, der die Zeichen der Zeit versteht, hat das Wort geprägt, daß dieser Krieg mit seinen Folgen an sich schon eine Revolution sei, und er hat damit ausge-

sprochen, was in unserer Geschichte überhaupt den großen Kriegen ihren fördernden Charakter gegeben hat: So haben uns die Freiheitskriege in Preußen die Bauernbefreiung und die Städteordnung gebracht, der Krieg von 1866 das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag, und dieser Krieg wird uns die Umbildung zum Volksstaat und zum Volkskönigtum bringen. Aber wir müssen aushalten bis ans Ende; wir müssen uns die Freiheit verdienen, die wir für uns und unsere Nachkommen erstreben, denn ohne ein Staatswesen, das frei und stark im Kreise der Völker dasteht, ist auch die extremste Demokratie nur ein Deckmantel der Unfreiheit.

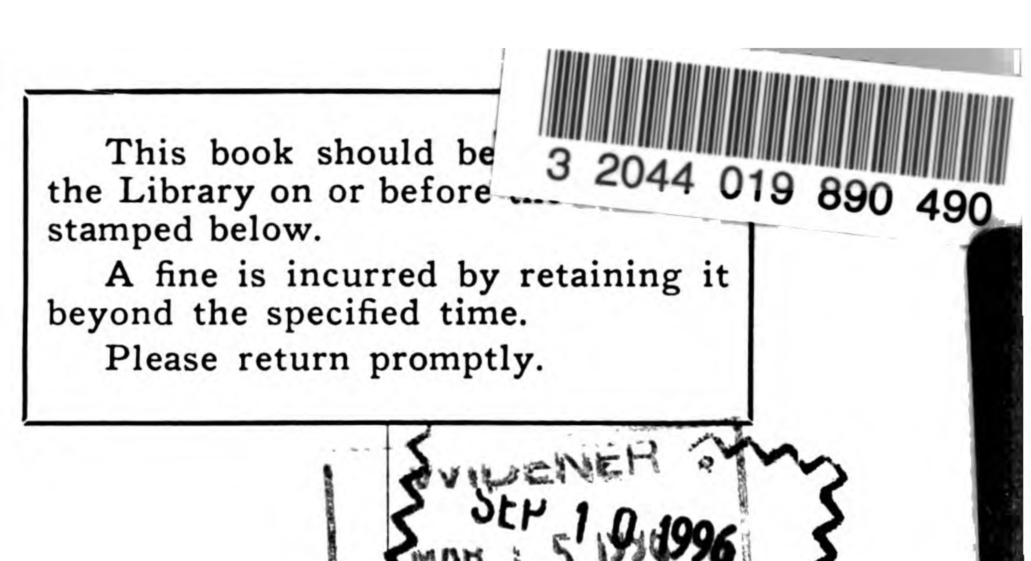
Das Elend, das über uns und unsere Nachkommen hereinbrechen würde, wenn wir nicht aushielten, ist gar nicht auszudenken; und das Schlimmste ist: wir würden es verdient haben, wenn es uns an der moralischen Kraft gefehlt haben würde, von der der Sieg abhängt. Auf uns liegt heute die Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes für viele Generationen, vielleicht für immer! Diese Wochen und Monate entscheiden! Der furchtbare Ernst dieser Lage kommt uns im Alltagsleben leicht aus dem Sinn; aber es ist gut, daß wir uns wieder einmal besinnen auf das was not tut. Dazu sollen auch die Betrachtungen dienen, zu denen wir Sie in dieser Vortragsreihe anregen wollten. Mögen sie jedem von uns das Herz erheben und den Willen stärken zu dem festen Entschluß, im vollsten Sinne seine Pflicht zu tun, ein jeder an seiner Stelle, im Dienste unseres Volkes und unseres Vaterlandes, im Kampf um die deutsche Freiheit!



Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha







3 2044 019 890 490


WIDENER
SEP 1 0 1996
CANCELLED
WIDENER
SEP 1 0 1998
CANCELLED





Spamersche Buchbinderei Leipzig